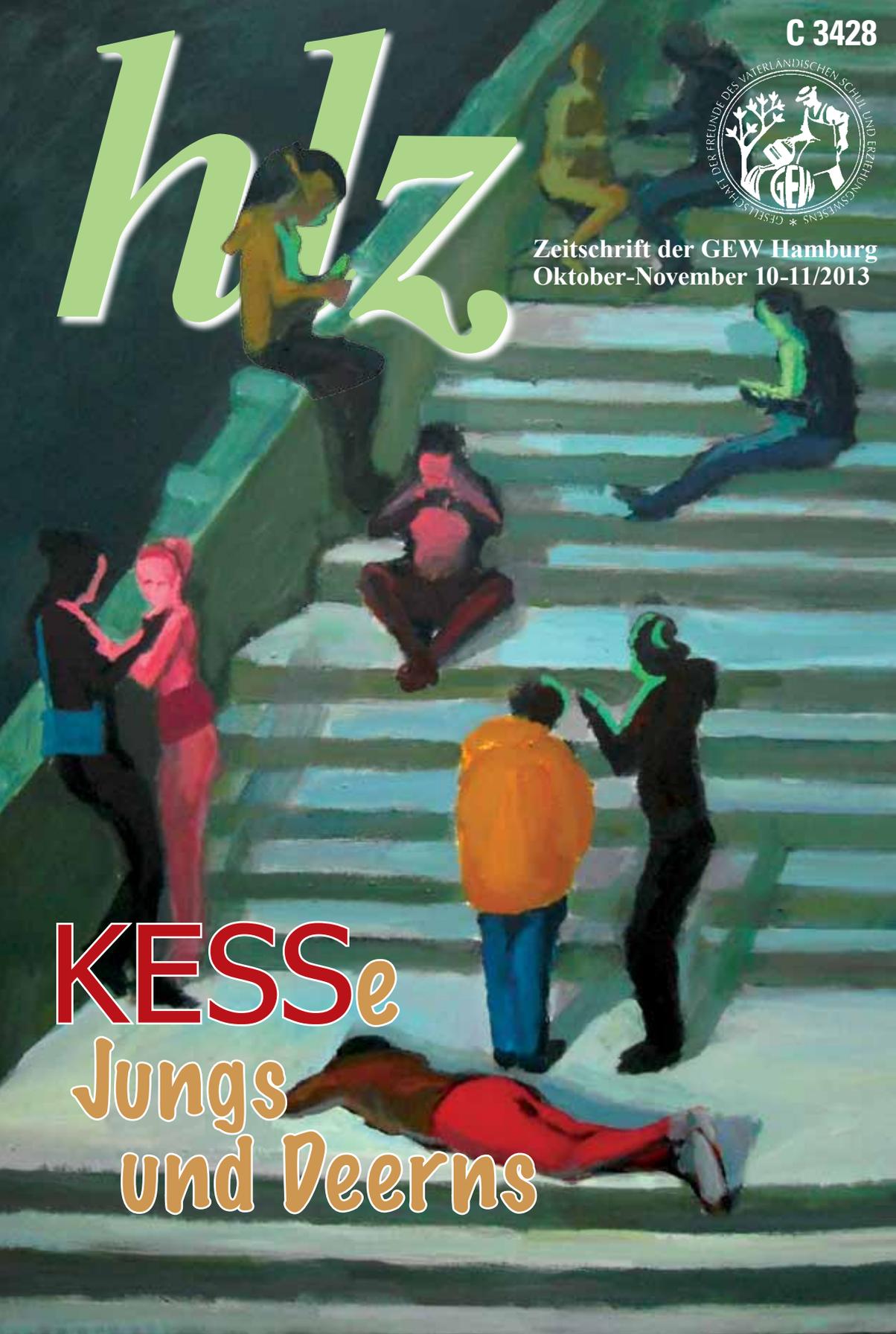




Zeitschrift der GEW Hamburg
Oktober-November 10-11/2013

h1z



KESSE

Jungs
und Deerns



Unser Titelbild:

Die Treppe ist ein Acrylbild von **Branimir Georgiev**. Der aus Bulgarien stammende Künstler hat in seiner Heimat Kunstpädagogik studiert und arbeitet als Lehrer an der Stadtteilschule Süderelbe. In seinen Öl- und Acrylbildern thematisiert er Licht und Menschen. Zu unserem Titelbild inspirierten ihn Schüler_innen aus Hamburg-Süd.



„200 von 203 Hamburger Grundschulen sind jetzt Ganztagschulen – Betreuungsangebot vervierfacht – Rekordanmeldung: 36.677 Kinder, so lautete die Pressemeldung der BSB am 27. Juli 2013.“ Weiter hieß es: „Noch nie wurden in Hamburg in so kurzer Zeit so viele neue Ganztagschulen eröffnet. Eine derart stürmische Entwicklung war möglich, weil Schulen, Eltern und Schulbehörde diese große Aufgabe gemeinsam und engagiert angepackt haben.“

Aber der Preis ist heiß. Grundschulen melden Rekordzahlen an Gruppengrößen (bis 29 Kinder). Antwort der BSB: Die Gruppengrößen 19 bzw. 23 seien nur rechnerische Größen. Durch Zusatzangebote von Vereinen, Jugendmusikschule etc. würde dieses aufgefangen. Ansonsten ist unser Senator sehr zufrieden, wundert sich nur über Beschwerden zur Essensverpflegung und Kantinen.

Dass sein Konzept mit „heißen Nadeln“ gestrickt ist, bekommt er nicht mit, denn er ist ja nicht vor Ort. Der Lärmpegel in den Grundschulen ist gestiegen. Die Schule wird zum „Freizeitzentrum“. Die betreuenden Erzieherinnen und Erzieher können einem leidtun. Sie versuchen den Überblick zu behalten, aber wie? Einige Kinder kommen nur zum Mittagessen. Andere gehen schon um 15 Uhr. Dazu die Variabilität bei den drei verbindlichen Anwesenheits-

tagen innerhalb einer 5-Tage-Woche, von diversen Ausnahmen – „Opa hat Geburtstag“ oder „Wir müssen zum Arzt gehen“ – ganz abgesehen. Von gelingender Pädagogik oder ganztägiger Bildung kann keine Rede sein. Es fehlt an Personal, insbesondere auch für § 12 Kinder. Hierfür gibt es am Nachmittag keine Ressourcen. Die Lehrkräfte fliehen aus den Schulen. Keine Ruhe zum Arbeiten, keine Arbeitsräume und der Klassenraum als dritter Pädagoge kann für den Unterricht anderntags weder nach- noch vorbereitet werden.

Und wie sieht es an den Ganztagschulen (GTS) in schulischer Verantwortung aus? Fast alle 58 Stadtteil-

**Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt,
Regina Tretow**

Der Preis ist heiß

schulen und 75 Grundschulen sind Ganztagschulen nach Rahmenkonzept. Die Arbeitsbedingungen sind hart, denn für Lehrkräfte gibt es keine geregelten Dienstzeiten. Dies gilt auch für Erzieher_innen und Sozialpädagog_innen. Eine veraltete Dienstzeitregelung öffnet Tür und Tor für willkürlichen Einsatz. Endet die Schule auch um 16 Uhr, so ist der Arbeitstag noch lange nicht zu Ende: Unterrichtsvorberei-

ung, Konferenzen, Teamzeiten, Elterngespräche – und es gibt keine Regelung, die dem Inhalt gebietet. Für Fortbildungen bleibt nur noch das Wochenende. Und wo bleiben Entspannung, Abschalten, Erholung, um mit Tatkraft guten Unterricht zu machen und die Kraft für schwierige Schüler_innen aufzubringen?

„Die Ergebnisse der neuesten KMK Vergleichsstudie überraschen Herrn Rabe nicht“, so die Pressemitteilung. „Verbesserungen wären auf dem Weg, z.B. der Ganztags“. Aber was will der Ganztags verbessern? Die Ressourcenausstattung hat sich nicht verbessert, im Gegenteil. Der Anteil schwieriger Schüler_innen, die einen besonderen Betreuungsbedarf haben, ist gestiegen. Der Abbau von I und I-R trägt zu Verschlechterungen bei. Das Personal ist ausgelaugt und müde. In den Schulen mangelt es an Rückzugs- und Arbeitsräumen.

Nun gibt es einen neuen Vorstoß der CDU. Auch Gymnasiasten sollen entspannter lernen. Daher soll

an Gymnasien der Ganztags auf 16 Uhr ausgeweitet werden. Unter anderen Voraussetzungen wäre dies eine gute Idee. Zu befürchten ist eine Umverteilung von Ressourcen. Denn es gilt das Spardiktat, wie wir wissen.

Ideen für guten Ganztags sind gefragt. Dazu gehört aber auch, den Ganztags nicht zu einem nicht endenden Tag für das Personal zu machen.



Chaos **Seite 8**

Raumnutzungsproblem – Personalmangel – Speisung. Unzufriedenheit über ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen.

Unmut **Seite 14**

Zweifel, Kritik und Widerstand gegen die laufende Umgestaltung der Hamburger Berufsschulen wachsen.

Upgrade **Seite 22**

Wie man seine Pension auch als jemand, der noch weit von der Altersgrenze entfernt ist, aufbessern kann, verrät unser Autor Gehard Brauer.

Flüchtlinge **Seite 42**

Demos sind eine Hoffnung, ein offener Brief an den Senat eine andere auf dem Weg, endlich in Hamburg zur Ruhe kommen zu können.



Foto: Stefan Gierlich

GEW

Gewerkschaftstag	12
Aufbruchstimmung	_____
Bildungsfinanzierung	30
Wie das möglich ist	_____
Mitgliederentwicklung	32
We are the champion	_____

Magazin

Pension	22
Aufbesserung möglich	_____
Jugendmusikschule	23
Tarifaueinandersetzung	_____
Neupack	23
Gerechtigkeit siegt	_____
Flüchtlinge	42
Lampedusa in Hamburg	_____
Kinderladen	44
20 Jahre Maimouna	_____
Nicaragua	46
Pädagogischer Kongress	_____
Griechenland	47
Lehrerstreik	_____
Nazibiographie (22)	50
Heinrich Haselmayer, Teil 2	_____
Debatte	56
Abi-Aufsätze in Nazi-Deutschland	_____
Buchankündigung	60
Musik und Jugendprotest	_____

Bildungspolitik

Ganztag Widerstand regt sich _____	8
SEPL Unmut steigt _____	14
KERMIT Nur ein Missverständnis? _____	18
Schließung STS findet sich nicht ab _____	20
VHS Nicht mal Peanuts! _____	21
KESS 12 und 13 Interview mit Ulrich Vieluf _____	24
KESS 13 Stellungnahme Schulleiter_innen _____	28
Reformpädagogik Interview mit Stefan Wilken _____	36



G8/G9 – Hoher Preis Seite 24

Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Auseinandersetzungen um die Wiedereinführung des 9-jährigen Gymnasiums ein Interview mit dem Leiter der KESS-Studien 12 und 13, Ulrich Vieluf.

Es geht aufwärts Seite 32

Unser Landesverband verzeichnet nicht nur mehr Mitglieder, wir verjüngen uns auch.

Reformpädagogik Seite 36

Versuch und Irrtum und neuer Versuch – das ist der Weg zur Erkenntnis für alle an diesem Prozess Beteiligten.

Griechenland Seite 47

Massive Gehaltskürzungen, Klassenfrequenzerhöhungen und Entlassungen aller Hausmeister sind nur einige der Grausamkeiten, die griechische Lehrer_innen auf die Straße bringen. Ein Hamburger Kollege ist dabei und schildert seine Eindrücke.



Foto: Manfred Klingele

Rubriken

hlz-Notiz _____	3
Leser_innenbriefe/Nachrichten _____	6
GEW-Termine _____	57
Ruheständler_innen _____	58
Rätsel _____	61
Aus der Stille ... _____	62
Impressum _____	63

Azubi-Wohnheim

Günstiger Wohnraum für die 40.000 Auszubildenden in Hamburg ist bisher Mangelware. Jetzt soll an der Hammer Straße als Teil des Neubauprojekts College-Quartier Wandsbek ein Wohnheim für 156 Auszubildende entstehen. Die ersten Auszubildenden sollen 2015 einziehen.

Reaktion auf Ganztagsbetreuung

Weil es keine Gelder mehr von der Behörde gibt, droht dem Schulkinderclub Öjendorfer Höhe in Billstedt nach 65 Jahren das Aus. Durch die Einführung der ganztägigen Bildung und Betreuung an den Grundschulen sind vor allem Einrichtungen betroffen, die sich tagsüber um Kinder und Jugendliche kümmern. Auch die Kita Wichmannstraße in Bahrenfeld muss nach 19 Jahren schließen – sehr zum Bedauern von Eltern und Kindern.

Barbie sei Dank

In Deutschland denkt jedes siebte Kind zwischen neun und 14 Jahren über eine Schönheitsoperation nach. Viele von ihnen haben auch genaue Vorstellungen: Fett absaugen, Pickel entfernen und Nase richten lassen. Das ist das Ergebnis des «Kinderbarometers» der Bausparkasse LBS. Befragt wurden bundesweit 10.000 Kinder.

An der Spitze steht der Wunsch nach einer Idealfigur: 52 Prozent der Kinder, die schon mal über eine Schönheits-OP nachgedacht haben, würden sich Fett absaugen lassen. Es folgen die Behandlung von Hautunreinheiten (31 Prozent), die

Korrektur der Nase (23 Prozent) oder der Brust (22 Prozent). Je schlechter sich die Kinder in der Familie, im Wohnumfeld, in der Schule und im Allgemeinen fühlen, desto eher beschäftigen sie sich mit einer Veränderung ihres Körpers.

Großer Sprung nach vorn

Hamburg hat in einer bundesweiten Studie zu Bildungschancen den zweitgrößten Sprung nach vorne gemacht. Im Bildungsmonitor 2013 des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) belegte die Hansestadt unter den Bundesländern den sechsten Platz und gewann im Vergleich zu den Werten des Vorjahres 3,7 Punkte hinzu. Nur Bayern schaffte mit 4,4 Punkten einen noch stärkeren Zuwachs. Die Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft wurde am Dienstag in Berlin veröffentlicht.

Punkten konnte Hamburg vor allem bei der Internationalisierung. So seien fast alle Grundschüler_innen im Jahr 2011 in Fremdsprachen unterrichtet worden. Der bundesweite Durchschnitt lag hier bei nur 69,1 Prozent. Nachbesserungsbedarf gibt es laut Studie unter anderem noch bei der Schulqualität. Bundesweit landete Hamburg in diesem Bereich auf dem 14. Platz.

Self fulfilling prophecy

Besonders zu Wahlkampfzeiten gehen Parteien wie die NPD in Deutschland oder die FPÖ in Österreich mit ausländerfeindlichen und –kritischen Plakaten auf Stimmenfang. Eine Studie

der Johannes Kepler Universität (JKU) Linz hat sich mit den Auswirkungen solcher Plakate auseinandergesetzt. Professor Markus Appel vom Institut für Pädagogik und Psychologie weist auf zahlreiche sozialpsychologische Studien, die darauf hindeuten, dass Menschen immer dann, wenn sie sich ausgeschlossen und abgelehnt fühlen, mit Stress reagieren. Stress wiederum habe verschiedene negative Konsequenzen, unter anderem reduziere sich die geistige Leistungsfähigkeit der Betroffenen.

In der Zwickmühle

In der SPD wird darüber diskutiert, an einzelnen Gymnasien zu G9 zurückzukehren oder dort die Wahl zwischen G8 und G9 zu ermöglichen. Die Grünen hatten bereits im Mai vorgeschlagen, in jedem Bezirk ein G9-Gymnasium einzurichten.

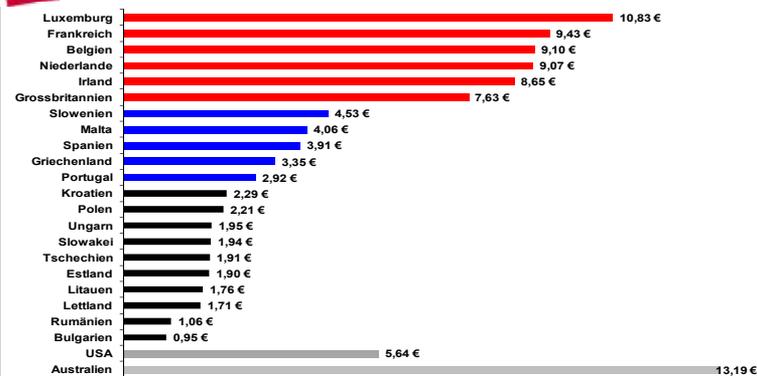
Diskutiert wird aber auch eine weitere Kompromissvariante: Danach könnte das Schulgesetz dahingehend geändert werden, den Gymnasien zu erlauben, wieder G9-Züge einzurichten. Entscheiden müssten dann die jeweiligen Schulkonferenzen.

Am schwersten fällt der CDU, die das G8 eingeführt hatte, jeder Kompromiss. Die Befürchtung: Die Gymnasien würden sich dann zu Tode siegen, eine Niveauabsenkung wäre die zwangsläufige Folge. Am Ende stünde das „Gymnasium für alle“. Ungewöhnlich dabei: Das CDU-Fraktionsmitglied Walter Scheuerl, obwohl parteilos, berät die G9-Initiative.

Leiden unter Stress

Etwa zwei Drittel aller Gymnasiast_innen in Schleswig-

Fast alle in Europa haben ihn Gesetzliche Mindestlöhne pro Stunde



Quelle: WSI, Stand: Juli 2013

V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKÉ – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Dass es ihn bisher in Deutschland nicht gibt, ist also kein Naturgesetz, ohne das die Marktwirtschaft nicht funktionieren würde, sondern eine politische Entscheidung. Hinzu kämen direkt 7,5 Milliarden Euro mehr Kaufkraft zustande und ein Teil der indirekten Subventionierung der Löhne durch Aufstockung könnte eingestellt werden – nur der Haarschnitt für 750 Euro ist gefährdet.

Holstein klagen über negative Auswirkungen des Schulalltags auf ihr Wohlbefinden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Landeselternbeirats und der Landesschülervertretung der Gymnasien unter 2.442 Schüler_innen an 16 Schulen im Land. Dabei gaben nur 33,6 Prozent der befragten G9-Schüler_innen an, keine Beschwerden zu haben. Bei den G8lern waren es 27,5 Prozent.

Am häufigsten wurden in beiden Schularten Kopfschmerzen genannt. Darunter leiden 44,9 Prozent der G8- und 42,5 Prozent der G9-Schüler_innen. Danach folgten Schlafbeschwerden mit einem Anteil von 38,3 Prozent (G8) und 29,6 Prozent (G9). Über leichte psychische Probleme klagten jeweils rund neun Prozent. Etwa je sieben Prozent berichteten von Essstörungen.

Berauschte Schüler_innen

Laut der so genannten „Schulbus“-Studie werden zwölf Prozent der Hamburger Schüler_innen als alkoholsuchtgefährdet eingestuft. Sieben Prozent gelten als cannabisabhängig. Die gute Nachricht ist, dass das Erstkonsumalter steigt: Teenies greifen im Schnitt mit 15 Jahren zum ersten Joint (2009: 14,5 Jahre).

Laut Studie ist die Wahrscheinlichkeit bei Gymnasiast_innen geringer als bei Stadtteilschüler_innen, Drogen in suchtgefährdendem Maß zu konsumieren, also fünf Zigaretten am Tag, Cannabis ein Mal in der Woche oder ein Mal in der Woche „Komasaufen“. Etwa zwei Prozent der Gymnasiast_innen rauchen ein Mal in der Woche einen Joint, bei Stadtteilschüler_innen sind es sechs Prozent. Das könnte daran liegen, dass die am Gymnasium mit ihren Schulleistungen zufriedener sind – denn Jugendliche, die ihre Leistungen als gut empfinden, kiffen nur halb so viel wie unzu-

friedene Schüler.

Komasaufen ist besonders beliebt bei Teenies aus „schickeren“ Stadtteilen wie Blankenese und Co. – der Grund liegt nah: Sie können es sich leisten. Schüler_innen mit weniger Geld tun es prozentual nur halb so oft. Und auch auf den Freundeskreis kommt es an: Wenn die Kolleg_innen keine Drogen nehmen, tun es auch die Kids in den seltensten Fällen.

Schlupfloch soll geschlossen werden

Vorschulkinder sollen künftig bei der Anmeldung zur Grundschule nicht mehr gegenüber Kita-Kindern bevorzugt werden, so die Gesetzesinitiative des Senats. Hintergrund ist das Schließen einer Lücke, die Eltern dann ausnutzen konnten, wenn sie ihr Kind an der Grundschule ihrer Wahl an deren Vorschule unterbringen konnten. Auf diese Weise konnte die Regelung – nach der für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Grundschule nur die Entfernung zum Wohnort zählt – ausgehebelt werden.

Seltsam

Laut einer aktuell veröffentlichten Statistik zum „Ausbildungsstellenmarkt“ der Arbeitsagentur Hamburg gab es zwischen Oktober 2012 und September 2013 genau 8.446 von der Arbeitsagentur als „ausbildungsgeeignet“ befundene Bewerberinnen und Bewerber für eine Berufsausbildungsstelle. Von diesen haben nur 3.766 Bewerberinnen und Bewerber auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz bekommen. Das sind ganze 44,6%! Im deutlichen Widerspruch dazu steht die Aussage von Josef Katzer, Präsident der Handwerkskammer, bei der Vorstellung der Bilanz zum Hamburger Ausbildungsmarkt 2013. Danach seien die Chancen für Schulabgänger_innen, die einen Ausbildungsplatz suchen, besser denn je.

Welches der drei folgenden Akronyme hat nichts mit der ganztägigen Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu tun?

- GTS
- GBS
- GTI

Auflösung in der Dezember-Ausgabe der hlz

...VERSTÖRENDE VERHÄLTNISSSE...



Immer mehr Ganztagsbetrieb in Schulen,
aber keine Arbeitsplätze für Lehrer_innen

„Hier muss nicht aufgeräumt werden“, so Personalrätin Kirsten Spehr von der Grundschule Sethweg. Was wir hier aufgenommen haben macht deutlich, unter welchen Bedingungen Pädagogen in Schule arbeiten müssen. Uns steht nur ein Lehrerzimmer zur Verfügung. Hier müssen alle Tätigkeiten gleichzeitig erledigt werden: Besprechungen mit Kolleginnen und Teampartnern, Unterricht vorbereiten, Hefte/Klassenarbeiten korrigieren, Klassenbucheintragen vornehmen, essen und trinken, erholen, ... Zusätzlich dient unser Platz im Lehrerzimmer der Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien, Elternbriefen und Schülermaterialien.“

Im Nebenraum unseres Lehrerzimmers müssen auf engstem Raum zum Teil zeitgleich folgende Tätigkeiten verrichtet werden: Kopieren, Heften/Binden, Lochen, Laminieren, Shreddern, Zurechtschneiden und Zusammenstellen von Arbeitsmaterial, Heraussuchen von

Unterrichtsmaterialien, Durchführen von Computerrecherchen am Lehrercomputer, Führen von Telefonaten, Schreiben von Elternbriefen, Ausdrucken von Zeugnissen, ...

„Das sind unzumutbare Arbeitsbedingungen“, ergänzt Personalratskollegin Adda Herrmann. Und diese Arbeitsbedingungen fallen deutlich schwerer ins Gewicht durch den Anstieg der Präsenzzeiten. An unserer Schule lassen uns immer mehr Springstunden (für Vertretungsreserve) und Wartezeiten auf Teambesprechungen, Absprachen mit Hausaufgabenhilfen, Förderunterricht, GBS-Kurse und Konferenzen zunehmend mehr Zeit in der Schule verbringen.“

Der Personalrat der Schule Sethweg kommt zu folgendem Fazit: Unsere Kolleginnen sind von 7.30 Uhr bis um 15.30 Uhr oder sogar noch länger an der Schule. Deshalb brauchen wir einen Arbeitsraum, in dem wir ungestört (ohne Lärmbelästigung) und

konzentriert (ohne ständige Ansprechbarkeit) arbeiten können und unser Arbeitsmaterial unterbringen können, so dass die Zeit, die wir zusätzlich an der Schule verbringen, für uns als „Arbeitszeit“ genutzt werden kann. Außerdem brauchen wir Räumlichkeiten, die uns eine echte Pause, also Ruhe, Erholung und die Möglichkeit zu einer gesunden Ernährung bieten.

„Die hier geschilderten Arbeitsbedingungen sind - mit kleinen Abweichungen - beispielhaft für eine durchschnittliche Hamburger Grundschule“, so Regina Tretow, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg und Schulpersonalrätin an der Grundschule Rönkamp. Unser ca. 12 qm Personalratsraum muss derzeit von drei Personalrätinnen mit einer weiteren Koordinatorin, zwei Fachleitungen und der Beratungslehrerin geteilt werden. Das sind unhaltbare Zustände und ein Armutszeugnis für unseren Arbeitgeber, die Freie und Hansestadt Hamburg.

ADDA HERRMANN
KIRSTEN SPEHR
REGINA TRETOW

Ahnungen bestätigt

Heilloses Durcheinander bei ganztägiger Betreuung

Die Schule Rönkamp, eine kleine Grundschule in Hamburgs Norden, hat sich intensiv auf die ganztägige Betreuung in der Grundschule vorbereitet. Zum Schuljahresbeginn stand nicht nur der Träger fest, sondern auch ein durchdachtes gemeinsames pädagogisches Konzept.

„Doch trotz aller Vorbereitungen und einer positiven, optimistischen Aufbruchstimmung werden wir, die Lehrkräfte und Erzieherinnen der Schule als auch die Erzieher der Nachmittagsbetreuung, an unsere Grenzen der Belastbarkeit geführt“, so Petra Neubuhr, Personalratsvorsitzende.

Die hauptsächlichen Gründe: Zu wenig Personal in der Nachmittagsbetreuung, fehlende Räume und ca. zwei Jahre Wartezeit auf Zubauten sowie die Doppelnutzung von Klassenräumen für Schule und Nachmittagsbetreuung. Der zu niedrige Personalschlüssel, der für die Nachmittagsbetreuung vorgesehen ist, macht sich bereits in der Mittagspause bemerkbar. Eine Betreuer_in pro Gruppe (bis zu 29 Kinder derzeit) soll das Mittagessen beaufsichtigen, soll aber auch dafür sorgen, dass Kinder sich an Regeln halten, die Mittagsangebote wahrnehmen und nicht im Schulhaus herumtoben.

„Besonders zu schaffen macht den Erzieher_innen, dass es keinen festen, klaren Rahmen für GBS gibt. Das ursprüngliche, verlässliche Konzept wurde von Senator Rabe sukzessive aufgeweicht, um Elternwünschen entgegen zu kommen“, erklärt Regina Tretow, Personalrätin und stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg.

Eltern müssen sich nur auf drei Tage Nachmittagsbetreuung festlegen. Schon da gibt es eine Variationsbreite bei einer 5-Tage Woche. Die Kernzeit bis 16 Uhr kann auf Einzelwunsch auch nur bis 15 Uhr genutzt werden, d. h. Kinder gehen eine Stunde früher. Auf Wunsch kann auch nur ein Mittagessen eingenommen werden. Hinzu kommen die vielen Ausnahmen.

„Die Erzieherinnen sind nur damit beschäftigt, zu kontrollieren und die Übersicht darüber zu behalten, dass sie alle Kinder ‚an Bord‘ haben und ihnen keines verloren geht“, sagt Gabriele Hoßmann, zweite Personalrätin der Schule. „Für die Schüler_innen mit Förderbedarf gibt es am Nachmittag keine zusätzlichen personellen Mittel und auch keine Schulbegleitung für besonders verhaltensschwierige“, ergänzt sie.

„Die Lehrkräfte der Schule Rönkamp, eine erfahrene Integrationsschule, unterrichten

aufgeschlossen und engagiert nach den neuesten Vorgaben, d. h. in offener Form und individuell dem Lernstand des einzelnen Kindes angepasst. Dies erfordert eine gut vorbereitete Lernumgebung, mit vielen vorzubereitenden und auch nachzubereitenden Materialien, die dafür zur Verfügung gestellt werden müssen. Seit GBS verlassen die Lehrkräfte mittags zügig die Schule, denn dort ist kein Arbeiten mehr möglich. Da in der Schule weder Räume, Arbeitsplätze noch ausreichende Ruhe vorhanden sind, muss die Arbeit nach Hause verlegt werden. Der vormittägliche Unterricht wird erschwert, denn die Klassenräume, die jetzt nachmittags belegt sind, können für den Unterricht an den Folgetagen nicht mehr hergerichtet werden. Unter diesen Vorgaben ist GBS nicht machbar, so Regina Tretow. „Bei allem Einsatz und allem guten Willen können wir so den Kindern und dem Anspruch auf gute Schule nicht gerecht werden. Die weiteren GBS Grundschulen kämpfen mit den gleichen Problemen“, weiß sie zu berichten. „Wir brauchen Räume, Arbeitsplätze und vor allem genügend Personal.“

PETRA NEUBUHR
REGINA TRETOW



Doppelnutzung? Hier muss nicht nur aufgeräumt werden

Foto: PR der GS Rönkamp

Drückende Probleme

Beteiligt euch online an der Petition

Liebe Hamburgerinnen und liebe Hamburger,

Hamburg hat neue Ganztagschulen. Das ist gut so. Ganztagschulen versprechen mehr Bildungsgerechtigkeit. Vor allem benachteiligte Kinder sollen mehr Bildung bekommen, gleichzeitig sollen aber auch Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren können.

Viele Hamburger Ganztagschulen haben jedoch drückende Probleme. Das ist schlecht. Es liegt nicht an den engagiert arbeitenden Menschen vor Ort, die Rahmenbedingungen sind das Problem.

Wir begrüßen ausdrücklich die Möglichkeit, zwischen den verschiedenen Formen, dem offenen, gebundenen oder teilgebundenen Ganztag zu wählen. Dieser kann mit Jugendhilfe-Trägern, z.B. den ehemaligen Horten, als „Ganztägige Bildung und Betreuung“ (GBS) oder in schulischer Verantwortung (GTS) organisiert sein. Unsere Kinder sollten durch die Ganztagschule besser gefördert und unterstützt werden. Wenn sie auch am Nachmittag in der Schule sind, müssen Kinder die nötige Fürsorge und Aufmerksamkeit erhalten, damit sie sich im Ganztag wohl fühlen und entwickeln können. Das geht nur mit mehr Betreuung.

Ein großer Stolperstein im System ist dabei die Personalbesetzung. Damit sich Kinder im Ganztag entfalten können, braucht es vor allem gutes Personal. Erst mit mehr, mit qualifiziertem und mit vertrautem Personal kann gute Bildung gelingen. Nur so entsteht Qualität. Das ist der Maßstab, ob Ganztagschule gelingt. Dies

ist kein Luxus, sondern Voraussetzung, damit sich Kinder gut entwickeln. Unter den aktuellen Bedingungen ist eine gute Unterstützung der Kinder kaum möglich.

Damit die Ganztagschulen gelingen, brauchen Kinder

- ... **Anregungen.** Kinder möchten von der Welt lernen, Musik oder Sport machen. Alle, besonders die benachteiligten Kinder, brauchen an der Ganztagschule Anregungen: Hilfe bei Hausaufgaben oder Kurse am Nachmittag, nicht nur an der Schule, sondern auch im Stadtteil.
- ... **Zuwendung.** Kinder haben große und kleine Sorgen

<https://www.change.org/de/Petitionen/verbesserung-der-rahmenbedingungen-an-hamburger-ganztagschulen-gbs-gts-damit-bildung-an-ganztagschulen-gelingt>

oder sie wollen ihre Freude mit jemandem teilen. Sie brauchen Ansprechpartner, denen sie vertrauen und die ihnen helfen können. Bildungsarbeit kann nur im Zusammenspiel mit dem Kind gelingen. Kinder brauchen mindestens eine feste Bezugsperson. Sie brauchen ein vertrautes Umfeld, insbesondere bei besonderen Ansprüchen und Hilfebedarfen sowie bei Inklusion.

- ... **gute Verpflegung.** Die Pauschale für das Mittagessen von 3,50 € (für Einkauf, Zubereitung, Abwasch und Personalkosten etc.) ist zu knapp bemessen. An vielen Schulen gibt es noch keine Kantinen. Dadurch ist die Essenssituation an den Schulen belastet. Auch am Nachmittag



brauchen Kinder einen kleinen Imbiss: z.B. Obst und etwas zu trinken. Kinder brauchen auch Erzieher/-innen, die beim Essen dabei sind.

• ... **pädagogische Zusammenarbeit.** Kinder brauchen ein stabiles Netzwerk von pädagogischen Kräften, die sich verzahnen und austauschen. So können die Pädagogen frühzeitig Bedarfe erkennen und nach Lösungen suchen.

• ... **Raum.** Kinder haben am Nachmittag unterschiedliche Bedürfnisse. Während einige Zeit zum Spielen und zum Toben brauchen, wollen andere ihre Ruhe haben. Sie brauchen Spielzeug und Spielräume, Ruhe- und Toberäume, ob drinnen oder draußen auf dem Schulhof sowie im Stadtteil.

Seit Beginn von GBS stoßen selbst erfahrene Kräfte an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Das sind keine „Anlaufschwierig-

keiten“, wie Schulsenator Rabe erklärt hat, sondern schlechte Rahmenbedingungen. Als Eltern sind wir in großer Sorge, ob der Schulsenator diese Strukturprobleme verstanden hat und ob er sie selbstigen wird.

Wir fordern verlässliche und durchfinanzierte Strukturen für GBS und GTS, die mehr Qualität und gute Bildung garantieren. Das betrifft vor allem das Personal, die Angebote und die Räumlichkeiten.

1. Kinder brauchen **für mehr Anregungen** einen verbesserten Personalschlüssel in der Nachmittags- und Ferienbetreuung von 1:17 / 1:20, vor allem Vorschüler oder Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf. Nur so können Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen sowie Kinder mit Migrationshintergrund auch mehr Bildung und Förderung erhalten. Auch die Mittel für Inklusion müssen am Nachmittag dem Vormittag gleich gestellt werden.

2. Kinder brauchen **für mehr Zuwendung** einen Bezug zum Personal. Um Bildungs- und Beziehungsarbeit der Erzieherinnen zu ermöglichen, müssen deren Arbeitsstrukturen zum Wohle unserer Kinder verbessert werden. **Für mehr Zuwendung** brauchen Kinder

a) eine qualifizierte und ihnen möglichst vertraute Personalvertretung. Ausfallzeiten bei Urlaub, Krankheit und Fortbildung von Erzieher/-innen müssen auf 23% erhöht werden;

b) Erzieher/-innen, die mehr Mittel für die sog. mittelbare Pädagogik erhalten.

c) auch in der Früh- und Spätbetreuung eine verlässliche Ausfinanzierung ab dem ersten Kind sowie für die Ferienzeiten gute Bildungsangebote. Hierfür müssen die Anmeldebedingungen verbessert werden.

3. Kinder brauchen **für eine gute Verpflegung** eine angemessene Essenssituation und auch am Nachmittag eine Versorgung mit

Getränken sowie einen kleinen Imbiss. Dazu müssen die Mittel um 1 Euro erhöht werden.

4. Kinder brauchen **Arbeitsmittel und saubere Räume.** Die allgemeinen Aufwendungen im Rahmen der Betreuung, wie z.B. Arbeitsmaterialien oder die Reinigung der Gruppen- und Angebotsräume sowie der sanitären Anlagen, müssen der neuen Auslastung entsprechend angepasst werden.

5. Kinder brauchen **für mehr Raum** die Möglichkeit zum freien Spiel und ein abwechslungsreiches und finanzierbares Kursangebot an der Schule und im Stadtteil. Zudem darf der Raum nicht aufgrund von fehlendem Personal eingeschränkt werden.

Bitte unterstützen Sie uns dabei, die Bedingungen unmittelbar zu verbessern. Kinder sind unsere Zukunft, wir sollten nicht an ihren Bildungschancen sparen. Fordern Sie mit uns den Senat und Schulsenator Rabe auf, die Ganztagschulen qualitativ angemessen auszustatten. Bitte leiten Sie unser Anliegen an Freunde, Familie und Bekannte weiter.

RADOAWA STOMPOROWSKI;
MONIKA BAUER; ULRIKE SOMMER
(Elternräte der Schule
Bahrenfelder Straße)



Zeichnende Elternvertretungen: Elternrat der Schule Bahrenfelder Straße, Elternrat der Grundschule Sachsenweg, Bezirkselfternausschuss Eimsbüttel, Elternrat der Schule Mendelssohnstraße, Elternrat der Fritjof-Nansen Schule, Elternrat der Schule Max-Eichholz-Ring, Elternrat der Grundschule Wespertal, Elternrat der Ganztagsgrundschule Sternschanze, Elternrat der Schule Rothestraße, Elternrat der Lokschild-Schule, Elternrat der Elbinselschule, Elternrat der Schule Langbargheide

Ganztagschule und Inklusion: ja – Mehrbelastung: nein

Das erste Zusammentreffen der Delegierten und Vertrauensleute unter den neuen Vorsitzenden entwickelte sich zu einer lebendigen Diskussion darüber, wie man den vor Ort von vielen Kolleg_innen ganz konkret erlebten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in Kitas und Schulen entgegenzutreten kann

Im Gegensatz zu den Erfolgsmeldungen des Senators zu Beginn des Schuljahres, nach denen über 1000 Lehrerstellen und ca. 300 Stellen mehr an weiterem pädagogischen Personal geschaffen worden seien, so dass angeblich 11,7 Schüler_innen auf eine/n Pädagogin/en kämen, stellte unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze diese Verlautbarung in ein ganz anderes Licht. Dass nämlich der Ausbau des Ganztagsangebots mehr

Personal nötig gemacht habe, dass die vielen Pensionierungen mehr Einstellungen zur Folge gehabt hätten, dies erwähnte Ties Rabe nicht. Die Klassengröße sei an den Grundschulen und Stadtteilschulen im Vergleich zum Vorjahr nämlich gestiegen. Ähnlich, so die Vorsitzende, bei der Inklusion: „Er setzt eine Gutachterkommission ein, die Ende August einen ersten Zwischenbericht vorlegt, in dem bestätigt wird, dass nicht 4,5% der Schüler_innen, sondern 6,64% sonderpädagogischen Förderbedarf beanspruchen. Statt nun schnell zu handeln und zumindest seinen eigenen Vorgaben folgend mehr Erzieher_innen, Sozialpädagoge_innen und Sonderpädagoge_innen zu beschäftigen, will er zunächst die Statistik optimieren und klarere Regeln zur Diagnose festlegen. D.h., er doktert ein bisschen an den Zahlen herum, verändert die Kriterien, nach denen sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert wird und schon hat er sich das Personal gespart.“ Und dies, zusammen mit der Umstellung auf den Ganztagsbetrieb, sei verantwortlich dafür, dass die Belastung der Kolleg_innen auf ein unerträgliches Maß gestiegen sei. „Wir haben versucht auszuloten, ob es gemeinsame Interessen gibt. Aber daran war der Senator nicht interessiert“, so unsere Vorsitzende. Nur durch konsequentes Sichtbarmachen der Probleme sei hier die Chance, über den dadurch entstehenden politischen Druck sich Gehör zu verschaffen, schlussfolgerte Anja, einsehend, dass es schwer fiel, bei der gravierenden Arbeitsüberlastung sich Freiräume dafür zu

schaffen. Auch fiel es schwer, unter direkter Abhängigkeit der Schulleitung sich als GEW-Gruppe, als Kollegium hinzustellen und Missstände offen zu legen. Aber genau diese konkreten Hinweise seien es, die in der Öffentlichkeit, in der Presse zur Kenntnis genommen würden. Und so mündete der Beitrag von Anja in dem Appell: „Wir brauchen Euer Engagement!“ und würdigend: „Den Kolleginnen und Kollegen der Schule Sethweg und der Schule Rönkamp gebührt große Anerkennung. Sie haben in einer Pressemitteilung die Verhältnisse an ihrer Schule in der ganztägigen Betreuung sehr deutlich geschildert.“ (s. S. 10/11)

Nicht anders als den Beschäftigten in der Schule geht es den Kolleg_innen in den Kitas. Auch Senator Scheele hatte mit der Erfolgsmeldung gegläntzt, dass es gelungen sei, in Hamburg flächendeckend für jedes Kind einen Kita-Platz zur Verfügung zu stellen. Was er allerdings unterschlägt, ist, dass dies mit dem schlechtesten Personalschlüssel in Deutschland geschieht! Dies geht also direkt auf die Knochen der Kolleg_innen. Diese Melange aus miesen Arbeitsverhältnissen in den Horten, die in Kooperation mit den Schulen die ganztägige Betreuung organisieren und durchführen würden, bei der in nicht seltenen Fällen prekäre Beschäftigungsverhältnisse gepaart mit Arbeitszeiten, die arbeitsrechtlich oft mehr als fragwürdig seien, keine Ausnahme bildeten, bedürften dringend der Korrektur, so Regina Tretow, stellvertretende Vorsitzende und Mitglied im Vorstand des Ge-

Fotos: Stefan Gierlich



Katja Karger, neue Hamburger DGB-Vorsitzende, freut sich auf die Zusammenarbeit mit der GEW

samtpersonalrats. Als Gesamtpersonalrat könne man zwar einiges anstoßen, grundlegende Besserung aber sei nur zu erwarten, wenn der Druck unter dem die Kolleg_innen leiden, vor Ort sichtbar würde, so Regina ganz auf der Linie der Vorsitzenden.

Dass die GEW hierbei auf einem guten Weg sei, betonte Katja Karger, frisch gewählte DGB-Vorsitzende und somit Nachfolgerin von Uwe Grund, in ihrer Vorstellungsrede. Die gelernte Industriekauffrau und studierte Kulturwissenschaftlerin sagte, sie sei stolz, jetzt ein Teil davon sein zu dürfen. Gleichzeitig machte sie an so strittigen Fragen wie dem Umgang mit den Lampedusa-Flüchtlingen oder der Frage, ob und in welchem Maße die Bundeswehr Zugang zu unseren Schulen haben sollte, deutlich, welche Grenzen ihr in einem Landesverband bestehend aus acht Einzelgewerkschaften mit weit auseinander fallendem Meinungsspektrum gesetzt seien. Entsprechend vage waren ihre Antworten.

Weniger vage waren dann die Aussagen und Forderungen in dem umfassenden Antrag des Landesvorstandes zu den Arbeitsbedingungen im Ganztagsbetrieb der Schulen. Vor dem Hintergrund des oben schon erwähnten Desasters macht der Antrag unmissverständlich klar, dass es keinesfalls nur vereinzelte Besserungen geben müs-

se, sondern ein ganzes Bündel von Maßnahmen notwendig sei, um hier grundsätzlich eine der Gesundheit der Kolleg_innen zuträgliche Veränderung herbeizuführen. Ohne Gegenstimme wurde der Antrag angenommen.

Wie ernst es den Kolleg_innen mit der Auseinandersetzung um diese Themen ist, konnte man daran erkennen, dass selbst nach bereits fortgeschrittener Zeit – schließlich war man am Ende eines langen Arbeitstages – dem Aufruf, sich nach regionaler Zugehörigkeit zusammenzutun, um über eine Vernetzung im Stadtteil zu beraten, nahezu alle Delegierten Folge leisteten.

Die Delegierten folgten auch einem Antrag, der sich explizit gegen jedwede Präsenz der Bundeswehr in den Schulen ausspricht und, dies ist neu, auch das Werben der Bundeswehr in Einrichtungen der Arbeitsagentur auf Schärfste kritisiert. Obwohl es – bezogen auf die Bildungseinrichtungen – einen diesbezüglichen Beschluss auf Bundesebene gibt, sah sich der Friedensausschuss der GEW genötigt, einen aktuellen Antrag zu stellen, da zum einen – so die Begründung – die Bundeswehr immer aggressiver versuche, ihre Werbekampagnen in die Öffentlichkeit zu tragen, zum anderen aber auch, weil die DGB-Spitze vor nicht allzu langer Zeit ein Abkommen mit der Bundeswehr geschlossen habe, nach dem die Gewerkschaften das Werben der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen tolerieren würden.

Um Toleranz, aber mehr noch um Solidarität ging es auch im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der ‚Lampedusa‘-Flüchtlinge in Hamburg. Friday Emitola als Vertreter der 360 schwarzafrikanischen Flüchtlinge aus Lybien, die von Italien nach Deutschland abgeschoben wurden und von denen 80 in der St. Pauli Kirchengemeinde Zuflucht gefunden haben, schilderte, unter welchen dramatischen Um-



Friday Emitola, Sprecher der Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg, baut auf unsere Solidarität

ständen sich diese Vorgänge abgespielt hätten. Sie fühlten sich als Spielball der Politik und als Opfer einer rechtlichen Gemengelage, bei der Humanität leider nicht vorkomme. Er sei froh über die breite Unterstützung und über die Bereitschaft vieler Menschen in ihrer Umgebung, die ihnen helfend zur Seite stünden. Die Politiker, konkret benannte er den Hamburger Senat, seien nur zu Zugeständnissen bereit, wenn Druck von der Straße käme und so hoffe er, dass viele, auch der Anwesenden, nicht nur ihr Anliegen weiterverbreiten würden, sondern sich auch an der angekündigten Demonstration beteiligen würden. Die überzeugende Botschaft quittierten die Delegierten mit anhaltendem Applaus.

Trotz der fortgeschrittenen Zeit wurden die angekündigten Wahlgänge vollzogen, auf dass unserer Gewerkschaft auch in Zukunft ihre Wirksamkeit unter Beweis stellen kann.

JOACHIM GEFFERS (s. auch S. 62)

Gewählt wurden als:

Mitglieder für den Landesvorstand
Rolf Limpinsel und
Dirk Poppner

1. Kassenwart: *Jens Kastner*
Schriftleiter hlz:
Joachim Geffers



Unsere Vorsitzende Anja Bensing
Stolze bedankt sich bei Klaus Bernhardt für seine 10-jährigen Verdienste als 1. Kassenwart

Begründete Zweifel

Die Lehrerkammer hat sich mit dem Schulentwicklungsplan für die Berufsbildenden Schulen beschäftigt. Im Kern geht es darum, aus bisher 44 dann 31 berufsbildende Schulen zu machen. Wir dokumentieren Auszüge aus der Stellungnahme.

Eine Auswertung von über 30 Stellungnahmen, die der Lehrerkammer bis Anfang Oktober vorlagen, hat ergeben, dass bei einem Drittel grundsätzliche Bedenken gegen die Umsetzung der Planung bestehen. Das spricht nicht für einen breiten konsensorientierten Diskussionsprozess. Der Lehrerkammer wird nicht deutlich, wie die große Anzahl der zum Teil erheblichen Einwände der Schulen gegen den Referentenentwurf innerhalb eines kurzen Zeitraumes Berücksichtigung finden soll.

Die Lehrerkammer hat deshalb begründete Zweifel, dass ein breiter Diskussionsprozess in den Lehrerkollegien im Vorwege stattgefunden hat. Darauf weist die geringe Anzahl an Stellungnahmen durch Lehrerkonferenzen hin. Beispielsweise gibt es Schulen, die das Thema SEPL noch nicht auf einer Lehrerkonferenz behandelt haben. Erst jetzt, Mitte Oktober, werden nach und nach erste Stellungnahmen von Lehrerkonferenzen abgegeben.

Wer die Beschäftigten bei einem Entwicklungsprozess mitnehmen will, muss sie wirklich einbinden und nicht den formal kürzesten und schnellsten Weg suchen.

Die Schulen, die vor einer Fusion stehen, befinden sich zwar in diesem Punkt in einem Diskussionsprozess. Im besten Falle wird die geplante Fusion auch vom Kollegium im Grundsatz angestrebt. Entscheidend wird aber die Frage sein, wie die BSB bzw. das HIBB mit den Schulen umgeht, die der ihr zugeordneten Fusion nicht oder noch

nicht zustimmen können. **Eine Fusion sollte nach Meinung der Lehrerkammer nur mit der Zustimmung der jeweiligen Lehrerkonferenz und Schulkonferenz erfolgen.**

Der Lehrerkammer scheint die Frist zwischen der Abgabe der schulischen Stellungnahmen und der Beschlussfassung durch die Deputation zu knapp.

Deshalb schlägt die Lehrerkammer vor, dem HIBB und den Schulen Zeit für diesen Prozess zu geben und die Planung erst dann den Kammern und der Deputation zur Beschlussfassung vorzulegen.

Zu wenig Ressourcen

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Stellungnahmen vieler Schulen die ungeklärte Frage, woher die notwendigen Ressourcen zur Umsetzung der Planungen kommen sollen.

Das ist möglicherweise eine durch die bisherigen Erfahrungen zu erklärende Skepsis, was die notwendigen Zubau-Maßnahmen angeht. Schließlich ist es nicht mit der HIBB-Tranche getan.

Völlig ungeklärt ist, wie der hohen Mehrbelastung der Beschäftigten, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Schulentwicklung steht, Rechnung getragen werden soll. Der SEPL macht nicht einmal der Versuch, das Volumen der dafür nötigen Arbeitszeitressourcen zu ermitteln. Die halbe Stelle, um die die Mittel für langfristige Vertretung (VORMittel) der Schulen

jeweils pauschal und unabhängig von ihrer Größe aufgestockt werden soll, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und geht nach Ansicht der Lehrerkammer nicht auf eine Analyse des tatsächlichen benötigten Arbeitszeitvolumens zurück.

Ungeklärte Fragen

- Wie wird die neue Schulleitung bei fusionierten Schulen ermittelt? Die Bemerkung im Referentenentwurf, dass zwei Schulleitungen für eine gewisse Zeit parallel existieren können, verwirrt mehr, als dass sie Klarheit schafft.
- Wie und wann werden die neuen Personalräte gebildet?

Die Lehrerkammer empfiehlt mehr Information und Transparenz in diesen Fragen.



Schule als Mittelständisches Unternehmen

Die Lehrerkammer befürchtet, dass in Zukunft an den beruflichen Schulen wirtschaftliche Effizienz vor Pädagogik rangieren wird. Anlass zu dieser Befürchtung sind die Ausführungen auf S. 14 des Referentenentwurfs, in dem die berufsbildenden Schulen mit mittelständischen Betrieben verglichen werden, die im Gegensatz zu Schulen gewinnorientiert arbeiten.

Aus Schülerinnen und Schülern werden kennzahlgesteuerte Objekte, die den „Schülerumsatz“ ausmachen. Vor diesem Hintergrund ist die Einführung von Verwaltungsleitern, so wie in der Vorlage vorgeschlagen, kritisch zu sehen.

Ein klares Bekenntnis zum Primat der Pädagogik und einer guten Ausbildung fehlt. Die Verwaltungsleiter sollen weisungsbefugt sein.

Die trügerische Hoffnung auf den demografischen Wandel

Die Schulentwicklungsplanung geht von einem Abbau der „Warteschleifen“ aus. Natürlich würde es die Lehrerkammer begrüßen, wenn Warteschleifen überflüssig würden.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass diese (potentielle) Schülergruppe nach ihrem Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule einen vollqualifizierenden beruflichen Ausbildungsplatz finden. Eine solche Entwicklung zeichnet sich trotz Fachkräftemangel aber nicht ab. Nur 24% der Schulabgänger, die nach der 9. und 10. Klasse die SEK I einer weiterführenden Schule verlassen haben, fanden 2012 einen betrieblichen oder vollqualifizierenden schulischen Ausbildungsplatz. Es ist für die Lehrerkammer nicht erkennbar, dass sich an diesem Einstellungsverhalten der Betriebe etwas ändert. Die Zahlen der Schulabgänger in Hamburger Umland sinken zwar, die der Hamburger aber steigen. Unter dem Strich werden 2020 nach Prognosen der Schulbehörde sogar fast 700 Schülerinnen und Schüler mehr auf den Ausbildungsmarkt drängen. Die Hoffnung, dass sich die Ausbildungssituation in Hamburg durch den demographischen Wandel von selbst verbessert, teilt die Lehrerkammer nicht. In dieser Situation sollten nach Meinung der Lehrerkammer eher vollqualifizierende Ausbildungsgänge ausgebaut werden, wenn das Ziel, die Anzahl junger Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung deutlich zu erhöhen, kein Lippenbekenntnis bleiben soll. Der Referentenentwurf sieht im Gegensatz dazu den Abbau teilqualifizierender Ausbildungsplätze vor („Warteschleifen“) ohne dieser Gruppe eine realistische Alternative bieten zu können.

Inklusion Fehlanzeige

Schülerinnen und Schüler mit besonderem und sonderpädagogischem Förderbedarf haben, ebenso

wie jene ohne Handicap, nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen ein Recht auf Unterricht an beruflichen Schulen.

Ein eigenes Kapitel zu diesem Thema ist im Referentenentwurf nicht vorhanden. Es entsteht der Eindruck, dass Inklusion die angestrebte einseitige Ausrichtung des mittelständischen Betriebs „Schule“ auf das reibungslose Erzeugen von „Schülerumsätzen“ stören könnte.

Vor diesem Hintergrund kritisiert die Lehrerkammer die geringe Flexibilität des HIBB, wenn es um Alternativvorschläge geht, beispielsweise bei der Beruflichen Schule Uferstraße (W2), die auf eine langjährige Erfahrung aufbauen und echte Erfolge im Bereich der Integration und beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung aufweisen kann. Diese Schule hat einen Alternativvorschlag zum Referentenentwurf erarbeitet und die Lehrerkammer erwartet, dass auf dieser Grundlage eine einvernehmliche Lösung gefunden wird, zumal sowohl die W2 als auch die benachbarte Schule FSP1 den Forderungen des SEPL gemäß ausreichend hohe Schülerzahlen aufweisen. Die Lehrerkammer befürchtet, dass mit der Umsetzung des SEPL ohne ein bestehendes Inklusionskonzept das bisher vorhandene Potential für Inklusion verloren geht.

Das Verfahren, die Schulentwicklungsplanung (auf Jahre hinaus) ohne Inklusion durchzuführen, um dann später vielleicht nachzusteuern, lehnt die Lehrerkammer ab. Nach Meinung der Lehrerkammer sollten Schulentwicklungsplanungen in Hamburg in Zukunft immer deutliche Aussagen über die Umsetzung der Inklusion enthalten.

Weniger Standorte und weniger Pädagogik gleich mehr Effizienz ?

Der vorliegende Entwurf weist keinerlei Wege zu einer verbesserten Qualität von Unterricht auf, er lässt die Erkenntnisse der Berufsforschung vermissen und lässt viele Fragen zur strategischen Personalplanung offen.

Die nächste Fassung des SEPL sollte auch die Weiterentwicklung der beruflichen Qualifizierung von Menschen mit Behinderung bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf als eigenständiges Thema aufnehmen.

Die Lehrerkammer schlägt vor, mit mehr Transparenz und unter intensiver Beteiligung der Lehrerschaft im Frühjahr 2014 einen neuen Referentenentwurf mit mehr pädagogischer Substanz vorzulegen, der dann auch den Titel Schul'entwicklung' rechtfertigt.

Die vollständige Stellungnahme der Lehrerkammer findet sich hier:

<http://www.lehrerkammer.hamburg.de/index.php/file/download/393>

Zerschlagt unsere Schule nicht!

Stellungnahme des Schülerrats der Beruflichen Schule Uferstraße (W2) zum Schulentwicklungsplan

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Schulsprecher der Beruflichen Schule Uferstraße (W2), sind mit den Plänen des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) zu den Veränderungen im Rahmen des Schulentwicklungsplans (SEPL) nicht einverstanden.

Unter Annahme des sogenannten Fachberufsschulprinzips, welcher vorsieht, dass...

- die Haus- und Familienpflege mittelfristig an die W1 abgegeben wird,
- die Hauswirtschaft (dual und schulisch) **ohne** die Fachpraktiker Hauswirtschaft mittelfristig an die G3 abgegeben wird,
- unsere Schule (W2) mittelfristig mit der Fachschule Sozialpädagogik 1 (FSP1) fusionieren wird,
- die G3 den größten Teil ihrer Fachoberschule an den entstehenden Sozialpädagogik-Standort abgegeben wird,
- der bisher nur privat ausgebildete Heilerzieher auch an dem entstehenden Sozialpädagogik-Standort angeboten wird,

... wird unsere Schule **zerschlagen!**

Die Zerschlagung unserer Schule (W2) und des damit verbundenen und entstandenen Zusammenhaltes der Schülerschaft, würde ein nicht zu füllendes Loch entstehen lassen. Unsere Schule (W2) ist in ihrer Konzeption einzigartig.

Die Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf sind in dem SEPL nicht mit berücksichtigt worden.

Und dadurch wird die Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Förderbedarf unterbunden. In vielen Projekten, wie z.B. Caterings, Sport, Kunst, Nahrungszubereitung, Serviceunterricht, Gartenbau oder AGs, konnten wir bereits miteinander und voneinander lernen.

Außerdem wurde im Rahmen der intensiven und inklusiven Zusammenarbeit von allen Schüler_innen die gesamte Gemeinschaftspflege beider Schulen (W2/ FSP1) gewährleistet.

Zudem wird für Schülerinnen und Schüler der W2 die Durchlässigkeit in allen Bildungsgängen unterbunden.

Hinzu kommt, dass Steuergelder unnötig verpulvert werden(!), indem man Küchen aus einer Schule herausreißt (eine Küche ca. 70.000€), vernichtet und im gleichen Atemzug neue Küchen kauft, um diese in einer anderen Schule aufzubauen.

An unserer Schule ist alles vorhanden, was an den möglichen neuen Standorten nicht gegeben ist. Wir haben Küchen, was bedeutet: nichts müsste neu angeschafft werden.

Alle Schülerinnen und Schüler kommen miteinander klar, lernen miteinander, kennen und respektieren sich.

Was die Schule außerdem besonders macht, ist ein inklusiver Schülerrat. Hier werden von allen Schüler_innen gemeinsame Entscheidungen für die Schule getroffen und umgesetzt.

Von offizieller Seite liegt uns kein lernpädagogisch vernünftiges oder berufsförderndes Argument vor, welches diese Zerschlagungsmaßnahmen sinnvoll und gerechtfertigt erscheinen lässt. Wir wollen, dass die Schule so, wie sie jetzt besteht, bleibt!!!

Mit freundlichen Grüßen,

DER SCHÜLERRAT DER W2





Foto: Heidi Grel

INKLUSION

Gemeinsam wohnen und arbeiten

20 Jahre Werkstadthaus in der Holstenstraße.
Ein Symposium anlässlich des Jubiläums

Am 20.09.2013 konnte das *Werkstadthaus Hamburg* in der Holstenstraße sein 20jähriges Jubiläum feiern. Gegründet wurde es vom Verein „*Werkstadthaus Hamburg, gemeinsames Wohnen und Arbeiten behinderter Bürger e.V.*“. Zum *Werkstadthaus Hamburg* gehört eine Wohngruppe, eine Tagesförderstätte und das *Stadthaushotel*. Hier arbeiten noch heute die jungen Menschen mit geistiger Behinderung, die in der Beruflichen Schule Uferstraße Anfang der 90er Jahre für diese Tätigkeit qualifiziert worden sind. Vor der Feier fand am Vormittag ein Symposium zum Thema „*Integration und Inklusion in der Ausbildung und Arbeitsteilnahme von Menschen mit geistiger Behinderung in Hotels und ähnlichen Arbeitsmöglichkeiten*“ statt. Experten aus verschiedenen Bereichen diskutierten ihre Erfahrungen. Vertreten waren „Gründungseltern“, u.a. das Ehepaar Born, die für die Ausbildung verantwortliche Berufliche Schule Uferstraße, der jetzige Träger des Stadthaushotels „*Jugend hilft Jugend*“, das integrative Unternehmen *Embrace Hotels*, die Hamburger Po-

litiker Sören Tomasek und Dr. Bartke sowie weitere Institutionen, wie z.B. der Verein *Leben mit Behinderung in Hamburg und die Lebenshilfe*.

Prof. Dr. Harm Paschen (Hochschullehrer und ein „Gründungsvater“ des Werkstadthauses) führte mit einem Kurzreferat in das Thema ein. Anschließend diskutierten die Teilnehmer_innen ihre Fragen und Erfahrungen zum Thema Integration und Inklusion. Die folgenden Aspekte und Positionen wurden besonders intensiv diskutiert und sollen hier kurz dargestellt werden:

- Die umkämpften Veränderungen von Integration zu Inklusion müssen Wahlmöglichkeiten für individuelle, dem Kindeswohl folgende Entscheidungen zulassen. Neben der Inklusion als einzelner Mensch mit Handicap muss das Lernen und Arbeiten in der Peergroup als Wahlmöglichkeit erhalten bleiben. Das Recht auf Teilha-

be darf nicht zwangsläufig zur Pflicht erklärt werden.

- Bei der Umsetzung des Ziels „Inklusion“ muss die Gesellschaft „mitgenommen“ werden. Das beinhaltet ein schrittweises Umsetzen der Inklusion. Dabei müssen die vorliegenden positiven Erfahrungen erfolgreicher Initiativen und Konzepte, wie z.B. die *Embrace-Hotels* oder das Konzept der *Beruflichen Schule Uferstraße*, erhalten, genutzt und weiterentwickelt werden.

- Die aufgrund knapper Ressourcen zu beobachtenden Einschränkungen bei der Unterstützung der Menschen mit Handicap sollten ehrlich benannt werden und nicht als Ideal von Inklusion verschleiert werden.

Am Nachmittag wurde dann die erfolgreiche Arbeit des Stadthaushotels mit zahlreichen weiteren Gästen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gefeiert. Als

Vertreter des HIBB waren Frau Skolaja und Herr Helfbernd anwesend. Wir hoffen, dass wir darin ein positives Zeichen für das Weiterbestehen der Beruflichen Schule Uferstraße sehen können.

HERMA KINDT, ehemalige Kollegin der W2 und als Abteilungsleiterin zuständig für diese Lerngruppe,
MARIA MIELKE, ehemalige Schulleiterin der W2



Wer screent da wen?

Das Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ) zur Stellungnahme der Schule Hegholt / Bramfelder Dorfplatz zu KERMIT, (s. HLZ 8-9/2013, S. 18)

Unter der Überschrift KERMIT – So ein Qua(r)k zweifeln der Sonderpädagoge U. Meister und die Lehrkräfte der jahrgangsübergreifenden Klassen 1/2 der Schule Hegholt / Bramfelder Dorfplatz an der sachgerechten Konzeption und Konstruktion von KERMIT 2 und urteilen, dass es sich um einen dilettantischen Test handelt. Möglicherweise liegt hier ein Missverständnis vor, das durch die schlagwortartige Beschreibung von KERMIT 2 auf der Webseite www.kermit-hamburg.de

Rückmeldungen u. a. Leistungsmittelwerte auf Klassen- und Schulebene ausgewiesen und in Bezug zu den Ergebnissen von Vergleichsgruppen (Parallelklassen, Vergleichsschulen) gesetzt. Erwartungswidrig hohe oder niedrige Klassen- oder Schulmittelwerte weisen darauf hin, welche Leistungen verhältnismäßig gut oder schlecht ausfallen und welche Bereiche demnach im Unterricht verstärkt bearbeitet werden sollten. Zusätzlich werden individuelle Schülerleistungen ausgewiesen: Sehr hohe

zeptioniert und entwickelt, dass einerseits die Inhalte zu den Beobachtungskriterien des Bildungsplans am Ende der zweiten Jahrgangsstufe passen und andererseits eine Verknüpfung mit den nachfolgenden KERMIT-Erhebungen in den Jahrgangsstufen 3 und 5 möglich ist, um die Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler über den Verlauf der Grundschulzeit sichtbar zu machen. Die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referats ‚Kompetenzmessung und Evaluation‘ am



Wurde da vielleicht etwas bewusst missverstanden?

de mit entstanden sein mag: Die KERMIT-Untersuchungen dienen in erster Linie der Unterrichts- und Schulentwicklung und nicht der Identifizierung von individuellem Förderbedarf. Zu diesem Zweck werden in den

oder niedrige Leistungen liefern im Sinne eines „Screenings“ Hinweise auf individuelle Förderanlässe, die mit geeigneten diagnostischen Verfahren genauer zu spezifizieren sind.

KERMIT 2 wurde so kon-

Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung sind hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die über eine fundierte universitäre Ausbildung in (pädagogischer) Diagnostik und langjäh-

rige Erfahrung im Bereich der Kompetenzmessung verfügen. Des Weiteren waren an der Entwicklung von KERMIT 2 Hamburger Grundschullehrkräfte beteiligt, die an Schulen mit unterschiedlich leistungsstarker Schülerschaft unterrichten. Bevor eine Aufgabe im Rahmen von KERMIT eingesetzt wird, durchläuft sie ein mehrstufiges Prüfverfahren. Dazu gehört z. B. der probeweise Einsatz in Schulen mit unterschiedlich leistungsstarker Schülerschaft. Daneben werden neu entwickelte Aufgaben bezüglich ihrer Eignung für die KERMIT-Testungen durch Hamburger Lehrkräfte bewertet und darüber hinaus von Professorinnen und Professoren verschiedener Universitäten fachdidaktisch begleitet. Bei der Zusammenstellung der Testhefte werden dann schwere, mittel-schwere und leichte Aufgaben, die die gängigen Testgütekriterien erfüllen, in einer ausgewogenen Mischung berücksichtigt, wobei zu Beginn jedes Testbereichs sehr leichte Aufgaben den Schülerinnen und Schülern den Einstieg in den Test erleichtern (z. B. das Wimmelbild). Innerhalb der einzelnen Testbereiche wechseln sich häufig leichtere und schwierigere Aufgaben ab – Schülerinnen und Schülern soll damit immer wieder der Einstieg in die Aufgaben gelingen, auch wenn sie zwischendurch Aufgaben nicht lösen konnten. Am Ende eines Testbereichs werden teilweise recht anspruchsvolle Aufgaben gestellt, an denen die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler knabern können. Die Testhefte sind mit Absicht so konzipiert, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler alle Aufgaben lösen. Damit wird gewährleistet, dass auch Leistungen im oberen Bereich gemessen werden können. Um geeignete Aufgaben auszuwählen und zu überprüfen, ob die für regelhafte KERMIT 2 – Erhebung vorgesehenen Instrumente tatsächlich

am Ende der zweiten Jahrgangsstufe eingesetzt werden können, wurden im Vorfeld zwei Pilotierungen an repräsentativen Stichproben durchgeführt. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt gemäß der probabilistischen Testtheorie. Auf diese Weise lassen sich die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auf der Grundlage von Kompetenzstufenmodellen einordnen und beschreiben. Kompetenzstufenmodelle geben an, welche Anforderungen Schülerinnen und Schüler, die sich auf der jeweiligen Kompetenzstufe befinden, bereits sicher bewältigen und bei welchen Anforderungen sie noch größere Schwierigkeiten haben. Damit können die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler den Lehrkräften Impulse für die inhaltliche Weiterarbeit im Unterricht geben.

Inzwischen liegen die KERMIT 2-Auswertungen von 2013 vor. Die Ergebnisse liefern keinen Hinweis darauf, dass die von Herrn Meister und den Lehrkräften der jahrgangübergreifenden Klassen 1/2 der Schule Hegholt / Bramfelder Dorfplatz geäußerten Vorbehalte zutreffen und infolge die Aussagekraft der Testergebnisse beeinträchtigt wäre.

Entgegen der Annahme mancher Lehrerinnen und Lehrer waren die Schülerinnen und Schüler in der Lage, auch solche Aufgaben zu bearbeiten, die nicht zwingend Teil ihrer Lebenswirklichkeit sind. Die Verteilung aller Hamburger Schülerinnen und Schüler auf die vier Fähigkeitsniveaus weist zudem darauf hin, dass die Aufgaben insgesamt nicht zu schwierig waren und in der zur Verfügung gestellten Zeit erwartungsgemäß bearbeitet werden konnten.

Zum Schluss noch ein Hinweis zum Thema Inklusion: Inklusiver Unterricht bedeutet nicht, dass alle zum gleichen Zeitpunkt das Gleiche tun, sondern die Unterrichtsgestaltung ist auf eine adaptive Förderung

und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, abhängig von deren individuellen und sozialen Ressourcen, ausgerichtet. Was Lehrerinnen und Lehrer aus gutem Grund im Unterricht also keinesfalls tun, wünschen sich die Autoren der in der HLZ veröffentlichten Kritik an KERMIT ausgerechnet während der Testsituation? Zurzeit steht ein Testverfahren, das auch die unterschiedlichen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf differenziert erfassen kann, (noch) nicht zur Verfügung. Daher überlassen wir die Entscheidung den Lehrkräften, welche ihrer Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an dem Regelverfahren teilnehmen. Ideal wäre es sicherlich, wenn wir den Schulen ein adaptives Verfahren anbieten könnten, sodass Schülerinnen und Schüler weder unter- noch überfordert werden. Aber noch befindet sich das adaptive Testen in den Kinderschuhen. Wir begreifen dies als Herausforderung, vor der wir nicht nur in Hamburg, sondern auch auf nationaler und internationaler Ebene stehen. Gegenwärtig können wir den Lehrkräften im Grundschulbereich leider noch kein adaptives Erhebungsinstrument anbieten.

Wir sind immer an Rückmeldungen zu unserer Arbeit interessiert, da sie uns dabei unterstützen, die Qualität unserer Arbeit weiterzuentwickeln. Gerne sind wir bereit, in einen konstruktiven Dialog zu treten. Bedanken möchte ich mich bei den vielen Lehrerinnen und Lehrern, die sich erneut an unserer Online-Befragung zu KERMIT beteiligt haben und uns damit auch konkrete Hinweise gegeben haben, an welchen Stellen wir uns noch verbessern können.

MARGARETE BENZING
als Referatsleitung am IFBQ
verantwortlich für KERMIT

Schule im Aufbruch

Die Stadtteilschule Langenhorn setzt bewundernswerte Maßstäbe für benachteiligte Jugendliche und Inklusion – und ist trotzdem von Schließung bedroht

Die Aula der STS Langenhorn / Grellkamp war am 26.09. gerammelt voll. Im Publikum saßen Jugendliche, Eltern und Mitbürger_innen aus dem Stadtteil. Der Freundeskreis der Schule Grellkamp und das engagierte Kollegium zeigten in einem bunten Programm, was lebendige, interkulturelle und inklusive Schule ist. Für die Schüler_innen, das war zu spüren, ist sie Lebensmittelpunkt und ein Zuhause. Aber der Blick für gute Pädagogik und gelingende Schulsozialarbeit droht an dem einzigen Maß zu scheitern, das diese Behörde und dieser Senat kennt – an Zahlen.

Derzeit werden 6 IVK-Klassen (Internationale Vorbereitungsklassen) und eine Alphabetisierungs-Klasse dort unterrichtet. Aber die Schule hat nicht genügend Regelklassen zur schrittweisen Integration der IVK-Schüler_innen, so wie es das Konzept vorsieht. In

zwei Anmelderunden hatte die Schule zu wenige Anmeldungen. Hintergrund ist die ständige Diskussion und Verunsicherung um Schulschließung. Hier trägt die zuständige Behörde die Verantwortung.

Es ist nicht gelungen, Kooperationen mit den umliegenden Stadtteilschulen Heidberg und Fritz-Schumacher herzustellen. Beide Nachbarschulen, die aus allen Nähten platzen, grenzen sich ab. Ausgewichen wird von diesen Schulen auf den Sanierungsbedürftigen Standort Foorthkamp. Die Schule Grellkamp hingegen ist für rund drei Millionen Euro saniert worden! Sowohl pädagogisch als auch finanziell ist es absolut nicht nachvollziehbar, warum hier die selbstverantwortete Schule solche Blüten treibt, dass es kein Eingreifen und ein Unterstützungskonzept seitens der Behörde gibt.

Den zu integrierenden Schü-

ler_innen bietet diese Schule ein Zuhause. Dies hat ein afghanischer Schüler, der seine bedrückende Flucht dem Publikum geschildert hat, eindrucksvoll verdeutlicht. Stattdessen werden die IVK-Schüler_innen aus ihrem Umfeld gerissen und müssen in entfernten Schulen wieder neu Fuß fassen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion, auf der auch das neue Konzept der Schule mit berufspraktischer Ausrichtung erläutert wurde, hatten die Vertreter_innen der Bürgerschaft Herr Holster und Frau Fegebank nichts zu bieten, sondern verwiesen auf das Schulgesetz und daraus resultierend auf rechtlich unumstößliche Gegebenheiten. Ihre einzige Empfehlung war betriebswirtschaftlicher Natur: Aufträge (=Schüler_innen) durch Werbung reinholen.

Menschlichkeit ist nicht mehr gefragt – pädagogische Maxime spielen eine untergeordnete Rolle. Gern hätte ich diesen Redebeitrag der beiden Volksvertreter_innen zum Schluss noch gekontert. Aber das Schlusswort gehörte besagten Bürgerchaftsabgeordneten.

Und ... von der BSB war kein Vertreter zu sehen.

REGINA TRETOW

2. Stellvertretende Vorsitzende



Der Spaß soll hier bald zu Ende sein

Nicht 'mal Peanuts

Real nur 2,6 Prozent: VHS-Kursleiter_innen sind empört über die erste Honorarerhöhung seit 1993.

Die von der Behörde angekündigte Erhöhung der Kursleiterhonorare von nominell 4,67% stößt auf Empörung der Betroffenen.

Wertschätzung geht anders

Die Versammlung der Kursleitenden (KL) in der VHS-Region Ost in Hamburg-Farmsen brachte ihre Verärgerung mit einer Protestresolution an Schulsenator Ties Rabe zum Ausdruck.

Seit 18 Jahren haben die KL in der VHS Hamburg keine Honorarerhöhung mehr gesehen. Damals wurden die Honorare der VHS-KL von der tariflichen Erhöhung im Öffentlichen Dienst abgekoppelt. In der Zwischenzeit sind die Lebenshaltungskosten erheblich gestiegen. Viele der etwa 1200 KL der Hamburger VHS sind darauf angewiesen, ihren Lebensunterhalt mit der Kursarbeit an der VHS zu bestreiten. Seit Jahren kämpfen sie um die Erhöhung ihrer Honorare auf € 30,- pro 45-minütiger Unterrichtseinheit. Immer wieder wurde eine Honorarerhöhung von der Behörde abgelehnt. Die Situation wird immer prekärer.

Im letzten Jahr erkämpften sich die KL einen Fahrkostenzuschuss, denn die Behörde hatte strikte Anweisung gegeben, dass die Honorare nicht erhöht werden dürften. Die Geschäftsleitung der VHS gewährte den KL einen Fahrkostenzuschuss von € 1,- (!) pro Unterrichtstermin. Bei einem Tageskurs war das € 1,- pro Tag, bei drei Unterrichtsterminen an einem Tag an drei verschiedenen Orten € 3,-. Der Fahrkostenzuschuss sollte erst am Ende des Jahres ausgezahlt werden wegen der damit verbun-

denen Verwaltungsarbeit.

Vor einigen Wochen ordnete die Behörde nun überraschend an, dass die Honorare ab 1.2.14 um 4,67 % erhöht werden sollten. Die Behörde stellte aber nicht entsprechend höhere Zuschüsse an die VHS in Aussicht, sondern ordnete an, dass die höheren Honorare im Haushalt der VHS erwirtschaftet werden müssten. Wie soll das erwirtschaftet werden? Höhere Kursgebühren oder Einsparungen bei der Ausstattung oder den KL? Die Geschäftsleitung entschied sich für die Einsparung der gerade erkämpften Fahrkostenzuschüsse. Damit ist es Ties Rabe gelungen, wieder einen Keil zwischen Geschäftsleitung und KL zu treiben.

Auf o.g. Versammlung rechneten die KL aus, dass die in Aussicht gestellte Honorarerhöhung von 4,67 % auf ganze

2,6 % zusammenschnürt, wenn man von einer dreimal 1½ -stündigen Unterrichtsverpflichtung an drei verschiedenen Orten ausgeht. Das ist die häufigste Unterrichtsform.

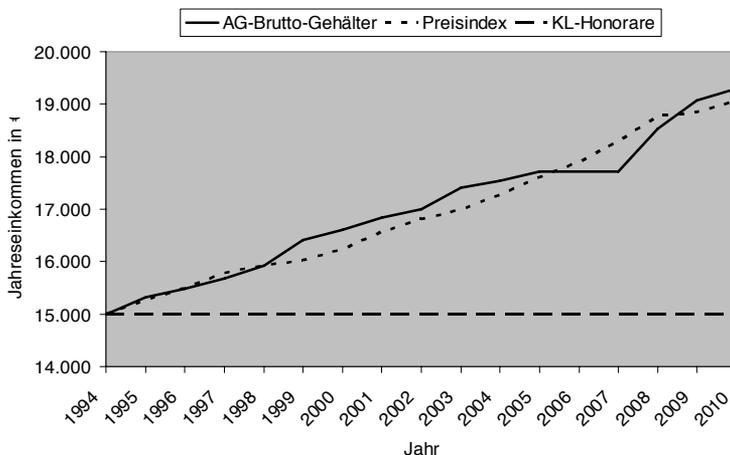
Diese Tatsache brachte das Fass zum Überlaufen. 50 bis 60 KL der Region Ost schlossen sich der Protestresolution an Ties Rabe spontan an. Das hatte es noch nie gegeben. Darin war neben dem Aufschrei gegen die minimale Honorarerhöhung von 2,6 % nach 18 Jahren ganz viel von mangelnder Wertschätzung der Honorarkräfte die Rede.

Diese zeigte sich für die zum größten Teil hochqualifizierten Kolleg_innen, nicht nur in der Behörde, sondern auch in anderen Maßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit in der VHS. Die KL sind nicht gewillt dies länger hinzunehmen. Sie hoffen auf die solidarische und gewerkschaftliche Unterstützung.

Schreibt euren Protest in den Betriebsgruppen auf und schickt ihn an Ties Rabe. Sozialdemokratische Bildungspolitik und lebenslanges Lernen muss anders aussehen.

KARIN COCH
für die VHS-Kursleiter_innen

Entwicklung Gehälter (öffentl. Dienst) vs. KL-Honorare (VHS)



Drastische reale Honorarkürzung: Grafik aus einer von der GEW unterstützten Postkartenaktion der VHS- Kursleitervertretung (Ende 2011)

Paradise later

Wie man/frau die Pension mit der gesetzlichen Rente aufbessern kann



Scheinbar alles richtig gemacht

Grundsätzlich steht jedem Bundesbürger, der 60 Beitragsmonate in die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) eingezahlt hat, nach Erreichen seiner persönlichen Altersgrenze (65 plus) eine Altersrente zu.

Wer bisher keine Beitragszeiten in der GRV zurückgelegt hat, kann dies durch freiwillige Beiträge jederzeit nachholen. Dabei kann jeder Betrag zwischen dem Mindestbeitrag von 85,05 € monatlich und dem Höchstbeitrag von 1096,20 € monatlich (2013) gewählt werden.

Eine freiwillige Beitragszahlung ist besonders Frauen zu empfehlen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. So bezieht eine pensionierte Kollegin seit dem 01.06.2013 neben der Pension eine gesetzliche Rente von 91,28 €. Diesen Anspruch hat sie aufgrund folgender ren-

tenrechtlicher Zeiten erworben:

- 6 Monate Beitragspflichtzeiten aufgrund einer Beschäftigung vor dem Studium.
- 24 Monate Kindererziehungszeiten für 2 Kinder (geboren in den Jahren 1978 und 1979). Für jedes Kind, das vor 1992 geboren wurde, werden 12 Monate ohne Beitragszahlung angerechnet.
- 30 Monate freiwillige Beitragszeiten zur Gesetzlichen Rentenversicherung.

Für die freiwillige Beitragszeit von 30 Monaten müssten gegenwärtig, sofern der Mindestbeitrag gewählt wird, insgesamt 2.551,50 € aufgewendet werden.

Für den Anspruch auf Rente ist es unerheblich, ob Pflichtbeitragszeiten, Kindererziehungszeiten oder freiwillige Beitragszeiten nachgewiesen werden.

Selbst Pensionärinnen können

unter den oben angeführten Bedingungen noch einen zusätzlichen Rentenanspruch erwerben. Die Rente wird dann von dem Kalendermonat an gezahlt, in dem sie beantragt wird.

Eine zusätzliche freiwillige Rentenversicherung ist aber nur dann sinnvoll, wenn Pension und Rente zusammen den Pensionshöchstsatz von 71,75 % des letzten Bruttogehalts nicht überschreiten. Ebenso ist zu bedenken, dass ein Teil der Rente steuerpflichtig ist.

Auskünfte erteilen die Deutschen Rentenversicherungsträger, in Hamburg die Deutsche Rentenversicherung Nord, Friedrich-Ebert-Damm 245 oder die Deutsche Rentenversicherung in der Poststraße 6a.

GERHARD BRAUER

Konzert für Tarifvertrag

11 Minuten Vorpremiere vor der Elbphilharmonie

Tarifverhandlungen schleppen sich. Es besteht dann immer die Gefahr, dass sie in Vergessenheit geraten. Dem haben die Lehrkräfte der Jugendmusikschule einen Riegel vorgeschoben. Rechtzeitig vor der nächsten Verhandlungsrunde am 1. November haben am Freitag, 18.10. rund 30 Lehrkräfte vor der Elbphilharmonie ein öffentliches Tarif-Konzert: „Ein Tanz für bessere Löhne“ gegeben. Über 11 Minuten ließen wir unseren „Tourdion“ erklingen. 11 Minuten, weil die Forderung lautet: E 11 für Lehrkräfte an der JMS. Passanten und Bauarbeiter for-

dernten am Ende eine Zugabe. Die Tariffaktion hat bei strahlendem Sonnenschein allen Beteiligten – auch dem anwesenden Verhandlungsführer der Stadt – großen Spaß gemacht. Auch wenn die öffentliche Resonanz an einem Freitagvormittag vor der Elbphilharmonie naturgemäß begrenzt ist, konnten sich die JMS Kolleg_innen über eine große Medienresonanz freuen. Neben einem Artikel in der Mopo über die Tarifverhandlungen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten haben das Hamburg



Da werden Tariffbremsen zersungen

Journal in beiden Abendausgaben und die NDR Hamburg Welle über das Konzert berichtet.

Über das Vergnügen an einem Konzert darf man nicht vergessen: Es geht um knallharte Tarifverhandlungen. Die Stadt mauert. Vielleicht sollte sie am 1. November doch mal ein Tänzchen wagen und ein verhandlungsfähiges Angebot vorlegen.

ANDREAS HAMM
Landesrechtsschutzleiter

Abgeschmettert

Kündigung des Betriebsrats verhindert

Murat Günes, Streikführer von Neupack, war von der Geschäftsführung fristlos gekündigt worden, aber der Betriebsrat hatte nicht zugestimmt. Im gerichtlichen Zustimmungseretzungsverfahren wurde von der Geschäftsführung behauptet, er habe zu Streikbeginn polnische Streikbrecher, für die er selber – nach polizeilicher Aufforderung – eine Gasse durch die Streikenden hatte bilden lassen, „massiv“ und „brutalst“ angepöbelt. Dieser Vorwurf war einer der Vorwände für mehrere fristlose Kündigungen während des Streiks.

Etwa ein halbes Dutzend Zeugen zeichneten im überfüllten Gerichtssaal ein ganz anderes Bild der Aktivität des Streikführers am Werkort.

Folglich lehnte das Arbeitsgericht am 24. September eine Zustimmung zur Kündigung ab. Die Arbeitgeber scheitern mit ihren Versuchen, die aktiv Streikenden abzustrafen.

„Wir sahen und sehen es als unsere Pflicht, Tätlichkeiten gegenüber Mitarbeitern – ungeachtet der Person – zu verfolgen“, kommentiert Lars Krüger, Geschäftsführer und Sprecher des Unternehmens, die Gerichtsent-



Foto: Stefan Gierlich

Betriebsrat Murat Günes bei seinem unermüdlichen Einsatz am NEUPACK-Werkstor

scheidung.

Es ist dem Neupack-Unternehmen erneut nicht gelungen, die Justiz für seine Interessen zu instrumentalisieren.

PETER KLEMM

Kein Hüpf-Bet-Sing-Abitur

Interview mit Ulrich Vieluf, nach seiner Tätigkeit als Staatsrat unter der Schwarz/Grünen-Regierung jetzt tätig u.a. als Leiter der Hamburger KESS-Studie (Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern) über die Leistungen und Leistungszuwächse der Abiturienten an Gymnasien (G8) und Stadtteilschulen (G9)

hlz: *Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um G8 und G9 sind die jüngsten Ergebnisse der von Ihnen durchgeführten KESS-Studien von besonderer Bedeutung. Welches sind zunächst mal die Befunde von KESS 12, also die der Untersuchung über die Leistungen der Schüler_innen des 8-jährigen Gymnasiums, die hervorzuheben wären?*

Ulrich Vieluf: Mit KESS 12 haben wir das erste Mal einen Schülerjahrgang untersucht, der in acht Jahren zum Abitur geführt wurde und ihn mit dem sechs Jahre davor getesteten LAU-Jahrgang verglichen. Eine der Fragen, denen wir nachgegangen sind, lautete: Erreichen die G8-Abiturient_innen trotz

eines Jahres weniger Unterricht in den untersuchten Kompetenzbereichen mindestens vergleichbare Lernstände? Dabei war zu berücksichtigen, dass die Jahrgangsstärke an den grundständigen Gymnasien um 33 Prozent gestiegen ist. Eine doppelte Herausforderung also.

Wir haben festgestellt, dass die G8-Abiturient_innen im Bereich der Englischkompetenzen deutlich besser abgeschnitten haben als sechs Jahre davor die Abiturient_innen, die an der LAU-Erhebung teilgenommen hatten – und die waren schon gut: Wir hatten damals einen Vergleich mit den baden-württembergischen Gymnasiast_innen durchgeführt und da lagen die Hamburger insgesamt gleichauf, in den Leistungskursen sogar

vorn. Jetzt haben sie sich noch mal gesteigert. In Mathematik und in den Naturwissenschaften konnten die Lernstände zumindest gehalten werden. Dies aber hat nicht nur das G8 als solches bewirkt; es sind eine Reihe weiterer Veränderungen pädagogischer, aber auch struktureller Art erfolgt. So ist beispielsweise die Profiloberstufe eingeführt worden, die Kernfächer Deutsch, Mathematik und eine weitergeführte Fremdsprache werden jetzt vierstündig erteilt und müssen durchgehend belegt werden, mindestens zwei werden auf erhöhtem Anforderungsniveau unterrichtet und anderes mehr. Das hat dazu geführt, dass vor allem im Fach Englisch, aber auch in Mathe die Zahl derer, die auf erhöhtem Anforderungsniveau gelernt haben, erheblich zugenommen hat.

hlz: *Das hört sich ja eher nach einer positiven Bilanz an. Sie haben diesen quantitativen Zuwachs an Schüler_innen, die jetzt Abitur nach acht Jahren machen, benannt. Wenn ich das richtig verfolgt habe, ist der Anteil derer, die eher aus bildungsferneren Familien kommen, auch deutlich gewachsen.*

Ulrich Vieluf: Ja, gerade auch aus der unteren Mitte der Sozialstruktur sind deutlich mehr Schüler_innen vertreten als noch sechs Jahre zuvor.

hlz: *Das aber sind doch gerade die Kinder und Jugendlichen,*



Ulrich Vieluf freut sich, „dass mehr Zeit zum Lernen auch zu höheren Lernerträgen führt.“

die dann den Stadtteilschulen verloren gegangen sind.

Ulrich Vieluf: Ja, keine kleine Gruppe der insgesamt knapp 1200 Gymnasiast_innen, die der KESS-Jahrgang gegenüber dem LAU-Jahrgang mehr hatte. Die hätten die Oberstufen der Gesamtschulen – Stadtteilschulen gab es ja noch nicht – nachhaltig gestärkt. Wenn man sich die verschiedenen Leistungsgruppen genauer ansieht, fällt auf, dass von dem G8 vor allem leistungsstarke Schüler_innen profitiert haben. Das, was im Zusammenhang mit dem LAU-Jahrgang immer wieder geäußert worden ist, nämlich dass da noch viel Luft nach oben sei, hat sich also ein gutes Stück bewahrheitet. Die erhöhten Anforderungen, die Verdichtung der Curricula sind für die obere Hälfte der Leistungsverteilung eine gute Herausforderung gewesen. Umgekehrt kann man aber auch sagen, dass es eine Gruppe von Schüler_innen am unteren Ende der Leistungsverteilung gibt, für die wäre ein Jahr mehr mutmaßlich besser gewesen.

hlz: Die jetzt angesprochene Gruppe hat also einen hohen Preis gezahlt.

Ulrich Vieluf: Ja, wobei die erreichten Lernstände nicht der alleinige Maßstab sein dürfen. Die Leistungen sind das eine, die psychosoziale Situation ist das andere angesichts einer für etliche Schüler_innen mehr als 40-Stunden-Woche – 34 Unterrichtsstunden, Hausaufgaben, Vorbereitung auf Klausuren und etwaige Nachhilfe. Das ist schon ein strammer Wochenplan.

hlz: Aber die Ergebnisse sprechen für sich. Angenommen, die Schüler_innen sind fleißiger geworden, die Lehrer_innen besser: Fehlt es dennoch vielleicht auch an so etwas wie Reflexionsvermögen, persönlicher Reife?

Wo sind die Defizite?

Ulrich Vieluf: Das haben wir empirisch nicht erfassen können. Wir haben aber zu unterschiedlichen Zeitpunkten nach den Einstellungen und auch Belastungen der Schüler_innen auf dem Weg zum Abitur gefragt und haben schon gesehen, dass eine nennenswerte Gruppe von ihnen über einen hohen Leistungsdruck berichtet. Wenn wir das mit den Kompetenzen in Beziehung setzen, die wir gemessen haben, dann gibt es beispielsweise einen engen Zusammenhang zwischen Leistungsstand und Prüfungsangst. Prüfungsangst hatten wir schon zu Beginn der 7. Jahrgangsstufe bei einem nicht zu vernachlässigenden Teil der Schüler_innen feststellen können. Diese Schüler_innen haben dann auch in der Regel mit einem verhältnismäßig schwachen Abitur abgeschnitten. In dieser Gruppe machen sich vielerlei Stressfaktoren stark bemerkbar.

hlz: Kommen wir zu den Schüler_innen, die an den Gesamtschulen bzw. Stadtteilschulen ihr Abitur nach neun Jahren gemacht haben. Spiegelt sich der eben angesprochene Aderlass der Klientel, die ans Gymnasium abgewandert ist, in der Untersuchung von KESS 13 wider?

Ulrich Vieluf: Zahlenmäßig überraschenderweise nicht. So verzeichneten die dreijährigen Oberstufen vor allem der Gesamtschulen einen hohen Zuwachs, obwohl doch eine beträchtliche Gruppe aus dem mittleren Segment der Sozialstruktur an das G8 abgegeben worden ist. Hier sind 120 Prozent mehr Schüler_innen aufgenommen worden. Dazu muss man wissen, dass im Jahre 2003 mit der Schulgesetznovelle, mit der auch das G8 eingeführt worden ist, die Einführungsstufe ...

hlz: ... die der 3-jährigen



Ich glaube, dass die Förderung des Erwerbs der Fachsprachen noch verbesserungsfähig ist... Da ist viel zu tun.

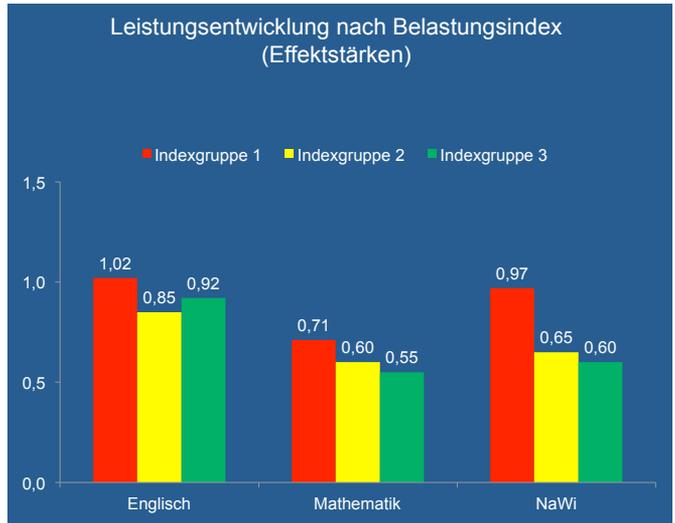
Oberstufe vorgeschaltet war ...

Ulrich Vieluf: ... an den Aufbaugymnasien ersatzlos gestrichen worden ist, so dass jetzt mit einer „Doppel-Drei“, also 3,0 in den Kernfächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und 3,0 über alle Fächer, der direkte Zugang in die Oberstufe möglich geworden ist. In dem Vergleichsjahrgang, also dem LAU-Jahrgang, hatten die Doppel-Dreier zu einem großen Teil den Weg über die Einführungsstufe gewählt. Dieses Jahr haben sie auch gebraucht, um an die Anforderungen der Oberstufe herangeführt zu werden. Das war gleichzeitig auch ein Erprobungsjahr, das sie hatten. Das muss man bedenken, dass ein guter Teil des Zuwachses, der trotz der Abwanderung leistungsstärkerer Schüler_innen an die Gymnasien stattgefunden hat, eben auch durch die veränderten Zulassungsbedingungen zu erklären ist. Da kann man dann feststellen: Für einen nicht unerheblichen Teil ist dieses Experiment in Hinblick auf die von uns gemessenen Kompetenzen nicht gut ausgegangen. Das sagt

ja noch nicht die Wahrheit übers Abitur, sagt aber schon, dass in Kernbereichen, nämlich der Fremdsprache, Mathematik und naturwissenschaftlicher Kompetenz, eine nicht eben kleine Gruppe von Abiturient_innen die Regelstandards, die wir auf der Basis von Kompetenzmodellen definieren, verfehlt hat. Die große Gruppe derer, die zusätzlich aufgenommen worden sind, die aber nicht das zusätzliche Jahr gehabt haben, schlägt sich dann in den Mittelwerten beachtlich nieder. Würden wir es auf den Anteil der Schüler_innenschaft reduzieren, den wir sieben Jahre zuvor hatten, wenn wir also einfach tausend Schüler_innen rausrechneten, stünde der KESS-Jahrgang blendend da. Aber wir haben eben tausend Schüler_innen mehr, von denen ein guter Teil aus dem unteren Viertel der Sozialstruktur stammt.

hlz: Spielt auch der Migrationshintergrund in diesem Zusammenhang eine Rolle?

Ulrich Vieluf: Ja, denn zugleich hat sich der Anteil an Schüler_innen mit nichtdeutscher Familiensprache an den Gesamtschulen verdoppelt. Das setzt im Vorwege ganz andere Förderungen voraus. Wir können sagen, dass diese Schüler_innen gezeigt haben, dass sie zu Recht in die Oberstufe versetzt worden sind. Unter den Rahmenbedingungen der dreijährigen Oberstufe haben sie Lernentwicklungen vollzogen, die vor allem in Englisch und in den Naturwissenschaften weit über das hinausgegangen sind, was wir erwartet haben. Als Faustformel erwarten wir 0,6 Effektstärken über drei Jahre als Lernzuwachs. Wir verzeichnen in der genannten Gruppe aber rund 1,0 Effektstärken in Englisch und in den Naturwissenschaften, also weit über den Erwartungen. Und auch in Mathematik liegt der Lernzuwachs mit 0,7 oberhalb des Er-



Die Abiturient_innen der Indexgruppe 1 (hohe soziale Belastung, ungünstige Lernausgangslagen bei Eintritt in die Oberstufe) erzielten mit rd. 1,0 Effektstärken in Englisch und Naturwissenschaften und 0,7 Effektstärken (s. unten*) in Mathematik die deutlich höchsten Lernzuwächse. Die Lernzuwächse der Abiturient_innen der Indexgruppen 2 (mittlere Belastung und Lernausgangslage) und 3 (geringe Belastung, günstige Lernausgangslage) unterscheiden sich nur geringfügig. In Englisch liegen sie deutlich oberhalb des Erwartungswertes, in Mathematik und Naturwissenschaften entsprechen die Lernzuwächse dem Erwartungswert.

wartungswerts. Diejenigen mit den ungünstigsten Ausgangslagen und ungünstigsten sozialen Rahmenbedingungen haben also die mit Abstand höchsten Lernzuwächse erzielt. Das heißt: Das Potenzial war in der Tat da. Nur wäre es angemessener gewesen, sie hätten die Chance über die Einführungsstufe gehabt, um gezielt nachzulernen, noch besser wäre es gewesen, sie wären bereits im Verlauf der Mittelstufe gezielt auf den Übergang in die Oberstufe herangeführt worden. Das ist das Dilemma.

hlz: Untermauert dies auch das Untersuchungsergebnis des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen über die

Neuntklässler_innen, bei der Hamburg über die gesamte Population gesehen eher auf den hinteren Rängen im Bundesvergleich landet, aber differenziert nach Migrationshintergrund sich das Bild ganz anders darstellt?

Ulrich Vieluf: Ja, denn wenn man die Population aufteilt nach Schüler_innen mit keinem, einem und zwei zugewanderten Elternteilen, dann stehen die Hamburger in Mathematik in allen drei Gruppen auf Platz 3. Wenn wir das mit den vorangegangenen Untersuchungen vergleichen, ist hier sogar ein Fortschritt zu vermelden. Dieser differenziertere Blick auf

*** Faustformel: 0,2 Effektstärken entsprechen dem erwarteten Lernzuwachs eines Schuljahres in der dreijährigen Oberstufe. Weil jede Kompetenzskala (Englisch, Mathe, NaWi) eine eigene Metrik hat, lässt sich der erwartete Lernzuwachs nicht einheitlich in (Skalen-) Punkten ausdrücken. Darum werden eben die Effektstärken als skalunenabhängiges, standardisiertes Maß verwendet.**

die Ergebnisse ist darum so wichtig, weil die eingesetzten Aufgaben in Mathematik und den Naturwissenschaften hohe Anforderungen auch an die Beherrschung der Fachsprache stellen. Deswegen glaube ich nach wie vor, dass die Förderung des Erwerbs der Fachsprachen noch verbesserungswürdig, aber auch verbesserungsfähig ist. Da ist noch viel zu tun. Denn wenn ich die Testaufgabe nicht verstehe, kann ich sie auch nicht lösen. Wir hatten ja in dem Ländervergleich der Neuntklässler_innen davor gerade in Englisch eher Top-Ergebnisse gehabt. Da sind unsere Gymnasiast_innen im Bundesvergleich im Kompetenzbereich Englisch-Hörverstehen auf Platz 1 und im -Leseverstehen auf Platz 2 gelandet. Das sind Botschaften, die man seltener liest. Aber dass sich die Schul- und Unterrichtsentwicklungen der letzten Jahre vielerorts positiv bemerkbar machen, lässt sich durchaus den Daten entnehmen. Wir sollten also nicht sagen: Wir können machen, was wir wollen, wir bleiben trotzdem auf einem hinteren Platz. Nein, wir sollten in Rechnung stellen, dass wir es mit einer sich von Jahr zu Jahr weiterhin verändernden Schüler_innenschaft zu tun haben und zu einer Metropole wie Hamburg gehört eben, dass der Anteil an Schüler_innen mit Zuwanderungshintergrund jedes Jahr steigt. Wir sind ja mittlerweile schon bei 45 Prozent der unter 18-Jährigen angekommen, wenn die aktuellen Daten des Statistikamts Nord zugrunde gelegt werden.

hlz: *Jetzt haben wir primär über die, die es geschafft haben und über die Leistungsträger gesprochen. Wie ist es denn mit dem anderen Ende? Gerade durch den Aderlass, den die Stadtteilschulen durch die Abgänge an die Gymnasien immer mehr haben, bleibt ja an den Stadtteilschulen kein unerheblicher Teil*

nach, der vielleicht – so drückt es der Politikwissenschaftler Franz Walter aus – Bildung als Bedrohung ansehen, weil sie sich absolut als abgehängt und somit als chancenlos betrachten. Gehört das zu der Struktur, in der wir uns bewegen, dazu?

Ulrich Vieluf: Das ist nicht Gegenstand unserer Untersuchung gewesen. Wir können das nur indirekt erfassen. Die Anforderungen, einen Ausbildungsplatz, zumal den gewünschten Ausbildungsplatz, in einer Metropole wie Hamburg zu erhalten, gestalten sich immer schwieriger für diejenigen, die nur den ersten allgemeinen Abschluss oder einen schwachen mittleren Abschluss erworben haben. Demgegenüber wird der Anteil derer, die mit Abitur in die duale Ausbildung einsteigen, immer größer. Dieser Anteil geht mittlerweile auf die 30-Prozent-Marke zu. Hinzu kommt die Konkurrenz zu den Bewerbern aus dem Umland. Hamburg als Metropole hat viele Unternehmen und Betriebe, die ja nicht auf Hamburg begrenzt ausbilden, sondern für die Metropolregion. Vor diesem Hintergrund muss man auch sehen, dass der Drang der Eltern und auch der Jugendlichen selbst, das Abitur irgendwie zu schaffen, eine Reaktion auf die deutlich gestiegenen Anforderungen auf dem Ausbildungsmarkt ist.

hlz: *Diesen Verdrängungswettbewerb kann man ja schon länger beobachten. Ich meine aber die Gruppe derer, die gänzlich durchs Rost fallen und vornehmlich an den Stadtteilschulen in den sozialen Brennpunkten zu finden sind. Diese Risikogruppe wird ja oft mit 20 bis 25 Prozent angegeben. Finden sich hier die eigentlichen Opfer, die das System der zwei Säulen zu verantworten hat?*

Ulrich Vieluf: Auch das ge-

hört zu den aktuellen Missverständnissen – mit dem KESS-Jahrgang haben wir keinen Stadtteilschuljahrgang erfasst, sondern Schüler_innen der Haupt- und Realschulen, Integrierten Haupt- und Realschulen und Gesamtschulen mit und ohne eigener Oberstufe. Die Stadtteilschule ist eine Antwort auf ein vielgliedriges Schulsystem, das immer stärker zu Restgruppenbildungen geführt hat. Sie muss sich jetzt bewähren. Wenn wir die Schulabgänger ohne Abschluss betrachten, dann haben wir dort seit Jahren eine rückläufige Entwicklung. Sie ist innerhalb von zehn Jahren um über 40 Prozent auf heute sieben Prozent gesunken, obwohl die soziale Zusammensetzung im unteren Bereich sich nicht verbessert hat. Aber die pädagogischen Maßnahmen, darauf zu reagieren, insbesondere der Perspektivwechsel von der Abschluss- zur

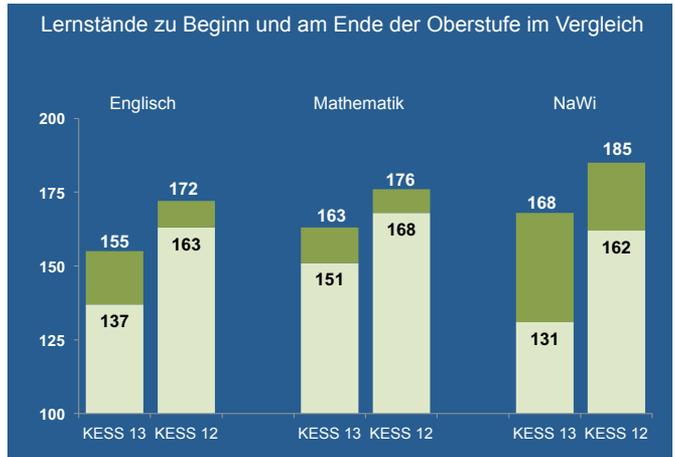


Es gibt einen sehr engen Zusammenhang zwischen dem Leistungsstand und der Schulangst

Anschlussorientierung, waren durchaus erfolgreich.

hlz: *Fallen wir nicht zurück, wenn wir nur auf die genannten kognitiven Fähigkeiten blicken und dabei die Entwicklung der Persönlichkeit im Sinne demokratisch emanzipierten Verhaltens vergessen? Wo bleibt die Untersuchung nach Empathie und solidarischem Verhalten, wo bleiben Fragen nach Zivilcourage? All das wird ja in diesen Verfahren so gut wie nicht abgebildet, obwohl gerade dies an reformorientierten Schulen vorrangiges Bildungsziel ist.*

Ulrich Vieluf: Wir haben beispielsweise in KESS 10/11 auch politische Bildung, Religion und Ethik mit erfasst. Nur wird ein Schulsystem vor allem daran gemessen, dass Basisqualifikationen wie Leseverständnis, die Fähigkeit zu mathematisieren, das Beherrschen einer Fremdsprache und ein Grundverständnis der Naturwissenschaften erfolgreich vermittelt werden, die in vielen Ausbildungsberufen und Studiengängen eine wichtige Rolle spielen. Zugespielt gesagt: Wer gut singen, aber nicht rechnen kann, wird es schwerer haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, weil gut singen nicht gut rechnen ersetzt. Aber ich stimme Ihnen zu: Nur auf die



Die Abiturient_innen der dreijährigen Oberstufen erzielten im Verlauf der dreijährigen Oberstufe in Englisch einen Lernzuwachs von durchschnittlich 18 Skaleneinheiten, liegen am Ende der Oberstufe gleichwohl 17 Skaleneinheiten unter dem mittleren Lernstand der G8-Abiturient_innen. In Mathematik beträgt der Lernzuwachs in den dreijährigen Oberstufen 12 Skaleneinheiten, der mittlere Leistungsstand gegenüber den G8-Abiturient_innen beläuft sich auf 13 Skaleneinheiten. In den Naturwissenschaften verzeichneten die Abiturient_innen der dreijährigen Oberstufen einen mittleren Lernzuwachs von 37 Skaleneinheiten; hier beträgt der Leistungsstand gegenüber den G8-Abiturient_innen am Ende der Oberstufe 17 Skaleneinheiten.

Kernkompetenzen zu blicken, führt zur Verengung des umfassenderen Bildungsauftrags, das ist immer wieder eine berechtigte Kritik. Nur würde ich das nicht gegeneinander ausspielen, um einer Diskreditierung des Hamburger Abiturs als eines „Sing-Hüpf-Bet-Abiturs“ nicht Vorschub zu leisten. Also: man kann mit einer Eins in Musik, Sport und Religion natürlich ein

gutes Abitur ablegen, aber wenn das damit einhergeht, dass unsere Abiturient_innen an einfachen Mathematikaufgaben scheitern, ist dies sicherlich nicht zukunftsfruchtig.

hlz: *Ich danke für dieses ausführliche Gespräch.*

Das Interview führte
JOACHIM GEFFERS

KESS 13

Auf den Zuwachs kommt es an

Stellungnahme der Vereinigung der Schulleiter_innen der Stadtteilschulen in Hamburg in der GGG – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens.

Zu Beginn des Schuljahres 2013/14 haben Schulleiter/innen der Stadtteilschulen in Hamburg ihre Vereinigung unter dem Dach der *GGG- Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens* gegründet.

Die Schulleitervereinigung versteht sich als bildungspolitische Interessenvertretung für die Stärkung der Stadtteilschulen in Hamburg.

Sie orientiert sich dabei an dem Leitbild der Stadtteilschulen, das die Schulleiter/innen aller Hamburger Stadtteilschulen vor drei Jahren einstimmig beschlossen haben.

In diesem Leitbild heißt es u.a.:

- Vielfalt ist Reichtum – gemeinsam erfolgreich lernen
- Wir führen die Schüler zu den bestmöglichen Abschlüssen und Anschlüssen
- Wir bieten und sichern einen profilgebenden Weg zum Abitur
- Wir fördern exzellente Leistungen jeglicher Art
- Wir fördern, fordern und betreuen die Schüler durch Teams mit unterschiedlichen Professionen

Die Oberstufenschüler_innen der Stadtteilschulen sind erfolgreich

Die Veröffentlichung der KESS13-Studie zu den Leistungen in Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften des Abschlussjahrganges 13 im Jahre 2012 hat zu einem breiten Echo in den Medien und Parteien geführt.

Die Vereinigung der Stadtteilschulleitungen nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Die Oberstufen der Stadtteilschulen haben wesentlich zu dem zentralen bildungs- und gesellschaftspolitischen Ziel einer breiteren Bildungsbeteiligung und der Erhöhung der Abiturientenzahl in Hamburg beigetragen. An den ehemaligen Gesamtschulen wurde die Zahl der Abiturienten innerhalb von sieben Jahren mehr als verdoppelt. Die Zahl der Abiturienten mit nichtdeutscher Muttersprache und aus bildungsfernen Elternhäusern wuchs erheblich. Viele Schüler erreichten im Abitur Spitzenleistungen.
2. Der durchschnittliche Leistungszuwachs der Schüler an Stadtteiloberstufen in den überprüften Fächern Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften ist überdurchschnittlich hoch. Dies gilt insbesondere für diejenigen Schüler, die zu Beginn der

Oberstufe besonders schlechte Eingangsvoraussetzungen hatten.

3. Die Forderung nach Einführung einer verpflichtenden äußeren Leistungs differenzierung als Neuerung für die Mittelstufe der Stadtteilschulen ist kontraproduktiv. Die Stadtteilschulen haben erfolgreich unterschiedliche Modelle für einen individualisierten Unterricht entwickelt, um dem breiten Spektrum von Lernausgangslagen ihrer Schüler gerecht zu werden.
4. Die Behauptung des Schulsenators Ties Rabe, dass die Stadtteilschulen für ihre Bildungsaufgaben mit viel mehr Lehrern ausgestattet seien als die ehemalige Gesamtschulen, ist in Bezug auf die reine Unterrichtsstundenversorgung nicht zutreffend. Die zusätzlichen Lehrerstellen ergeben sich zum allergrößten Teil aus den zusätzlichen Aufgaben im Ganztagsbereich und in der Inklusion. Dabei ist die Personalausstattung für eine gelingende Inklusion völlig unzureichend und muss deutlich erhöht werden.
5. In der Darstellung der Medien wurden die Leistungsdaten aus der Studie in der Regel mit den Abiturleistungen gleich gesetzt. Dies greift zu kurz, weil die getesteten drei Fächer nur den kleineren Teil der Abiturleistungen abbilden.
6. Die Leistungen der Schüler und der Schulform, die sie besuchen, müssen sich auf den Lernzuwachs beziehen, d.h. von den Eingangsvoraussetzungen der Schüler ausgehen. Deshalb sagt ein absoluter Vergleich des Leistungsniveaus zwischen Schülern des Gymnasiums und der Stadtteilschule am Ende der Oberstufe nichts über die Leistungsfähigkeit der beiden Schulformen aus. Eine Schulform wie das Gymnasium, - die nach Klasse 6 die Schüler

abschult, die dem 8-jährigen Abitur nicht gewachsen erscheinen,

- die relativ wenig Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache aufnimmt und
 - die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht aufnehmen muss, wird am Ende der Oberstufe natürlich Schüler mit einem durchschnittlich höheren Leistungsstand entlassen, weil diese mit sehr viel besseren Eingangsvoraussetzungen gestartet sind.
7. Der von fast allen Bürger schaftsparteien beschworene Schulfrieden in Hamburg bedeutet im Kern, dass die Stadtteilschulen alle durch die Migrations- und Armutsentwicklung hervorgerufenen bildungspolitischen Herausforderungen sowie die Aufnahme der abgeschulten Gymnasialschüler und die Inklusion der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf bewältigen sollen, während die Schulform Gymnasium von diesen Aufgaben befreit wird und das Recht auf Aussonderung erhält. Letztendlich werden die auch an der KESS 13-Studie deutlich werdenden Verwerfungen im Schulsystem erst beseitigt sein, wenn die Spaltung in inklusive Stadtteilschulen und aussondernde Gymnasien in einer Schule für alle aufgehoben wird.

Presseerklärung vom 24.9.13

Sprecher/innen
CAROLA FICHTNER
Stadtteilschule Bahrenfeld
BODO GIESE
Nelson Mandela Schule
PIT KATZER
Erich Kästner Schule
HELGA WENDLAND
Ida Ehre Schule

Kein Wolkenkuckucksheim

Das von der GEW entwickelte Steuerkonzept zeigt, wie man Mehrausgaben für Bildung finanzieren kann

Im Vorfeld der Bundestagswahlen haben Expert_innen der Gewerkschaften ein Steuerkonzept entworfen, das zu deutlich mehr Steuereinnahmen führt, das Bezahler_innen hoher Einkommen, Unternehmer_innen und Vermögende stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht und das Durchschnittsverdiener_innen stärker entlastet. Die GEW hat sich dieses Konzept zu eigen gemacht und widerlegt damit, dass es zum Kaputt-Sparen keine Alternative gibt.

Auch in Gesprächen mit Kolleg_innen wird immer wieder die Frage gestellt, wie man denn das Mehr an Ressourcen, die die GEW für die Bildung fordert, bezahlen sollte. Im häuslichen Rahmen könne man ja auch nur das Geld ausgeben, das vorher verdient wurde. Die vorigen Ge-

nerationen haben über ihre Verhältnisse gelebt und wir müssen jetzt eben sparen usw. Ähnliche Argumentationen sind uns allen bekannt. Um dafür und für Gespräche über die Finanzierung von Bildung gerüstet zu sein, hat die GEW Bund Hamburg am 17.9.13 eine Veranstaltung mit Gunter Quaißer, Ökonom und Bildungsforscher, durchgeführt, auf der er uns das Steuerkonzept der GEW erläutert hat. Einige grundlegende Erkenntnisse aus dieser Veranstaltung kann man in jeder Diskussion, in der es um Bildungsfinanzierung geht, gut gebrauchen.

Strukturelle Unterfinanzierung öffentlicher Bereiche

Dass Deutschland über seine Verhältnisse gelebt hat, ist schlichtweg falsch. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der gesamtstaatlichen Ausgaben im Zeitraum von 1998 bis 2008 ist nach Abzug der Inflationsrate sogar um 0,2% gesunken, d.h. -0,2% (nominal 1,4%). Der Durchschnitt der alten EU-Länder gab dreimal so viel aus. Kein Wunder, dass auch die Bildungsausgaben in Deutschland im internationalen Vergleich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegen, nämlich derzeit bei 5,3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Wenn Deutschland den

Anschluss an das europäische Spitzenniveau nicht verlieren will, müssen die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft auf sieben Prozent erhöht werden. Diese Erhöhung wurde bereits 2008 auf dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern beschlossen, bis 2015 sollten die Ausgaben sogar bis auf zehn Prozent vom BIP steigen.

Seit 2000 sind durch Steuerrechtsänderungen erhebliche Einnahmeherausfälle entstanden, beginnend mit der rot-grünen Bundesregierung, die den Einkommensspitzensteuersatz drastisch gesenkt und den Unternehmenssektor entlastet hat, über die Große Koalition und die Schwarz-Gelbe, die die reichen Haushalte und den Unternehmenssektor weiter begünstigt haben. So sind seit 2000 Einnahmeherausfälle von 400 Milliarden Euro entstanden, durch die die Staatsverschuldung und die damit verbundenen Zinszahlungen hätten vermindert werden können.

Eine Folge dieser Steuerpolitik ist nicht nur die geschwächte Einnahmesituation der öffentlichen Hand, auch die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen liegt darin begründet.

Die Einkommens- und Vermögensschere öffnet sich immer weiter

50 Prozent aller Personen über 16 Jahren in Deutschland verfügen über so gut wie kein Vermögen, während die reichsten 10 Prozent mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens besitzen. Ähnlich sieht es bei der Einkommensentwicklung aus. Seit 1999

Einnahmeherausfälle durch Steuerrechtsänderungen

Einnahmeherausfälle seit 2000 für Bund, Länder und Gemeinden durch die Steuerrechtsänderungen seit 1998



1998 bis 2005 Senkung von Einkommen- und Unternehmenssteuern
 Mehrwertsteuererhöhung
 Konjunkturpakete
 Wachstumsschleunigungsgesetz

Quelle: Berechnungen Eickel/Wolf/Truger
 © INSTITUT FÜR ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK UNIVERSITÄT HAMBURG 2010

verringerte sich das Jahreseinkommen für das ärmste Zehntel der Bevölkerung um fast 10 Prozent. 50 Prozent der Bevölkerung verfügen seit 1999 über ein verringertes Jahreseinkommen. Weitere 40 Prozent der Bevölkerung haben innerhalb von 10 Jahren eine minimale Steigerung des Einkommens bis zu 3 Prozent zu verzeichnen. Das reichste Zehntel der Bevölkerung hat seit 1999 eine Steigerung um fast 17 Prozent ihrer Einkommen zu verzeichnen.

Konsequenz: Umsteuern

Das Steuerkonzept der GEW verfolgt drei Ziele:

- Keine Steuerausfälle, sondern Mehraufkommen erzielen, das für die dringend erforderlichen Ausgabensteigerungen der öffentlichen Aufgaben – wie z. B. Bildung – eingesetzt wird.
- Die Durchschnittsverdienerinnen und -verdiener sollen entlastet werden, damit der Abstand zwischen Arm und Reich sich verringert.
- Bezieherinnen und Bezieher von hohen Einkommen, Unternehmer und Vermögende sollen wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt werden.

Daraus entstand ein Steuerkonzept mit fünf Komponenten: Lohn- und Steuerreform, Unternehmenssteuerreform, Vermögensbesteuerung, effektiverer Steuervollzug und Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Im Einzelnen ist dieses Konzept auf der Internetseite der GEW (www.gew.de/Steuerkonzept_der_GEW_solidarisch_und_effektiv.html) zu finden. Auf drei Aspekte des Konzepts möchte ich eingehen, weil sie auch für Nicht-ExpertInnen in Diskussionen zur Steuerpolitik zu gebrauchen sind.

Deutschland ist seit 1997 eine Vermögensoase

Seit 1997 wird in Deutschland keine Vermögenssteuer mehr er-

hoben. Grund dafür ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die damalige Regelung als nicht gerecht beurteilte. Die Vermögenssteuer kann sofort wieder eingeführt werden, wenn das Geldvermögen gegenüber dem Immobilienvermögen nicht diskriminiert wird. D.h., auch das Vermögen an Immobilien, auf Grundlage einer marktgerechten und aktuellen Bewertung, soll nach Vorstellung der GEW mit 1 Prozent besteuert werden. Dabei gibt es einen Steuerfreibetrag von 500 000 Euro pro Familie. Übrigens fällt das Eigenheim nicht unter das Immobilienvermögen. Diese Besteuerung würde jährlich Mehreinnahmen von ca. 20 Milliarden Euro ergeben.

Mehr Steuer- und Betriebsprüfer

In Deutschland werden Steuererzhäler_innen insofern unterschiedlich behandelt, als dass den Beschäftigten die Steuer gleich vom Bruttolohn abgezogen wird, während bei Unternehmen und Vermögensbesitzern eine Deklaration ihrer Einkünfte beim Finanzamt zur Grundlage der Steuererhebung gemacht wird. Bei der zweiten Methode gibt es sehr viel mehr Möglichkeiten der Steuervermeidung, wenn nicht Steuer- und Betriebsprüfer der Sache auf den Grund gehen. 2011 wies die Süddeutsche Zeitung darauf hin, dass gerade in Bayern und Baden-Württemberg immer weniger Steuerprüfer unterwegs seien und in Hamburg besonders häufig auf Prüfung der Vermögensmillionäre verzichtet würde. Es fehlten mehr als 3000 Beschäftigte. (SZ, 4.3.2011)

„Ran an die Reichen“,

so betitelt DIE ZEIT am 17.10.2013 ihren Artikel, der deutlich macht, dass laut Internationalem Währungsfonds (IWF) die Reichen durch die jetzigen Steuersysteme mehr geschont werden als früher. Nach Schätzungen des IWF liegt der ideale

Spitzensteuersatz bei 55 bis 70%. Noch unter der Regierung Kohl lag der Spitzensteuersatz bei 53%, jetzt sind wir inklusive der Reichensteuer (45% ab einem Einkommen von ca. 250 000 Euro) bei 45% gelandet. Wenn die GEW in ihrem Steuerkonzept einen Spitzensteuersatz von 53% fordert, der erst ab einem zu versteuernden Einkommen von ca. 70 000 Euro jährlich gilt und alle anderen darunter entlastet werden, so bewegt sie sich also nicht in utopischen Regionen.

Intelligente Steuererhöhungen können so langfristig zu einem Abbau der Schulden und zu ausreichenden Mitteln für die öffentlichen Aufgaben führen. Wenn der Zugang zu guter Bildung für alle gesichert werden soll, so ist hier der Staat gefordert. Sozialausgaben und Bildungsfinanzierung sind keine „Übel“, sondern dienen der Attraktivität und Zukunftsfähigkeit eines Landes.

Große Koalition – was haben wir zu erwarten?

Sollte es zu einer Großen Koalition kommen, muss stark bezweifelt werden, dass es tatsächlich zu einer Umsteuerung in der Steuerpolitik und damit zu mehr Mitteln für die Bildungsfinanzierung kommt. In dem 10-Punkte-Plan der SPD für die Koalitionsverhandlungen mit der CDU findet man die Forderungen nach einer gerechteren Bildung an achter Stelle. Die Forderung nach einer Steuererhöhung findet sich nicht in diesem 10-Punkte-Plan. Die Parteispitzen Andrea Nahles und Sigmar Gabriel bemühen sich zwar zu versichern, dass diese Forderung nicht vom Tisch sei, über eine Finanzierung ihrer Forderungen müsse später gesprochen werden. Doch eine grundsätzliche Wende, die die Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich verkleinern könnte, ist so nicht einzuleiten.

ANJA BENSINGER-STOLZE
Vorsitzende der GEW Hamburg

Trend umgekehrt

Die GEW Hamburg wächst, wird älter und jünger

„Die Mitgliederzahl der GEW nimmt kontinuierlich ab, der Altersdurchschnitt kontinuierlich zu. Es gelingt den GEW Landesverbänden nur vereinzelt, jüngere Mitglieder in Funktion zu bringen. Bei den Jüngeren ist der Organisationsgrad schlecht. Die gewerkschaftliche Arbeit bleibt an immer weniger Kolleginnen und Kollegen hängen, immer mehr Referate und Gruppen arbeiten nicht mehr. Die Beteiligung an Gremiensitzungen nimmt stark ab.“ (Ein mögliches Zukunftsszenario aus der Broschüre „Die Zukunftsfähigkeit

der GEW sichern!“ von 2009)

Die Fakten: Zwischen 2001 und 2008 verlor die GEW bundesweit fast sechs Prozent ihrer Mitglieder, die GEW Hamburg im selben Zeitraum fast sieben Prozent. 2008 bestand die tragende Säule des Mitgliederbestandes bundesweit zu fast zwei Dritteln aus den Alterskohorten der 41- bis 60jährigen, 2018 werden sich knapp zwei Drittel der damaligen GEW-Mitglieder nicht mehr im aktiven Dienst befinden.

„Die Zukunftsfähigkeit der GEW sichern“

Angesichts des Mitgliederschwundes und der Überalterung – womit nicht nur die GEW, sondern ebenso die übrigen Gewerkschaften, aber auch Parteien, Kirchen und andere Organisationen zu kämpfen haben – initialisierte die GEW vor acht Jahren auf dem Bundes-Gewerkschaftstag in Erfurt das „Projekt Mitgliederwerbung und Generationenwechsel“. Dieses hat sich zum Ziel gesetzt, die bisher eher ein Schattendasein führenden Themen Mitgliederentwicklung

Bericht über das Mitgliederwerbeprojekt für Referendar_innen und neu eingestellte Lehrkräfte 2012 bis 2013

Für das Mitgliederprojekt besuche ich seit nun fast zwei Jahren Seminare der Referendar_innen am LI, um die Arbeit der GEW vorzustellen. Dabei wird immer wieder eines deutlich: Es herrscht ein großes Unwissen unter den Lehramtsanwärter_innen darüber, was eigentlich eine Gewerkschaft und die GEW im speziellen ist. Umso erfreulicher ist es dann, nachdem ich von einigen Vorzügen der gewerkschaftlichen Organisierung erzählt habe, wenn Referendar_innen fragen, wie sie Mitglieder werden können. Trotzdem könnte hier noch einiges mehr gemacht werden. Viele der Referendar_innen fühlen sich überlastet und allein gelassen in der Ausbildungssituation. Auch von der GEW. Die Berichte, die mir aus dem Referendariatsalltag erzählt werden, sind erschreckend.

Angefangen bei den organisatorischen Bedingungen, z.B. dass erst ein paar Tage vor Beginn des Referendariats mitgeteilt wird, an welcher Schule das Referendariat gemacht wird, über extreme Überlastungserscheinungen bis hin zu undurchsichtigen Anforderungen, von denen die Bewertung am Ende abhängt, können die Referendar_innen von vielem berichten. Aber auch junge Lehrer_innen, die seit wenigen Jahren im Beruf sind, berichten von einer großen Arbeitsüberlastung. Dies ist mit ein Grund, warum es unter jüngeren Kolleg_innen so wenige gibt, die sich regelmäßig in der GEW engagieren können. Hier müsste die GEW noch mehr darüber nachdenken, wie sie sich den geänderten Arbeitsbedingungen und den in ihrer beruflichen Tätigkeit stärker divergierenden Mitgliedern anpassen kann. Dabei nur auf die ehrenamtliche Tätigkeit einiger aktiver Mitglieder zu setzen, wird nicht funktionieren. Es tut also Not, im Sinne des Antrags auf dem Gewerkschaftstag für die Organisationsentwicklung sich neue Konzepte zu überlegen. Das Mitgliederprojekt war solch eines und ein gutes Experimentierfeld, an dem man ansetzen kann und das weiterentwickelt werden sollte.

FLORIAN SCHUBERT für die Junge GEW



Foto: hlz

Mitgliederentwicklung 2008 bis 2012: plus 10,2 Prozent – hier, als Ausdruck dessen, ein aktiver Teil der Mitgliedschaft auf dem Gewerkschaftstag am 31.10., bei dem der Generationswechsel noch nicht ganz vollzogen ist

und Generationenwechsel in den Fokus der Organisation zu rücken und als Daueraufgabe zu begreifen. Beschlossen wurde, Projekte in den Landesverbänden zu initialisieren, die gezielt und systematisch an diesen Herausforderungen arbeiten. Ziel dieser Projekte war und ist es, einerseits möglichst viele junge Kolleginnen und Kollegen zu einer Mitgliedschaft in der Bildungsgewerkschaft zu bewegen, andererseits Angebote zu schaffen, um die Mitglieder mittel- und langfristig an die GEW zu binden und zu aktiver Mitarbeit zu bewegen.

Mitglieder werben und binden – den Generationenwechsel gestalten

Ausgehend von der Annahme, dass insbesondere die Phase der beruflichen Übergänge – vom Studium zum Eintritt ins Referendariat und anschließend in den Beruf – in den Blick genommen werden muss, führte die GEW Hamburg in den letzten Jahren Projekte durch, die sich auf die Studierenden sowie die Referendarinnen und Referendare bzw. Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst fokussierten. Beide Bereiche wurden von Projekt-

kräften, Tobias Wollborn für die Studierenden und Florian Schubert für die Junge GEW, unterstützt, deren Aktivitäten in den zwei Kästen dargestellt sind und denen wir für ihr Engagement ausdrücklich danken! Darüber hinaus wurden Angebote zur Bindung älterer Mitglieder geschaffen, wie die 55+-Seminare. Ein weiteres Mitgliederprojekt fand während der letzten zwei Jahre im Hochschulbereich statt. (Die hlz berichtete mehrfach darüber: hlz 1-2/2012, 12/2012, 4-5/2013, 8-9/2013.)

Hatten und haben diese Maßnahmen Erfolg? Gelingt es der GEW, neue Mitglieder zu gewinnen und zugleich ihre Mitglieder mittel- und langfristig an sich zu binden? Wie stellt sich die Mitgliederentwicklung der GEW Hamburg in den letzten vier Jahren sowie die Altersstruktur der Mitgliedschaft dar?

Trendwende erreicht und verstetigt: GEW Hamburg legt um 10 Prozent zu

Im Vergleich mit der Mitgliederentwicklung der übrigen DGB-Gewerkschaften von 2008 bis 2012 zeigt sich, dass die GEW eine Trendwende nicht nur erreicht hat, sondern zudem

dabei ist, diese positive Entwicklung zu verstetigen. Die DGB-Gewerkschaften insgesamt verloren zwischen 2008 und 2012 3,5 Prozent ihrer Mitglieder, die Einzelgewerkschaft ver.di in diesem Zeitraum beispielsweise 5,5 Prozent. Im gleichen Zeitraum gelang es der GEW, ihre Mitgliederzahl um 5,8 Prozent zu steigern. Der Landesverband Hamburg legte in diesem Zeitraum sogar um 10,2 Prozent zu. In absoluten Zahlen heißt das, dass die GEW, eine ähnliche Mitgliederentwicklung wie in den letzten vier Jahren vorausgesetzt, um 2017 die 10.000er-Marke überschreiten könnte (Abbildung 1).

Wo wächst die GEW? Entwicklungen in den Fachgruppen

Wo, also in welchen Fachgruppen, hat dieser deutliche Zuwachs stattgefunden? Erstaunlicherweise sind die Mitgliederzahlen in den Fachgruppen über die letzten Jahre relativ stabil: Die Fachgruppen Grund- und Stadtteilschulen umfassen über die vier Jahre konstant je ungefähr 1600 Mitglieder, die Fachgruppe Gymnasien knapp 1000, Gewerbe- und Handels-

schulen gemeinsam gut 1000, die Fachgruppe Sonderpädagogik gut 700 Mitglieder. Ähnlich wie bei den schulischen Fachgruppen sieht es bei den übrigen Organisationsbereichen aus: Der Bereich Hochschule umfasst konstant knapp 250 Mitglieder, Tendenz leicht zunehmend, der Bereich Weiterbildung gut 300 Mitglieder, Tendenz leicht abnehmend. Einzig in der Fach-

gruppe Kinder- und Jugendhilfe ist mit einer Veränderung von gut 550 Mitgliedern 2008 auf knapp 800 Mitglieder 2012 ein signifikanter Anstieg zu erkennen. Die Anzahl der Studierenden liegt bei zunehmender Tendenz bei gut 250. Es stellt sich die Frage: Wo finden sich die zehn Prozent Zuwachs an Mitgliedern in der Statistik wieder?

Altersstruktur: Massive Abgänge aus dem aktiven Dienst in den Ruhestand

Neben der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe ist es die erst 2008 (statistisch) eingerichtete Betriebsgruppe der Ruheständlerinnen und Ruheständler (BGRR), die für den zehnpromzentigen Mitgliederzuwachs der GEW Hamburg verantwortlich ist: Waren in der BGRR 2008

Bericht über die Aktivitäten der Studierendengruppe Januar bis Oktober 2013

Eines der momentanen Hauptthemen der GEW Studis ist die Beschäftigung mit dem Referendariat samt der jüngsten Umstrukturierungen, die zu Ungunsten der Referendar*innen ausfallen. In diesem Rahmen fand im April eine Neuauflage der Veranstaltung „Dschungel Referendariat“ statt, zu der Referent*innen vom LI und ZLH eingeladen waren und an der über 150 Studierende teilnahmen. Der mit den Umstrukturierungen stark angestiegene Druck auf die Refs veranlasste die GEW Studis, sich seit dem Sommersemester 2013 intensiver mit dem Thema der Lehrer*innenbildung auseinanderzusetzen. Zusammen mit der jungen GEW, den PRen, Refs und weiteren Interessierten wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die in den nächsten Monaten u.a. eine Kurzdoku, Infomaterial und eine Veranstaltung zum Thema organisieren will.

Zu Beginn dieses Jahres waren die GEW Studierenden weiterhin in der Initiative „Studentische Beschäftigte an Hamburger Hochschulen“ aktiv. Im Januar wurde ein Treffen organisiert, auf dem der Austausch und die Vernetzung studentischer Hilfskräfte vorangetrieben werden sollte. Anfang des Sommersemesters beteiligte sich die Studi-Gruppe zudem an einer Veranstaltung des Uni AStAs zu prekären Arbeitsverhältnissen im Kontext der Hochschule. Hierfür wurde mit Marco Unger der Bundessprecher der GEW Studis als Referent eingeladen. Aufgrund der allgemein geringen Teilnahme von Hilfskräften an Veranstaltungen und strukturellen Schwierigkeiten wurden die Tätigkeiten in diesem Bereich vorerst eingestellt.

Im Mai und Juni beteiligte sich die Studierendengruppe an der Mobilisierung zu und der Teilnahme an den Protesten gegen den Naziladen Tonsberg in Glinde. Hierfür wurde eine

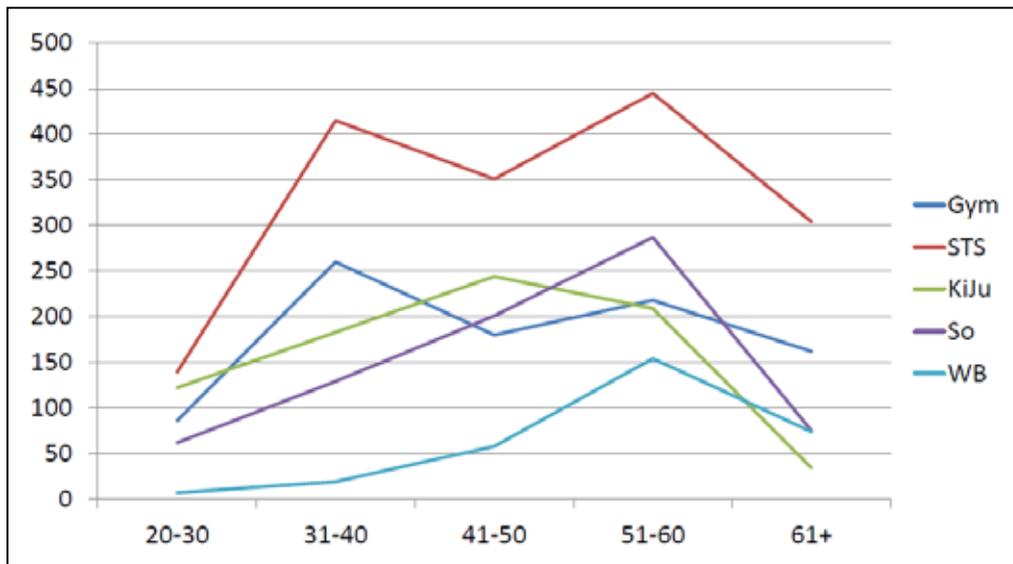
Informationsveranstaltung in Bergedorf organisiert und ein Redebeitrag auf der Demo gehalten.

Außerdem solidarisierten sich die GEW Studis mit den Kämpfe der Gruppe Lampedusa in Hamburg. Mit einer Willkommenserklärung ‚Welcome to Hamburg, welcome to the union!‘ begrüßten wir die Aufnahme der Geflüchteten in der ver.di und bezogen mit einer Erklärung zu den rassistischen Polizeikontrollen der letzten Tage Stellung zu der zunehmend repressiven Flüchtlingspolitik des Hamburger Senats. Die Stellungnahme wurde zudem am Rande von Demonstrationen verteilt.

Nachdem zu Beginn des Wintersemesters 2012/2013 viele neue Mitglieder in die Aktivengruppe der GEW-Studierenden eingestiegen sind und diese damit auf 10 Personen angewachsen ist, bestand ein Hauptaspekt der internen Arbeit darin, die unterschiedlichen Interessen der Studis unter einen Hut zu bringen und das Profil der Gruppe zu formen.

Zu den allgemeinen Tätigkeiten der GEW Studis zählten dieses Jahr, neben den halbjährlichen Semesterverschickungen und den offenen Kennenlernetreffen für Interessierte vor allem die innergewerkschaftliche Vernetzung. In diesem Kontext haben wir uns mit Fredrik Dehnerdt als GEW-Vorsitzendem und Mitglied von HuF, Christian Kröncke, als Jugendbildungsreferenten des DGB, den Studierendengruppen der DGB Gewerkschaften und der jungen GEW getroffen und ausgetauscht. Mit letzterer finden seitdem regelmäßig gemeinsame Treffen und Kooperationen, z.B. bei der Thematik des Referendariats, statt. Dies soll in Zukunft ausgebaut werden.

TOBIAS WOLLBORN
für die Studierendengruppe



Altersstruktur GEW Hamburg in den Fachgruppen Gymnasien, Stadtteilschulen, Kinder- und Jugendhilfe, Sonderpädagogik, Weiterbildung, 2012

noch gut 1000 Mitglieder erfasst, sind es 2012 bereits fast 1500 – ein 50prozentiger Zuwachs innerhalb von vier Jahren. Nicht nur, weil die BGRR die mitgliederstärkste Betriebsgruppe ist, sondern insbesondere wegen des in ihr vorhandenen Wissens und ihrer Erfahrung ist es daher eine der wichtigsten Aufgaben des Landesverbandes, ihre Mitglieder in der Organisation zu halten, den Austausch mit ihnen zu suchen sowie ihre Interessen angemessen zu berücksichtigen. Die Werbung jüngerer Kolleginnen und Kollegen einerseits und die Bindung älterer Mitglieder andererseits sind zwei Seiten einer Medaille – Generationenwechsel heißt immer auch Generationenaustausch, den die GEW im Interesse der Gesamtorganisation aktiv organisieren muss.

Verjüngung: ...die durch Neueintritte kompensiert werden!

Die Erkenntnis lautet, dass sich nicht die Größe der Fachgruppen ändert, sondern ihre Altersstruktur: Alle Fachgruppen verzeichnen in den letzten Jahren massive Übertritte aus

dem aktiven Dienst in den Ruhestand, zugleich wurden in ähnlicher Größenordnung neue Mitglieder gewonnen, so dass sich die Fachgruppen nicht zahlen-, sondern altersmäßig verändern und sich somit verjüngen. Dieser Befund zeigt sich gut bei einer Aufschlüsselung der aktuellen Altersstruktur der Fachgruppen.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung in der Fachgruppe Gymnasien: Die aktuell am stärksten vertretene Alterskohorte ist die der 31 bis 40jährigen. Auch bei der Fachgruppe Stadtteilschulen stellen die 31 bis 40jährigen ein gutes Viertel ihrer Mitglieder insgesamt. In der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe sind die 41 bis 50jährigen mit einem knappen Drittel die am stärksten vertretene Altersgruppe. Den Generationenwechsel noch vor sich haben die Fachgruppe Sonderpädagogik sowie die Fachgruppe Weiterbildung: In beiden ist fast die Hälfte der Mitglieder zwischen 51 und 60 und wird somit in den nächsten Jahr(zehnten) aus dem aktiven Dienst ausscheiden. In diesen Bereichen ist die GEW daher in den nächsten Jahren besonders

gefordert, den Generationenwechsel aktiv zu begleiten (siehe Grafik).

Fazit: Mitgliederwerbung, -bindung und -aktivierung als gewerkschaftliche Daueraufgabe begreifen

Die um das Jahr 2008 zu erkennende Trendwende in der Mitgliederwerbung und -bindung ist ein Verdienst aller Arbeitsbereiche auf allen Ebenen. Nun gilt es, die positive Entwicklung abzusichern und auszubauen: Die GEW muss sich neben der Gewinnung die dauerhafte Bindung und vielfältige Aktivierung ihrer Mitglieder zur beständigen Aufgabe machen. So schafft die GEW neue Perspektiven – offenbar auch solche, welche zur Stabilisierung der positiven Mitgliederentwicklung und somit zu einer stärkeren Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der GEW beitragen.

FREDRIK DEHNERDT,
stellvertretender Vorsitzender und
DIRK MESCHER,
Geschäftsführer

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile

Gespräch mit Stefan Wilken, Lehrer an der Primarschule Rellinger Straße, über jahrgangsübergreifenden Unterricht und individualisiertes Lernen in und an Projekten

hlz: *Ihr seid eine der übrig gebliebenen Primarschulen und auch, wenn sich das Konzept in Hamburg aus bekannten Gründen nicht durchgesetzt hat, seid ihr darüber hinaus auch so etwas wie eine Reformschule. Was macht ihr denn anders?*

Stefan Wilken: Einer der Schwerpunkte ist – und das war damals auch der Grund für mich, weswegen ich mich an dieser Schule beworben habe, ...

hlz: *Du warst an einer kooperativen Gesamtschule...*

Stefan Wilken: ... dieses jahrgangsübergreifende Lernen. Das ist der zentrale Punkt, glaube ich. Hier wird wirklich der Schwerpunkt auf Individualität im Lernen gelegt. Es geht auch gar nicht anders. Also, wenn du jahrgangsübergreifend arbeitest, kannst du das klassische Modell, – der lehrerzentrierte Unterricht, d.h.: du erzählst was und du bedienst alle irgendwie gleichzeitig – nicht mehr machen, weil der jüngste Viertklässler und die älteste Sechstklässlerin unterschiedliche Angebote brauchen. Du kannst sie also in der Regel nicht gleichzeitig bedienen.

Ist es okay, wenn ich ein bisschen von mir plaudere? Ich muss immer meine Erfahrungen mit rein bringen.

hlz: *So war's gedacht.*

Stefan Wilken: In meiner vorherigen Schule habe ich be-

reits immer mal ein bisschen versucht in diese reformpädagogische Richtung zu gehen, habe aber gemerkt, dass es da nicht funktionierte. Als ich dann hierher kam, habe ich gedacht: Okay, jetzt machst du alles ganz anders, jetzt machst du es richtig. Da bin ich komplett weg von dem Lehrerzentrierten und habe im Grunde nur noch individualisiert gearbeitet. Im ersten Jahr war ich noch Fachlehrer, habe aber dann nach Monaten gemerkt: „Oh ha, du verlierst den Überblick und du erreichst nicht alle Kinder“. Mittlerweile ist es so, dass ich schätzungsweise 70 Prozent individualisiert arbeiten lasse. Der Rest ist tatsächlich immer noch auf die klassische Art. Oder sagen wir mal: klassisch im Sinne einer Methode, bei der alle gemeinsam an einer Sache arbeiten oder zumindest in einer größeren Gruppe.

hlz: *Du unterrichtest Mathematik. Kannst du an deinem Fach konkretisieren, was das in Hinblick auf individualisiertes Lernen bedeutet?*

Stefan Wilken: Vielleicht kann die Praxis von heute dies illustrieren. Ich habe eine besondere Situation ausgenutzt und zwar haben wir gerade ein Projekt zum Thema Wahlen in Gang gebracht. (Das Interview fand zwei Wochen vor der Bundestagswahl statt – JG). Die Schüler_innen sind gerade dabei, in kleinen Gruppen loszugehen, um die Bürger_innen nach ihrem

Wahlverhalten zu befragen. Den Fragebogen dazu hatten wir im Vorhinein mit den Schüler_innen entwickelt. Drei Gruppen waren unterwegs und zwei Gruppen waren hier, die hatten gestern die Umfrage gemacht. Das heißt, ich habe mit acht Kindern heute anderthalb Stunden einen Block in Mathe gehabt, davon drei Sechstklässler. Die arbeiten für sich gerade am Thema Bruchrechnung und sind schon ziemlich tief drin im Thema. Es gibt ein Skript, das aus mehreren Teilen besteht. Die Kinder bekommen die Seiten abschnittsweise ausgehändigt, damit sie nicht allein vom Umfang abschreckt werden. Ich weise sie an, die Arbeitszeit, die ihnen zur Verfügung steht, nachdem wir Organisatorisches geklärt haben, aufzuteilen. Die eine Hälfte am Skript, den Rest mit ‚scoyo‘ am Computer, das mit den Inhalten des Skripts abgestimmt ist.

hlz: *Was ist scoyo?*

Stefan Wilken: Das ist eine online-Lernplattform. Die Einführung in ein Thema geschieht mittels Geschichten, in die der mathematische Aspekt immer eingebunden ist. Auf diese Weise ist immer ein aktueller lebensgeschichtlicher Punkt berührt. Das macht das Ganze anschaulich und lebendig.

Aber dann gibt es letztlich auch einen Part, wo es darum geht, mit Übungsaufgaben die reine Technik zu lernen. Dazu das Skript, das sie im Grunde genommen ziemlich kleinschrittig

durch die Bruchrechnung führt. Das Ganze muss mit unserem ‚Checklistenprinzip‘ korrespondieren, das heißt, wir haben alle Themen der Mathematik in den Jahrgängen 4, 5 und 6, die es laut Rahmenplan gibt, in 42 solcher Checklisten – andere sagen mglw. Portfolio dazu – abgebildet. Diese Checklisten sind im Grunde genommen der Aufgabenpool für die Schüler_innen, mit dessen Hilfe bestimmte Kompetenzen erreicht werden sollen. Dabei müssen sich die Kinder aber nicht alles erarbeiten. Es ist halt ein Pool. Ziel ist es, beim Kind ein Gefühl der Sicherheit zu schaffen, dass es nach einiger Zeit der Beschäftigung mit dem Thema sagen kann: „Jetzt bin ich soweit, dass ich den Test schreiben kann.“



Fotos: hlz

Ein richtig gutes Konzept mit weniger Verlierern

hlz: Also keine Klassenarbeit, die die Kinder unter Druck setzt, auch keine Benotung?

Stefan Wilken: Nein, wenn das Ziel nicht erreicht ist, muss auf bestimmten Feldern eben nachgearbeitet werden. Bis es passt.

hlz: Okay, aber was passiert mit dem Rest der Lerngruppe?

Stefan Wilken: Die Viertklässler habe ich mir nach vorne geholt und habe mit denen die Punkt vor -Strichregel erarbeitet – immer in Verbindung mit anschaulichem Material: Fässer auf der Ladefläche von einem Laster u.ä. Schon am Anfang hatte ich gesagt: „Seid besonders konzentriert, denn morgen machen wir das Gleiche wieder, wenn die anderen Viertklässler da sind.“ Dann sollen die Viertklässler von heute einen großen Teil von der Einführung in das Thema übernehmen, also das, was ich heute gemacht habe – natürlich mit meiner Unterstützung. So was bringt viel Spaß, so was kann sehr effektiv sein, aber nicht für jeden. Es gibt trotzdem

immer noch Kinder, bei denen du merkst: die haben es noch nicht begriffen. Aber so ist das im Schulalltag.

hlz: Es gibt also Gewinner und Verlierer in so einem System. Welcher Schülertypus hat eher Schwierigkeiten mit dieser Autonomie?

Stefan Wilken: Natürlich gibt es hier auch Verlierer wie in jedem System. Aber meine Erfahrung nach den gut drei Jahren ist: es gibt weniger Verlierer! Und selbst diese Kinder kriegen mehr mit als im herkömmlichen Unterricht, weil sie sich im Grunde genommen, ohne das richtig zu merken, automatisch auch an anderen orientieren, ohne sich dabei stigmatisiert zu fühlen. Wenn ich eine Jahrgangsklasse 4 habe, dann ist relativ schnell klar, wer da Leistungsträger ist und wer mit der Sache nicht so gut klar kommt. Wenn sich das aber in 4, 5, 6 immer total mischt, dann kriegt zum Beispiel ein sehr schwacher Sechstklässler das oft gar nicht richtig mit, da er immer noch jemanden findet, nämlich eine Viertklässlerin, der er was

erzählen kann. Das motiviert eben die gerade nicht so Leistungsstarken. Das ist für mich ein Kernpunkt.

hlz: Du hast es eben angesprochen: Der Sechstklässler – so der Anspruch – versucht der Viertklässlerin was zu erklären. Wie stark wird dies von den Schüler_innen eingelöst?

Stefan Wilken: Es gibt eine Menge Schüler_innen, die das richtig gut auf die Reihe kriegen. Das ist dann für mich auch eine Entlastung. Es gibt hier so eine Art Regel: Bevor du den/ die Lehrer/in fragst, musst du erst mindestens zwei andere Schüler_innen gefragt haben. Je mehr ich das einhalte, desto besser. Das ist nicht immer einfach. Denn oft fragen die Kinder nicht die, die ihnen helfen könnten. Also: dieses Gespür dafür zu bekommen: ich muss jemanden fragen, von dem ich annähernd weiß, dass er weiter ist als ich – das kriegen manche nicht auf die Reihe. Wenn da viele Sachen stimmig sind, dann ist es ein richtig gutes Konzept. Aber genau das ist halt auch ein Teil der

Prozesse, die hier laufen und die brauchen einfach auch Zeit. Da kann man nicht sagen: „Heute geht es los und in sechs Monaten ist das ganz toll.“ Das muss wachsen.

hlz: *Nun gibt es ja in der Mathematik im Vergleich zu anderen Fächern klarere Strukturen und Essentials, die abgearbeitet werden müssen. In anderen Fächern sind die Fragen offener und die Antworten oft nicht so eindeutig wie in der Mathematik. Der projektorientierte Ansatz soll dieser Komplexität ja Rechnung tragen. Ist die Projektauswahl nicht insofern ein Problem, als sie mehr oder weniger zufällig ist? Lernen die Kinder auf diese Weise nicht wahllos? – Wo bleibt die curriculare Struktur?*

Stefan Wilken: Am Anfang war es tatsächlich nicht einfach. Wir haben uns den Bildungsplan vorgenommen und uns gefragt: „Was sind eigentlich die Vorgaben?“ Dann haben wir uns angeguckt: Welche Fächer fließen eigentlich in diese auf fünf Doppelstunden pro Woche konzipierten Projekte ein? Wir haben uns also einen groben Plan

gemacht, wie wir das einzeln abarbeiten wollen. Völlig klar ist aber, dass es natürlich nicht so sein kann, dass man sagt: „Okay, Geschichte geht mit in diesen Projektunterricht.“ Dann guckt man sich den Rahmenplan Geschichte an, darin stehen die unterschiedlichen Themen, die pro Jahrgang abgearbeitet werden sollen und man stellt fest, dass das ja gar nicht als Projekt unterrichtet werden kann, denn für Jahrgang 4 sind es andere Themen als für Jahrgang 5 und 6. Es kommt aber ein nicht unbedeutender anderer Aspekt zum Tragen: Was bringen wir eigentlich im Lehrer_innenteam mit an Talenten und Qualitäten zu bestimmten Themen? Wenn es um Technik und Physik und Mathe geht, kann ich naturgemäß i.d.R. mehr einbringen als Leute, die Geschichte studiert haben oder die aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Bereich kommen. Die setzen andere Impulse, genauso wie die, die die künstlerischen Fächer vertreten. Also auf das Zusammenspiel der Professionen kommt es an. Das Team produziert als Ganzes mehr als die Summe seiner Teile. Und wir berücksichtigen: Wie ist gerade

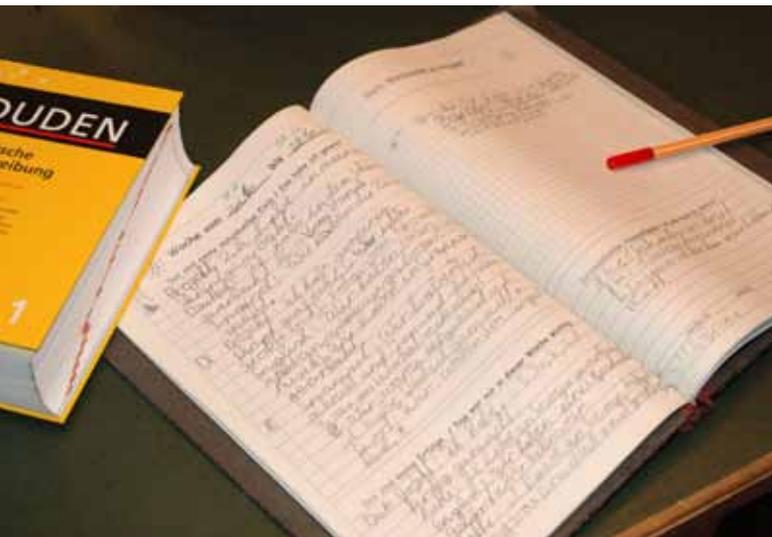
die Jahreszeit? Wie ist gerade die Stimmung? Was ist gerade aktuell? Jetzt haben wir das beste Beispiel: Die Bundestagswahlen sind am 22. September. Wir haben den Auftrag der politischen Bildung! Selbst in Klasse 4 – ein hoher Anspruch, warum aber nicht? Im Rahmen eines Projektes muss das möglich sein. Dann wird das zusammengebastelt, natürlich alles immer unter enormem Zeitdruck. Dazu probieren wir diesmal eine so genannte ‚story line‘-Methode aus.

hlz: *Ein hoher Anspruch an Teamarbeit also. Und was ist ‚story-line‘?*

Stefan Wilken: Die Methode – ich versuche es knapp zu machen – war für mich auch neu. Sie funktioniert so, dass man im Grunde genommen parallel zu der realen Wahl eine Geschichte aufbaut, in der das einzelne Kind eine Figur für sich entwickelt, die es dann in der gemeinsam entwickelten Story ‚spielt‘. Im Vorfeld gehören dazu eine Einführung durch den/die Lehrer_in, dann ein Brainstorming. Auf einer mind-map werden Wissenssprengsel, werden Begriffe gesammelt und sortiert – bestenfalls entsteht schon so etwas wie eine Struktur. Dann geht es darum, einen Fragebogen zu erstellen.

Schwerpunktmäßig wollen wir aber darauf hinaus, dass die Kinder sich irgendwann mit einem Charakter identifizieren, mit einer Person also, die ein bestimmtes Äußeres hat, bestimmte Klamotten trägt und eine bestimmte Einstellung hat, an bestimmte Orte geht, also einen ganz bestimmten Wähler_innentyp oder Politiker_innentyp darstellt.

Ein hoher Anspruch, der darüber hinaus – und wir hoffen, dass dies die Sache erleichtert – als Steckbrief konkret dargestellt werden soll. Danach soll das gleiche mit den Kandidaten einer



Das Logbuch – nicht die Heilige Schrift, aber hier wird von den Schüler_innen dokumentiert, was gemacht wurde

Partei stattfinden. Das Ganze soll in einer Parteigründung münden, die Wahl eines/r Parteivorsitzenden eingeschlossen, mit der dann auch die Aufstellung eines Wahlprogramms verbunden sein muss. So ausgerüstet, sollen die Kinder die Bürger_innen im Stadtteil nach ihren Problemen befragen, von denen sie meinen, dass die Politiker sie lösen können.

In der Hochphase sollte der ‚Parteivorsitzende‘ eine Wahlkampfrede halten. Wir wollen die sieben Lerngruppen der Unterstufe in zwei Wahlkreise aufteilen und dann eine Wahl stattfinden lassen. Bei der Auswertung kommt dann natürlich wieder die Mathematik ins Spiel. Säulen- und Tortendiagramme können erstellt werden. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung kann man dann der Realität begegnen. Deutschland ist in 299 Wahlkreise unterteilt, Hamburg hat sechs davon. Es gibt den Bezirk Eimsbüttel als Wahlkreis. Wie viele Einwohner gibt es eigentlich in den einzelnen Bereichen? Wie viele Wahlberechtigte gibt es? Und wie viele gehen eigentlich davon zur Wahl? Und dann rückbesinnt man sich auf die letzte Wahl 2009. Wie war eigentlich die Wahlbeteiligung insgesamt, wie in Eimsbüttel im Vergleich zur vorherigen Wahl?

Ich habe das Original eines Stimmzettels mitgebracht. Ich konnte also zeigen, welche Parteien hier in Eimsbüttel gewählt werden können. Dann sind die Kinder darauf gestoßen, dass links, bei der Spalte für die Erststimme, nur ein Name steht, aber keine Partei. Daraufhin ein Schüler: „Ja, das ist der Marko Scheffler, der wohnt bei mir gegenüber, der hat hier die Kneipe 040. Also er *ist* eine Partei, „Mensch macht Politik“ heißt die, glaube ich. Diese Verknüpfungen der Erfahrungen aus der lebensnahen Umwelt der Schüler_innen mit den großen Themen herzustellen, das ist es, was



Auf dem Weg zur story: Lehrereinführung – Brainstorming – mind-map

wir eigentlich wollen.

hlz: Dieses war nun ein Beispiel aus dem Bereich Gesellschaft. Ich weiß aber, dass ihr auch im naturwissenschaftlichen Bereich positive Erfolge erzielt habt.

Stefan Wilken: Das war bspw. das Thema „Bewegung und Konstruktion“. Da lag der Schwerpunkt im physikalischen Anteil. Es sollte ein Fahrzeug gebaut werden, dass innerhalb einer bestimmten Zeit eine Strecke von einer bestimmten Länge zurücklegen sollte, ohne dass es auseinanderfällt oder dass es zur Seite fährt. Dies wurde Schritt für Schritt untersucht: Wie ist es eigentlich, wenn Fahrzeuge unterschiedlich schwer sind? Was hat es eigentlich für ein physikalisches Verhalten?

Das Besondere: Wir haben auch einen Roboterprojekttag angeboten, der von Studenten der TU Harburg durchgeführt wurde. Dieses Projekt im Projekt hieß „Roberta“ und wollte speziell bei Mädchen ein höheres technisches Verständnis erzeugen. Die Kinder bekamen nur eine klitzekleine Einführung, also wirklich nur, worum es im Groben geht und haben dann praktisch bauen sollen. Da war natürlich erst einmal die Unsicherheit: Ich habe hier eine Anleitung vor mir und

muss jetzt daraus ein funktionierendes, nicht gerade unkompliziertes Gerät bauen. Verbunden mit Elektronik, mit Sensoren, also die ganze Technik, wie sie auch in der Realität verwendet wird. Schließlich mussten dann verschiedene Aufgaben damit bewältigt werden. Versuch und Irrtum eben – das ist der Weg zur Erkenntnis!

hlz: Gilt das auch für die Lehrer_innen?

Stefan Wilken: In gewisser Weise ja. Da ist zunächst die Idee und wir haben eine ungefähre Zeitvorstellung. Wenn man glaubt, dass das so ähnlich läuft wie die Planung im traditionellen Sinn, sagen wir mal für das Fach Geschichte in Klasse 6, für das tausend Hefte, Filme und anderes Material zur Verfügung stehen, kann man daraus sicherlich ein gutes Konzept entwickeln. Es gibt einen Anfang, du hast eine Mitte, du hast ein Ende und wenn du gut bist, gelingt es dir, einen Spannungsbogen herzustellen. Alle Kinder machen in der Regel alles gleichzeitig – jede/r so ein bisschen auf seine/ihre Art. Das kannst du machen und das ist bestimmt auch nicht schlecht. Wenn du aber eine Projektgeschichte größer aufbläst, dann weißt du vorher noch gar nicht, was da alles passiert. Das

aber ist das Reizvolle, eine wahn-sinnige Herausforderung! Das ist allerdings zunächst einmal ziemlich arbeitsintensiv. Und es ist unsicherer. Du hast ein Konzept, du hast ungefähr eine Richtung, bleibst flexibel, weißt aber nicht, ob das morgen nach rechts oder nach links ausschert. Das heißt, du lernst im Grunde genommen ständig mit den Schüler_innen. Ich glaube, dass es das ist, was bei den meisten Schüler_innen diesen Kick auslöst. Und das ist der große Unterschied zu normalem, themenbasiertem Unterricht. Der muss nicht schlecht sein, aber das andere ist viel spannender und da passieren Sachen bei den Kindern – das merkst du nur in der Situation selbst –, die du nie für möglich gehalten hättest. Also das Ganze funktioniert nicht so: diesen Aspekt nehme ich mit rein, ich möchte, dass alle Kinder das mitnehmen und dann kann ich das nachher mit einem Test abfragen, sondern da passiert plötzlich mglw. am letzten Tag eines Projektes etwas – zum Beispiel beim Mittelalter-Markt, hier auf dem Abenteuerspielplatz –, so dass wir gemerkt haben: „Ey, die haben die Bedeutung von Geld plötzlich verstanden“. Sie haben eine bestimmte Dienstleistung erbracht, für die sie Geld bekommen haben, mit dem

sie dann auf dem Markt Sachen einkaufen konnten. Irgendwann war das Geld weg und ihnen war klar: Ich kriege jetzt auch nicht einfach was, hier gibt es keine Bank oder so, sondern ich muss im Grunde erst wieder arbeiten, was aber nicht mehr möglich war. Sie stellten also fest, dass sie pleite waren. Was haben sie gemacht? Sie haben die Sachen wieder verkauft und von dem Erlös sich Dinge gekauft, die für sie interessanter waren. Ich meine: realistischer geht es nicht! Das kannst du nicht im Klassenzimmer anhand von Texten oder Bildern rüberbringen.

hlz: *Nun stelle ich mir vor, dass am Anfang so eines Projekts viele Kinder euphorisch dabei sind, dass es aber auch Durststrecken gibt, weil nicht immer alles so aufregend sein kann. Gibt es in solchen Projekten auch Phasen, in denen repetitiv gearbeitet werden muss, damit bestimmte Kulturtechniken eingeübt werden können?*

Stefan Wilken: Das ist von Projekt zu Projekt sehr unterschiedlich. Es gibt Projekte, die sehr frei sind und in denen die Schüler_innen größtenteils kreativ, also gestalterisch arbeiten und bei denen der Schwerpunkt nicht darauf liegt, ständig Er-

gebnissicherung zu machen, also schriftlich Abzuheftendes zu produzieren, um es dann abzufragen. Es gibt aber andere Projekte, bei denen das mehr in den Vordergrund rückt.

Ich persönlich versuche immer, parallel ein Skript in der Hinterhand zu haben. Das heißt, zu einem bestimmten Thema suche ich Inhalte zusammen, zu denen ich sage: Okay, das ist etwas, woran sich jetzt Kinder, die nicht so den Einstieg finden und/oder die überhaupt Strukturen und Vernetzungen nicht so auf die Reihe kriegen, festhalten können, also eine Art Halt, einen Leitfaden. Damit bin ich gut gefahren. Das machen andere anders, die haben vielleicht mehr Kompetenzen, so dass das gar nicht passiert, dass Kinder dann irgendwann sagen: „Ich verstehe das alles gar nicht.“ Ich verweise dann auf das Skript. „Okay, arbeite doch erst mal ein paar Seiten durch und dann gucken wir einfach mal weiter.“ Damit habe ich gute Erfahrungen gemacht. Die Kinder kriegen auf diese Weise bestenfalls die Kompetenz, die Probleme eigenständig zu lösen.

hlz: *Inwieweit korrespondiert denn diese Eigenaktivität mit anderem Kompetenzerwerb, bspw. dem Lesen?*

Stefan Wilken: Die Lernausgangslagenuntersuchung, gerade die letzte für die Relli, hat gezeigt, dass wir im Bereich Lesekompetenz über dem Durchschnitt der gymnasialen Ergebnisse liegen. Das hat ganz viele Menschen verwundert. Die haben dann eine extra Sitzung einberufen, wo Petra Stumpf

hlz: *...die Schulleiterin...*

Stefan Wilken: ... auch war und haben versucht zu analysieren, woran das liegen kann. Man ist dann zu dem Schluss gekommen, dass es wohl größtenteils an



Montägliche Morgenrunde: Drei Jahrgänge gemixt im munteren Plausch

unserer Projektarbeit liegt, weil Deutsch immer ein wesentlicher Bestandteil ist. Informationen kann man sich ja nur dadurch holen, dass man jemandem zuhört, dass man etwas fragt oder man muss Dinge lesen, entweder Dinge, die auf einem Papier stehen oder man forscht im Internet oder man guckt in eine online-Bibliothek oder in ein Lexikon oder in irgendwelche Sachbücher. Das ist ein zentrales Element. Die, die Leseschwierigkeiten haben, merken es natürlich, weil sie nicht ausreichend vorankommen. Die müssen dann noch anders gefördert werden, aber die allermeisten merken gar nicht, dass sie eigentlich ständig suchen, filtern und lesen müssen – häufig eben auch am Computer – und dabei lernen.

hlz: *Das setzt voraus, dass es einen entsprechenden Zugang zu den Computern gibt.*

Stefan Wilken: Ja, den gibt es und dies ist Teil des Konzeptes, dass es nicht wie an vielen anderen Schulen ein oder zwei Computerräume gibt, die du eine gewisse Zeit in der Woche zur Verfügung hast, in die du mit der ganzen Klasse reingehst und dann 45 oder 90 Minuten drin bist, sondern jeder Lerngruppenraum ist mit mindestens vier, eher fünf oder sechs Computern ausgestattet, die im Alltag völlig selbstverständlich eingesetzt werden. Am Ende von Klasse 6, behaupte ich, ist es wirklich bei fast allen Kindern so, dass der Computer hier in der Schule ein alltägliches Arbeitsgerät ist.

hlz: *Das hört sich ja alles toll an. Es scheint aber mit einem großen Arbeitsaufwand verbunden zu sein. Als Gewerkschaftszeitung interessiert uns natürlich auch das. Du hast beide Systeme jetzt kennengelernt. Bei welchem ist die Arbeitsbelastung höher?*

Stefan Wilken: Im Grun-



Erläuterung der Arbeitsaufträge - auch der Lehrervortrag gehört dazu

de genommen arbeite ich noch mehr als vorher. Dabei wollte ich eigentlich aus dem alten System raus in der Hoffnung, dass ich weniger zu tun habe. Aber der Zufriedenheitsfaktor bei dem, was ich jetzt tue, ist um ein Mehrfaches höher als vorher. Jedes Kind ist in der Lage, im relativen Bezug zu seinem eigenen Vermögen etwas aufzunehmen. Das heißt eben nicht, dass Melanie genauso viel gelernt hat wie Hans. Aber Melanie hat im Vergleich, wenn sie im anderen Schulsystem wäre – das behaupte ich jetzt mal aus meiner Erfahrung – mehr mitbekommen. Im Laufe der Jahre, denke ich, addiert sich das und führt ganz einfach zu mehr Zufriedenheit. Denn wenn sie merkt, dass sie ganz gut mitkommt, dann ist sie motivierter beim nächsten Thema.

Aber noch einmal zur Belastung: Mal abgesehen von der Lehrerarbeitszeitverordnung, die uns ja sowieso für die einzelnen Sachen, die wir leisten, nicht unbedingt angemessen entlohnt, packen wir alle noch drauf. Und das ist hier völlig klar, das ist auch Konsens. Im Grunde genommen wissen das auch Leute, die sich an dieser Schule bewerben. Das wird denen vielleicht nicht so direkt gesagt, aber hier kommen kaum Leute, die ins Telefonbuch geguckt haben

und sagen: „Ach, da bewerbe ich mich mal.“ Es funktioniert durch Mundpropaganda oder es kennt jemand eine(n), die/der jemanden kennt. Die Bewerber_innen wissen also bereits, wie das hier läuft und sie wissen: Wenn man das Konzept gut findet, merkt man ganz schnell, was es mit einem macht. Man ist eben auch belastbarer, wenn das, was man macht, einen zufriedenstellt. Jeder zieht dann für sich die Grenze. Der eine etwas früher, der andere etwas später. Es passiert, dass man seine eigene Gesundheit oder sein eigenes Privatleben darüber ein bisschen vergisst. Dann geht es einem manchmal schlecht. Damit muss man lernen umzugehen. Auch das können einige besser, andere schlechter. Ich behaupte aber: Wenn man hier jeden einzelnen Kollegen oder jede Kollegin fragt, kommt unterm Strich bei allen raus: Ich arbeite hier gerne, weil ich merke, dass die Kinder im Vergleich zu den Erfahrungen, die ich vorher gemacht habe, viel zufriedener sind, viel mehr lachen, viel bereiter sind, sich auf Dinge einzulassen, einfach freier sind.

hlz: *Was will man mehr! Ich danke für das Gespräch.*

LAMPEDUSA IN HAMBURG



Offener Brief der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ an den Senat der Stadt Hamburg

*Sehr geehrter Herr Scholz
sehr geehrter Herr Neumann,*

Nicht wir, die Menschen der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“, verstecken unsere Identität, sondern die europäischen Regierungen verstecken sich vor der Verantwortung, sich der Realität zu stellen.

Am 1. Mai 2013 sind wir, die libyschen Kriegsflüchtlinge, in Hamburg in die Öffentlichkeit getreten und haben die Zusammenhänge, warum wir in Hamburg sind, sichtbar gemacht. Wir haben auch deutlich gemacht, warum für die Umsetzung unseres durch Italien anerkannten Flüchtlingsstatus die gesamte Europäische Union und eben auch Hamburg verantwortlich ist.

Wir haben um Gespräche mit Ihnen, der Hamburger Regierung, zur Findung einer politischen Lösung für unsere traumatische und rechtlose Lage gebeten. Sie haben nicht das Gespräch mit uns gesucht, sondern sich hinter einem Gesetz versteckt, welches für uns eine Bedrohung unserer Leben ist. Sie haben, unsere Lebensrealität ignorierend, die Rückführung nach Italien als einzige (gesetzliche) Möglichkeit dargestellt und ignorieren dabei die gefährliche Situation, in der sich Flüchtlinge dort wiederfinden.

Gespräche mit uns haben nicht stattgefunden. Deshalb sind wir am 22. Mai ins Rathaus mar-

schiert, um das Gespräch zu fordern ohne dies zu erreichen. Dafür nahmen uns die Medien und die Öffentlichkeit stärker wahr. Viele Menschen haben uns kennengelernt. Wir stehen seit fast sechs Monaten in der Hamburger Öffentlichkeit, wir sind jeden Tag an unserem Protest- und Informationszelt am Steindamm, wir sprechen mit den Bürgern und Bürgerinnen der Stadt und ebenso mit den vielen Touristen in Hamburg. Menschenrechtsvertreter, Priester und Imame, Lehrerinnen und Schüler und auch EU-Parlamentarier und Bundestagsabgeordnete haben uns besucht. Wir stehen mit unseren Namen und unseren Geschichten in den Medien. Wir treten mit offenem Gesicht für unsere Rechte ein und wir melden Versammlungen an.

Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, unsere Papiere den Behörden auszuhändigen, so dass Recht geltend gemacht werden kann. Angesichts der Ablehnung jeglicher Annäherung und Offenheit für unsere existenzielle Not befürchten wir jedoch, dass Sie lediglich unsere unmenschliche Abschiebung vorbereiten wollen. In unserer verzweifelten Lage müssen wir wissen, was passieren wird, wenn wir unser Leben den Behörden anvertrauen. Wir wissen nicht, was Sie vorhaben und haben Angst davor, dass die europäische Politik unser Leben ein weiteres Mal zerstört.

Wir erinnern uns an das einzige Gespräch mit einer Vertreterin der Sozialbehörde und einem

Vertreter des Flüchtlingszentrums, das in unserem Zelt stattgefunden hat, als aus der Bevölkerung, den Kirchen und den Moscheen bereits humanitäre Nothilfe geleistet wurde und wir zumindest im Trockenen schlafen konnten. Es wurde uns gesagt, dass es in Hamburg keine freien Unterkünfte gäbe, dass die Situation sehr schwierig sei, dass man sich aber bemühen würde. Wir sollten zunächst erst einmal eine Liste mit unseren Namen einreichen. Wenn etwas gefunden würde, könnten wir uns von den Wochen des Lebens auf den nassen und kalten Straßen etwas erholen, um uns auf die Rückreise nach Italien vorzubereiten. Hieran scheiterten die ersten Verhandlungen zwischen der Nordkirche und Ihnen.

Sie suchten kein weiteres Gespräch mit uns. In der Öffentlichkeit sagten Sie, es gäbe für Hamburg keinen Handlungsspielraum.

Wir haben zusammen mit unseren Rechtsanwältinnen in einer Pressekonferenz dargelegt, dass Hamburg sehr wohl rechtliche Möglichkeiten hat. Geradezu beispielhaft für unsere gemeinsame Flucht- und Lebensgeschichte beginnend mit der Eskalation des Krieges in Libyen im März 2011, steht der Paragraph 23 des Aufenthaltsgesetzes. Dieser Paragraph wurde geschaffen, um aufwendige und langandauernde Einzelverfahren für eine größere Anzahl Personen, die alle gleichen Kriterien entsprechen, zu vermeiden. Die Anwendungsmöglichkeit liegt im Ermessen der jeweiligen Landesregierung im Einvernehmen mit dem Bundesinnenminister.

Mit Verweis auf die sichere Ablehnung durch

das Bundesinnenministerium lehnten Sie diese Möglichkeit ab. Dieses wies jedoch mehrfach auf Hamburgs Souveränität in der Sache hin – zunächst in Antwort auf eine Anfrage im Bundestag, dann in den Antwortschreiben an Zeichner der Petition und zuletzt durch den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung.

Da Sie den Vorschlag der Anwendung des Paragraphen 23 nicht aufgreifen wollten, versuchte die Nordkirche erneute Gespräche in Richtung einer Lösung. Ergebnis war, dass unsere Rechtsanwältinnen zusammen mit "Fluchtpunkt" auf Ihren Vorschlag hin anonymisierte Musteranträge einreichten. Wir entschieden zusätzlich, einen Antrag namentlich durch eine Person aus unserem Kreis zu stellen. Alle Anträge stehen stellvertretend für alle von uns. Ihre Behörde lehnte alle Anträge ab. Die in den Anträgen inhaltlich vorgetragene Gründe wurden mit Ausführungen über die Gesetzeslage beantwortet. Der zweite Vermittlungsversuch der Nordkirche war gescheitert.

Wir haben weiter im Licht der Öffentlichkeit gestanden und die Unterstützung und das Verständnis für uns sind stetig gewachsen. Diskussionen und Gespräche drehten sich darum, wie eine politische Lösung erreicht werden kann.

In diesem Moment – und noch während des frischen Schmerzes über die jüngsten Toten vor Lampedusa – setzen Sie eine Polizeioperation gegen uns, die Überlebenden des Kriegs und der Flucht nach Lampedusa, in Gang, die die Welt schockiert.

In dieser Polizeioperationen sind zahlreiche Rechtswidrigkeiten und Rechtsbeugungen vor-



Foto: Stefan Gierlich

Betroffene auf der Demonstration am 2. November in der Hamburger Innenstadt, bei der 10 000 Bürger_innen – darunter zahlreiche GEW-Kolleg_innen - ihre Solidarität mit den Flüchtlingen zum Ausdruck brachten



„Wir treten mit offenem Gesicht für unsere Rechte ein.“

gekommen. In der emotional aufgewühlten Öffentlichkeit versuchen Sie diese Maßnahmen zu rechtfertigen, in dem Sie uns und unsere Situation sowie unseren Status falsch darstellen. Deshalb die Klarstellung:

1. Wir sind Inhaber gültiger Ausweisdokumente – was auch die gesamte Polizeioperation rechtlich in Frage stellt.
2. Wir verdecken nicht unsere Identität, wir sind eine der präsentesten und öffentlichsten Gruppen von Menschen in dieser Stadt.
3. Wir stellen keine Asylanträge, weil wir das Prozedere bereits in Italien durchlaufen haben. Weshalb ein erneutes Verfahren nicht nur unnötig ist, es macht auch rechtlich keinen Sinn. Unser Erscheinen in der Stadt hat einen Grund,

den wir nicht verursacht oder verschuldet haben. Warum viele Menschen in Hamburg sich an unsere Seite gestellt haben, hat auch einen Grund. Diesen haben wir mit verursacht. Wir haben immer erklärt, woher wir gekommen sind, warum wir gekommen sind, dass wir bleiben und warum wir bleiben. In diesem Kampf sind wir mit böartigen Beschuldigungen und schwerer Repression konfrontieren, doch wir glauben, dass unser Kampf gerecht ist.

Ein Problem, welches so komplex und sensibel ist wie das unsere, kann nicht mit dem Vorschlaghammer gelöst werden. Konstruktive Gespräche zwischen uns, den Betroffenen und Ihnen, den verantwortlichen Repräsentanten dieser Stadt, wären ein Ausweg aus der Spirale der Eskalation, die derzeit die Stadt Hamburg ergriffen hat. Wir, die Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ haben immer unsere Gesprächsbereitschaft signalisiert und erneuern unser Gesprächsangebot in aller Deutlichkeit ein weiteres Mal. Unsere Telefonnummern und die Telefonnummern unserer Anwälte sind Ihnen bekannt.

Mit freundlichen Grüßen

AFFO TCHASSEI, ASUQUO UDO,
ANANE KOFI MARK, FRIDAY EMITOLA,
als Sprecher der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“

KINDERLADEN

Grenzenlos willkommen

Zum 20. Jubiläum des Kinderladen Maimouna gibt es einen pädagogischen Fachaustausch zwischen Hamburg und Ouagadougou (Burkina Faso)

Der Kinderladen Maimouna in Hamburg-Altona hat Grund zu feiern: Das Team blickt in diesem Herbst auf 20 bewegte Jahre zurück.

Für ihre interkulturelle Bildungsqualität ist die Kita zerti-

fiziert (SOAL QE©), mehrmals wurde sie für ihre vorbildliche Bildung zu nachhaltiger Entwicklung als Kita 21 ausgezeichnet. Der mehrsprachige Alltag und die Offenheit für kulturelle Vielfalt sind Ausdruck

des inklusiven Leitbildes. Team und betreute Kinder sind zwei- und mehrsprachig. Von Anfang an waren Kinder ohne Papiere willkommen und seit 2013 hat die Kita ein Inklusionskonzept entwickelt, das Kinder mit Behinderung im Regelbetrieb der Kita partizipieren lässt.

Der erste Kontakt nach Burkina Faso wurde 2003 durch einen Vater initiiert. Bei einer Inforeise der GEW 2004 auf Einladung der Lehrgewerkschaft SYNTER in Ouagadougou ergaben sich Begegnungen mit verschiedenen Bildungseinrichtungen. Als das Centre d'Accueil de Jour Ma Basyiiré, eine Krippeneinrichtung in Ouagadougou, öff-

net wurde, trat der Trägerverein an das Maimouna-Team heran, weil es in Burkina Faso keine Ausbildungsmöglichkeit für Krippenerzieher_innen gibt. Seit 2008 trägt ein Fachaustausch zu frühkindlicher Bildung durch gegenseitige Hospitationen zum Blick über den Tellerrand bei. Von der Zusammenarbeit im Kita-Alltag profitieren beide Seiten. Der Austausch geht über fachliche Diskussionen weit hinaus. Arbeits- und Lebensbedingungen, Betreuungssituation, Doppelbelastung als Frau und pädagogisches Selbstverständnis sind Themen, über die die beteiligten Erzieherinnen ins Gespräch kommen und sich und ihre Arbeit reflektieren.

In diesem Jahr wurde der Fachaustausch evaluiert und vor allem die Frage der Gleichberechtigung innerhalb der Partnerschaft reflektiert. „Ich war anfangs sehr skeptisch, ob eine Süd-Nord-Partnerschaft auf Augenhöhe überhaupt möglich ist“, berichtet Elke Straub, Mitglied im Leitungsteam. „Wir haben uns mit unseren Überlegenheitsgefühlen auseinandergesetzt und viel gelernt. Jetzt haben wir eine Sensibilität für Paternalismus entwickelt, mit der der Austausch eine gute Basis hat.“

Zum Jubiläum der Kita war Hermann Yelkouny eingeladen, Vorstandsmitglied beim Träger der Partnerkita und Initiator des Fachaustauschs. Herr Yelkouny berichtete über die Bildungssituation in Burkina Faso, die er aus den Perspektiven eines Lehrers, Gewerkschafters und Schulgründers sowohl im ländlichen Raum als auch in der Stadt genau beobachtet. „Es kommt nicht nur darauf an, möglichst viele Schulen zu bauen, sondern auch auf Bildungsqualität zu achten.“, mahnte er. „Die Reproduktion von vorgefertigtem Wissen motiviert und befähigt Kinder nicht, kreativ und visionär nach Lösungen zu suchen, um die Zukunft Afrikas selbstbestimmt zu



Elke Straub, Claus Reichelt, Hermann Yelkouny
Interkulturelles Miteinander bei Groß...

gestalten.“ Hermann Yelkouny hat deshalb am Stadtrand von Ouagadougou das Schulprojekt Le Bourgeon („die Knospe“) gegründet, eine weiterführende Schule, in der auf Bildungsqualität gesetzt wird.

Zusammen mit Claus Reichelt vom Alternativen Wohlfahrtsverband SOAL, der zu Bildungschancen in Hamburg sprach, gelang eine angeregte Diskussion über Bildungsmissstände hier und dort, besonders bei der Frage nach der Achtung von Kinderrechten. Sobald von

den Bildungschancen eines Kindes gesprochen werden muss, hat es eigentlich schon keine mehr, so das Fazit des Abends. In Deutschland entscheidet nach wie vor der soziokulturelle Hintergrund eines Kindes über seine Bildungskarriere. Ein Grund mehr, die Arbeit im Kinderladen Maimouna fortzusetzen.

Mehr Infos unter www.maimounakila.de

ELKE STRAUB,
CLAUS REICHELT,
HERMANN YELKOUNY



...und Klein

Social, liberadora e inovadora

Pädagogischer Kongress der GEW-Partnerorganisation ANDEN

Mit der Devise „Am Anfang steht immer gute Bildung!“ eröffnete unsere Partnerorganisation ANDEN in der Provinz León im Frühsommer die Campagne zu ihrem diesjährigen Pädagogischen Kongress.

„Angesichts breiter gesellschaftlicher Veränderungen und wachsender Bedeutung der Bildung in Nicaragua“ - so schreibt Bernarda López, Koordinatorin der Schulpartnerschaften Hamburg-León und ANDEN-Vorsitzende im Bezirk – „sieht sich die Lehrgewerkschaft in der Pflicht, an der Neuformulierung gesellschaftlicher, moralischer und humanitärer Werte mitzuwirken“.

Gut basisdemokratisch wur-

den die Wünsche und Vorschläge in den Lehrerkonferenzen entwickelt und diskutiert, dann auf der Ebene der Gemeinden zusammengetragen und schließlich dem Pädagogischen Kongress vorgelegt.

Wie immer fand er am 7. Juli statt. In diesem Jahr fiel der 7. auf einen Sonntag.

Erleichterung und Stolz sind aus Bernardas Worten herauszuhören: 423 Lehrer_innen reisten aus allen Ecken der Provinz nach León – beeindruckend, wenn man weiß, wie mühselig die Wege und wie knapp die Einkommen sind.

Und auch die lokalen Honorationen waren der Einladung gefolgt: der Rektor der Universität,

der Repräsentant des Bildungsministeriums und der nationale ANDEN-Vorstand.

In Fortentwicklung der Ergebnisse der 3 vorangegangenen Kongresse wurde das diesjährige Motto kreiert: „Por una pedagogía social, liberadora e inovadora“ – für eine Pädagogik, die sich sozial, freiheitlich und innovativ versteht:

- sozial, weil die Lehrer_innen auf die Bedürfnisse und Erwartungen der Gesellschaft reagieren,
- freiheitlich, weil ein Mehr an Bildung auch ein Mehr an Freiheit nach sich zieht und
- innovativ, weil sie den Unterrichtenden Wege zur eigenen Kreativität eröffnet.



Con mucho entusiasmo! Trotz mühseliger Wege und knapper Einkommen reisten viele Lehrer_innen zum Kongress

Mit solchen Zielvorgaben setzt sich ANDEN ausdrücklich von dem Geist der neoliberalen Schulpolitik früherer Regierungen ab, als „alles nach quantitativen Kriterien bemessen und nicht auf die Qualität von Arbeit und Bildung gesehen wurde“ (Bernarda López).

Ohne die Unterstützung der GEW Hamburg hätte dieser Kongress jedoch nicht stattfinden können. Lt. Abrechnung finanzierte sie:

- 500 Kolleghefte à 25 Córdobas = 510 Dollar
- 500 Kugelschreiber à 10 Córdobas = 204 Dollar
- 300 Mittagessen à 95 Córdobas = 1.163 Dollar.

„Ich möchte“, so schreibt Bernarda, „meinen tiefen Dank zum Ausdruck bringen für die solidarische Hilfe, die ihr all’ die Jahre für Fortbildung und nun für diese Pädagogischen Kongresse leistet. Ohne euch wäre auch nur der Gedanke an solche Projekte unmöglich. Das mag wie eine Höflichkeitsfloskel klingen; doch vermag ich in Worten nicht auszudrücken, was diese eure Präsenz, eure brüderliche Haltung bei einem solchen Event für die Lehrerschaft der Provinz

Lust auf León?

Wir suchen Spanisch-Lehrerinnen und -Lehrer, die mit uns Anfang August 2014 für etwa 20 Tage auf eine Reise nach Nicaragua gehen!

Keine Bildungsreise – keine Vergnügungsreise! Wir besuchen Freunde!

Wir bieten Spannendes in Ton und Bild: Die Wirklichkeit in einem lateinamerikanischen Entwicklungsland. Gespräche mit nicaraguanischen Kolleg_innen. Besuche in den Hamburger Partnerschulen. Armut und Lebensfreude – was passt? Was bedrückt? Wir feiern zusammen.

Einblicke in Nicaraguas Bildungswesen vom Kindergarten bis zur secundaria. Die Rolle der Gewerkschaften im politischen Kontext. Ausflüge auf einen Vulkan, Schwimmen im Pazifik oder im Karibischen Meer, Wanderungen durch den Urwald. – Ist das schon alles?

Interessenten melden sich bitte bei Horst Stöterau, Tel. 040-464491, john.stoeterau@gmail.com.

León bedeutet.

Im Sommer 2014 wird es anlässlich von 25 Jahren Städtepartnerschaft Hamburg – León und 30 Jahren Schulpartnerschaften voraussichtlich wieder eine Informationsreise nach Nicaragua geben – vorrangig für Spanischlerer_innen (s. Kasten).

Bei dieser Gelegenheit werden wir dann wohl auch das Endspiel

des für das nächste Jahr geplanten und aus Hamburg finanzierten Mädchenfußballturniers beklatschen können.

„Diesem Projekt sehen Schüler_innen und Lehrer_innen „con mucho entusiasmo“ entgegen, ließ Bernarda uns wissen.

BARBARA BRIX
Nicaragua-Komitee

LEHRER_INNENSTREIK IN GRIECHENLAND —

Gegen Spardiktate und Nationalismus

Auszug aus dem Tagebuch einer gewerkschaftlichen Soli-Reise

Am Dienstag, den 24. September gingen wir Gewerkschafter_innen mit der Grundschullehrerin Vassia zur Demonstration der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes. Diese hatten für heute zu einem allgemeinen Streik aufgerufen, um insbesondere den Streik der Lehrer_innen

zu unterstützen, der diese Woche für Dienstag und Mittwoch ausgerufen wurde. Übrigens: Gestreikt wird ohne jegliches Streikgeld der Gewerkschaft. Die Oberstufenlehrer_innen hatten schon die ganze letzte Woche gestreikt. Hintergrund sind die Abbaumaßnahmen im Bildungssek-

tor: Massive Gehaltskürzungen, Entlassungen aller Hausmeister, Schulzusammenlegungen, höhere Klassenfrequenzen, längere Arbeitszeiten, massiver Stellenabbau, Versetzung frei werdender Sekundarschullehrer_innen an die Grundschule usw. Im Öffentlichen Dienst insgesamt gibt es vergleichbare Maßnahmen, insbesondere die Versetzung Tausender Kolleg_innen in die sogenannte Reserve, in der sie für acht Monate 75% des Gehalts bekommen und danach entlassen werden, wenn sie keine neue Stelle gefunden haben.

Wir hatten unsere zwei Transparente dabei (auf Deutsch und auf Griechisch) sowie Flugblät-

ter mit unserer Reiseerklärung auf Griechisch und trafen auf reges Interesse. Offensichtlich waren wir etwas Besonderes, denn während der Auftaktveranstaltung und auf der Demo wurden wir häufiger von Radio-, Fernseh- und Nachrichtenagentur-Teams interviewt. Warum sind wir hier? Was wollen wir? usw.

Überraschende Trennung

Noch während der allgemeinen Sammlung auf einmal Polizeiautos mit Blaulicht und dahinter ein Demonstrationszug. Wer ist das denn?, frage ich völlig irritiert. Es ist die PAME, die Gewerkschaftsorganisation der Kommunistischen Partei (KKE), die in einem geschlossenen Block, Fahnen schwenkend und Parolen rufend, mitten durch die sich sammelnden Kolleg_innen marschiert. Weder sprechen die PAME-Marschierer_innen die anderen an noch umgekehrt. Letzte Woche noch waren mehrere KKE-Mitglieder von Mitgliedern der Goldenen Morgenröte krankenhaushausreif geschlagen worden, einen Tag später war ein Mitglied einer anderen linken Gruppe ermordet worden und nun diese geradezu provokative Demonstration der Trennung. Wir sehen uns wieder im KZ! Ein unglaublich gespensti-

scher Vorgang, bei dem mir halb schlecht wird. Die griechischen Kolleg_innen kümmern sich nicht weiter darum, sie kennen das. Der PAME-Zug mit etwa 1000 Teilnehmer_innen marschiert Richtung Syntagma, um eine eigene Kundgebung abzuhalten.

Die Auftaktkundgebung beginnt dann mit mehreren Reden, denen aber nur wenige zuhören und die auch kaum Beifall bekommen. Es scheint nichts Neues oder Spannendes dabei zu sein.

Zum Schluss gehe ich auf die Tribüne und überbringe –unautorisiert!– die Grüße der GEW. Ich weise darauf hin, dass gerade in Berlin ein Lehrer_innenstreik stattfindet für gleiche Bezahlung und dass in Deutschland die Lehrer_innen seit Jahren mit Sparmaßnahmen im Bildungsbereich konfrontiert sind, so dass es eine gewisse Parallele gibt. Dann erzähle ich noch, dass wir am Sonntag an dem Ort waren, wo der Sänger Pavlos Fissas von einem Mitglied der faschistischen „Goldenen Morgenröte“ ermordet wurde und dass in Berlin vor einiger Zeit auch ein junger Mann von Neonazis ermordet worden war. Ich erwähne den NSU-Prozess, in dem es um eine Neonazi-Mördergruppe geht, die

vom deutschen Geheimdienst geschützt und finanziert wurde. Danai übersetzt offensichtlich so gut, dass ich am Schluss einigen Beifall bekomme.

Dann ging die Demo los über den Syntagma-Platz zum Infrastrukturministerium, das für die Entlassungen zuständig ist. Dort hat die Polizei eine riesige Sperre aufgebaut, um den Staat zu schützen. Insgesamt ist das Polizeiaufgebot, das nur gegen Ende sichtbar wird, aber relativ gering. Eine Abschlusskundgebung gibt es anscheinend nicht, irgendwann löst sich alles auf.

Die Demo wirkt recht groß, die Schätzungen der Veranstalter schwanken zwischen 10 und 15tausend, ich würde eher 5-7tausend sagen, aber egal. Von der Größe her war die Demo ordentlich, obwohl mir die Stimmung nicht so vorkam, dass die ausgegebene Parole „Sturz der Regierung!“ besonders bekräftigt wurde. Eher eine etwas fröhlichere Latschdemo.

War der Lehrer_innenstreik ein Erfolg?

Drei Tage später treffen wir uns mit Vassia und Nikos, dem Lehrerehepaar, das auch schon im April in Hamburg im Gewerkschaftshaus dabei gewesen war.

Auf die Frage, wie ihr Kampf gelaufen sei, meinte Nikos, es wäre anders als erwartet gelaufen. Sie hatten erwartet, dass sie mit ihrem Streik sozusagen den Auftakt bilden würden und dass der Öffentliche Dienst insgesamt nachziehen und ihnen damit die Kraft geben würde, länger durchzuhalten. Es habe auch tatsächlich einige Bereiche des ÖDs gegeben, die gestreikt und sie unterstützt hätten.

Der entscheidende Moment war aber der Streik der Grundschullehrer_innen. (Diese sind in einer eigenen Gewerkschaft organisiert.) Obwohl die linken Kräfte alles versucht hätten, war die Gewerkschaftsführung dage-

Unsere Gruppe bestand wie letztes Jahr aus Gewerkschafter_innen aus verschiedenen deutschen Städten und der Schweiz. Wir wollen Solidarität von unten üben mit griechischen Kolleg_innen im Widerstand gegen die Austeritätspolitik der Troika. Wir gehen davon aus, dass Griechenland ein Labor ist, in dem getestet wird, wie man die Lasten der Wirtschaftskrise auf die breite Bevölkerung abwälzen kann. Wir organisierten und finanzierten die Reise selbst, waren weder Delegierte von bestimmten Gewerkschaften noch im Auftrag einer Partei unterwegs. Wir trafen uns mit griechischen Kolleg_innen aus verschiedenen Branchen, besuchten Solidaritätszentren, z.B. für Gesundheit oder Obdachlose, überbrachten Spenden, die auf unser Solikonto (siehe unten) eingegangen waren. Unser Reisetagebuch ist zu lesen unter: <http://www.labournet.de/interventionen/wipogegenwehr/eu/wir-sind-alle-griechen/solidaritaetsreise/gegenspardiktate-staatliche-repression-und-nationalismus-solidaritaetsreise-nach-griechenland-21-bis-28-september-2013>.



Europa direkt: Deutsches Soli-Transparent im Athener Demo-Gewühl

gen. Die Leute der Regierungsparteien PASOK und ND, aber auch die der PAME waren dagegen. Da diese entscheidende Unterstützung ausblieb, wurde der Streik schwächer, obwohl anfänglich die Beteiligung bei 90% lag, was sehr hoch ist angesichts einer durchschnittlichen Streikbeteiligung von 7%. (Tatsächlich hatte sich die Gewerkschaft der Grundschullehrer_innen nur dazu durchringen können, zwei Tage lang, am Dienstag und Mittwoch dieser Woche, zu streiken.)

Sie seien, so Nikos, sowieso in einer Phase, in der alle Branchengewerkschaften verstanden hätten, dass sie nichts mehr alleine erreichen könnten. Da nun aber weder die Grundschullehrer_innen noch der Öffentliche Dienst generell (der auch nur für zwei Tage in dieser Woche aufgerufen hatte) sich dem unbefristeten Streik anschlossen, war es auch nicht möglich, die

Politik gegen das Schulsystem und den ÖD zu Fall zu bringen. Obwohl sich viele Leute radikalisiert hätten, habe es an der Gewerkschaftsführung gelegen, dass diese Radikalisierung nicht ausgenutzt wurde. Die positive Stimmung zeigte sich bei der Demo am 17.9., bei der ca. 30 000 dabei waren, gewohnt ist man 3-4000 Demonstrant_innen.

Die Leute sind jetzt zwar enttäuscht, aber eine Niederlage war es nicht. Im Oktober gibt es neue Versammlungen und es ist ja klar, dass die Troika neue Verschlechterungen aufdrücken wird. Der Kampf geht weiter. Wichtig ist zu sehen, dass es nicht nur um das Recht auf Bildung geht, sondern insgesamt um das Recht auf öffentliche Güter allgemein. Dieser Kampf geht über die Lehrer_innen hinaus und betrifft sehr viele Menschen. Die Frage ist, wie diese Betroffenheit in Aktionen umgesetzt werden kann.

Nachbemerkung: Was eine „Depression“ ist, kannte ich bisher nur aus Geschichtsbüchern: „Die große Depression der 30er Jahre“ z.B. Jetzt habe ich in Griechenland die Depression gespürt, in der sich das Land befindet. Die Wirtschaftskrise hat voll zugeschlagen und die große Mehrheit der Bevölkerung befindet sich im Würgegriff der Troika. Widerstand unter diesen Bedingungen ist unglaublich schwer, besonders dann, wenn er alleine und isoliert bleibt. Wir müssen uns alle im Klaren darüber sein, dass Griechenland viel mit uns zu tun hat. Einmal ist die deutsche Regierung die treibende Kraft der Troika, zum anderen werden die „griechischen Rezepte“ auch auf uns angewandt werden.

MANFRED KLINGELE

Solikonto: Manfred Klingele-Pape, Kto Nr.:1211478910, HaSpa (BLZ 20050550) Stichwort: Griechenland-Soli

„Gegen Verbastardisierung und Vernegerung unseres Daseins“ (Heinrich Haselmayer, Teil 2)

Heinrich Haselmayer, Nationalsozialist der ersten Stunde, SA-Mitglied, SS-Mann, erster AStA-Vorsitzender der NS-Studentengruppe an der Uni Hamburg, Autor einer dürftigen Dissertation über die Notwendigkeit der Sterilisation „Minderwertiger“, machte 1933 im Bildungswesen Karriere, sorgte stets für Tumulte, stürzte ab und geriet nach 1945 wieder in die Schlagzeilen. Im 2. Teil seiner Biographie werden sein Aufstieg im Bildungsbereich, seine politischen Verbindungen und sein Antisemitismus beleuchtet.



Heinrich Haselmayer

Leiter der Hamburger Volkshochschule

Wer 1933 mit 26 Jahren schon als alter Kämpfer der NSDAP angesehen werden kann, wer Parteigrößen wie Gauleiter Karl Kaufmann schon lange persönlich als Kampfkumpan kennt, der macht Karriere: Heinrich Haselmayer wird am 1.4.1933 Leiter der Volkshochschule in Hamburg und löst den SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Kurt Adams ab.

Der Aufstieg Haselmayers im Bildungswesen erfolgt 1933 parallel zur Emigration seiner Widersacher an der Universi-

tät Hamburg zwei Jahre zuvor. Während die international renommierten jüdischen Professoren William Stern, Ernst Cassirer und Ernst Panofsky aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 entlassen wurden, beginnt der noch 26-jährige Dr. Heinrich Haselmayer zur selben Zeit eine „Volksbildungsoffensive“.

Haselmayer ist zu dem Zeitpunkt der Hamburger Führer des „Kampfbundes für deutsche Kultur“, dessen Ziel es seit Gründung 1928 ist, eine umfassende nationalsozialistische Prägung des Kulturlebens zu entwickeln. Der Verein wird übrigens schon 1934 wieder aufgelöst und in die „Dienststelle Rosenberg“ ihres Gründers und Chefideologen Alfred Rosenberg integriert.

Man muss den Gründungsaufwurf des Kampfbundes von 1928 kennen, um den umfassenden Volksbildungsansatz von Heinrich Haselmayer nachvollziehen zu können. So heißt es in dem im Mai 1928 veröffentlichten Aufruf des Kampfbundes, der eine deutlich antisemitische und rassistische Stoßrichtung hat, man stehe vor einem „von volksfeindlichen Kräften geförderten

politischen Niedergang“, der einen „planmäßigen Kampf gegen sämtliche deutschen Kulturwerte“ beinhalten würde. Und: „Rassenfremdes Literatentum“ habe sich „mit den Abfällen der Großstädte“ verbündet. Es gelte nun, gegen „Verbastardisierung und Vernegerung unseres Daseins“ willensstarke und opferbereite deutsche Männer und Frauen an sich zu binden, um „artbewußte“ Zeitungen und Zeitschriften, bisher „unterdrückte“ Gelehrte und Künstler zu fördern, Ausstellungen zu veranstalten und auf Theaterspielpläne Einfluss zu nehmen.

Und so startet Haselmayer auch in seinem neuen Amt bei der VHS. Schnell umreißt er, wie er als „Gaubeauftragter der NSDAP für Volksbildungsfragen“ seinen Auftrag sieht. Aufgabe der VHS ist für ihn:

„1. Die nationalsozialistische Weltanschauung als die Lebenshaltung auf allen Gebieten in alle Volkskreise zu tragen.

2. Darauf aufbauend und darüber hinausgehend eine Bereicherung des Wissens und der Kenntnisse des einzelnen durch Vertiefung zu erstreben.

3. Als Höchstausdruck nationalsozialistischen Leistungsprin-

zips eine einsatzfähige Auslese zu schaffen.“

Und er schließt: „Erreichbar ist dies durch die einheitliche Herausschälung der ewig deutschen Charakterwerte auf den verschiedensten Gebieten. Erforderlich ist ein ausgerichteter Lehrkörper, im Glauben an die nationalsozialistische Idee fest.“

Haselmayer erhebt für sich den Anspruch, Führer für alle Schulungsleiter aller nationalsozialistischer Organisationen zu sein.

Die Reichstagung der deutschen Volkshochschulen findet am 16. und 17.9.1933 in Hamburg statt. Die Tagung wird eröffnet von Senator Karl Witt, dem Präses der Landesunterrichtsbehörde in Hamburg, einige Kultusminister sprechen nach ihm. Das zentrale Referat über Aufbau und Aufgaben der Volkshochschulen hält jedoch Heinrich Haselmayer. Und er zeichnet darin sein Lehrer- und Dozentenbild:

„Eine Betrachtung des Themas kann nur als Nationalsozialist geschehen. Es sind also grundsätzliche Fragen der Erziehung, die berührt werden, denn der Nationalsozialismus treibt keine Pädagogik, sondern bildet Führer. Der Lehrer soll deshalb nicht viel Wissen seinen Hörern geben, sondern die Anschauung vom nationalsozialistischen Standpunkt aus vermitteln. Die Voraussetzung für jeden Lehrer ist daher nationalsozialistische Gesinnung, die der Lehrer durch persönliches Erleben oder durch nationalsozialistische Schulung erhalten haben muß. Wird diese Voraussetzung nicht erfüllt, bleibt die Dozentschaft nur ein Sammelsurium und lehrt nach ihrem eigenen persönlichen Standpunkt. Der liberalistische Grundsatz ‚Wissen ist Macht‘ gilt nicht mehr, er ist ersetzt durch den nationalsozialistischen Grundsatz ‚Glauben ist Macht‘.“

Haselmayer stellt die VHS um, bildet 13 Abteilungen und

richtet regionale Zweigstellen ein. Die erste und wichtigste Abteilung („Rasse“) will er selbst leiten. Für andere Abteilungen sind von ihm offenbar aus der NSDAP vertraute Personen vorgesehen, die auch anderswo noch eine Rolle spielen werden, wie der spätere Leiter der Schulverwaltung, Ernst Schrewe und der Studienrat Rudolf Ibel.

Eng arbeitet Haselmayer auch mit dem Oberschulrat für das Höhere Schulwesen zusammen: Walter Behne, NSDAP-Mitglied seit 1931. Behne referierte auf der Eröffnungsfeier des Sommersemesters 1933 in der Hamburger Kunsthalle über „Fichtes Reden an die Deutsche Nation“. Regelmäßig sind die Repräsentanten des NS-Senats anwesend, Senator Karl Witt, Bürgermeister Carl Vincent Krogmann. Die Teilnehmerzahlen steigen und das Hamburger Tageblatt zitiert Haselmayer, der die VHS als „die umfassendste und größte Volkshochschule“ feiert.

Ein interessanter Nebenaspekt ist, wie die Gleichschaltung der Hamburger Presse funktionierte. Haselmayer schickt einen Text an die Staatliche Pressestelle: „Ich bitte Sie, vorliegenden Artikel in der gesamten Hamburger Presse am 25.3.1933 veröffentlichen zu wollen.“ Und genauso funktionierte es auch. Wortgleich, nahezu ohne Kürzungen.

Politische Verbindungen

Haselmayer verfügt 1933 über engste Verbindungen zum NSDAP-Apparat. Auskunft darüber gibt der Nachlass der Kaufmannsfamilie Krogmann im Hamburger Staatsarchiv. Carl Vincent Krogmann wurde 1933 Erster Bürgermeister in Hamburg; er trat gleichzeitig in die NSDAP ein und blieb bis 1945 im Amt. In all dieser Zeit führte er Tagebuch, welches aufbereitet und im Staatsarchiv einsehbar ist.

Bereits am 18.4.1933 wird Haselmayer bei Krogmann im

Hamburger Rathaus vorstellig. Sie sprechen über die Volkshochschule. Krogmann notiert: Haselmayer „stimmte mir voll zu, dass man alles versuchen müßte, um die Mittelmäßigkeit nicht kommen zu lassen, im Gegenteil, dass man versuchen müsse, das heutige Niveau, soweit irgend möglich, wieder zu heben. Bat ihn, nach solchen Persönlichkeiten Ausschau zu halten, die weltanschaulich auf dem gleichen Boden stehen, sich bisher aus Bescheidenheit zurück gehalten haben.“

Das Ergebnis ist gerade beschrieben. Haselmayer scharrt um sich nationalsozialistische Ideologen, das Niveau wird anders.

Im nächsten Gespräch am 11.5. verbreitert Haselmayer die Themen, redet vordringlich über Theater und Kunst, ganz im Sinne des Kampfbundes für deutsche Kultur. Haselmayer „regte an, das Thalia-Theater ganz fallen zu lassen. Man müsste in Hamburg 2 Sprechbühnen bestehen lassen“, vermerkt Krogmann.

Am 1.7.1933 und am 1.8.1933 sprechen Krogmann und Haselmayer über gezielte Veränderungen in den Vereinigungen von Künstlern, die ab sofort eindeutig von NSDAP-Mitgliedern majorisiert werden sollen. Im August gibt es drei Gespräche über eine von Haselmayer geplante Kulturwoche, auf der Bürgermeister Krogmann reden wird und Alfred Rosenberg am 10.9.1933 das Hauptreferat hält.

Seinen umfassenden Anspruch verdeutlicht Haselmayer im Rathaus am 14.9.1933, wo auch Senator Witt zugegen ist. „Es wird die Einrichtung des Vortragssamtes zunächst beschlossen. Gegen die Absicht von Dr. Haselmayer, das gesamte Vortragswesen zu verstaatlichen, wurde Einspruch eingelegt. Es sollen nur die politisch wichtigen Vorträge durch den Staat veranstaltet werden.“

Haselmayer erhebt den An-

spruch, die Leitung für alle Schulungen und das NS-Vortragswesen zu übernehmen.

Am 23.11.1933 verliert Haselmayer seine Führungsrolle im Kampfbund für deutsche Kultur, die auf Vorschlag Krogmanns nunmehr Senator von Allwörden übernehmen soll.

Der Stern Haselmayers sinkt im Rathaus. 1935 und 1936 gewährt Krogmann ihm selten Audienz. Das hängt damit zusammen, dass Krogmann engen Kontakt zu Dr. Wilhelm von Kleinschmit aufnimmt, einem adligen Wissenschaftler der Universität Marburg, der in Hamburg Regierungsdirektor einer

von ihm aufzubauenden Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst werden soll und gleichzeitig auch Leiter der Kunsthalle. Der intellektuelle, aus großbürgerlichen Kreisen stammende Freiherr von Kleinschmit, den Krogmann im Anstellungsschreiben mit „sehr geehrter Herr Baron“ anspricht und der sehr schnell zu einem engen Gesprächspartner Krogmanns wird, gerät damit ins Fadenkreuz der offenen und verdeckten Attacken Haselmayers.

Erst einmal zeigt Haselmayer seinem freiherrlichen Gegenspieler den schlichten, aber aufdringlichen Stolz als NSDAP-

Urgestein, als er am 23.6.1934 bei dem der Volkshochschule vorgeschetzten Regierungsdirektor die Genehmigung für eine „Kundgebung der Alten Garde“ in Berlin Beurlaubung beantragt, „da ich Mitglied der Alten Garde“ bin. Von Kleinschmit genehmigt. Und er nimmt zur Kenntnis, wenn der Leiter der Gauführerschule, Wilhelm Gundlach, mitteilt, dass „der Gauleiter Pg Kaufmann den Pg Dr. H. Haselmayer, Mitgliedsnummer 61234, zum Referenten für das Volksbildungswerk im Gau Hamburg ernannt“ hat. Hier werden Zähne gezeigt. „Als solcher gehört Pg Haselmayer zum Stabe des Gauschulungsamtes und steht im Range eines Gaubereichsleiters. Sein Referat umfasst alle Gebiete des Volksbildungswesens.“ So werden Duftmarken gesetzt.

Im Befähigungsbericht beschreibt von Kleinschmit am 27.3.1935 die Eigenwilligkeit Haselmayers folgendermaßen: „Herr Dr. Haselmayer ist außerordentlich energisch und besitzt große Zielstrebigkeit. Die Volkshochschule hat zahlenmäßig einen großen Zuwachs von Hörern aufzuweisen. Die Erfahrung in Verwaltungsarbeiten ist nur gering; ein größeres Verständnis für gesetzliche und behördliche Vorschriften wäre zu wünschen.“

Haselmayer ist als Redner ständig unterwegs. Parallel dazu bemüht er sich um Gehaltserhöhungen, besteht darauf, als „Direktor“ und nicht als „Leiter“ der VHS geführt zu werden. Das wird von Senator Ahrens nicht akzeptiert.

Gleichzeitig gerät das Privatleben von Haselmayer in Turbulenzen. Am 10.7.1933 zeigt er die Heirat mit Helenita Napp an. Schon 1935 befindet er sich jedoch im Scheidungsprozess, sein Gehalt wird gepfändet. Am 6.3.1936 heiratet er seine geschiedene Frau erneut.

Haselmayers Leben bleibt turbulent. So ist er als Redner und



Quelle: Staatsarchiv Hamburg

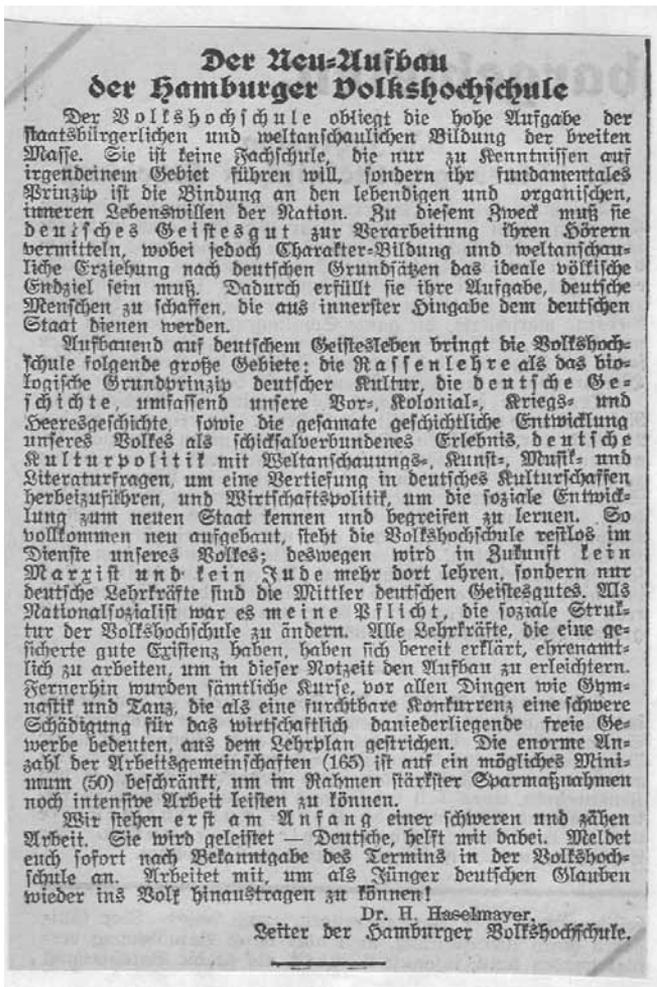
Feiernder unterwegs, wie im Oktober 1935 auf einer Tagung des Reichsschulungsamtes. Am 25./26.1.1936 feiert er „in Anwesenheit des Führers“ das 10-jährige Bestehen des NS-Studentenbundes in München.

Die Konflikte zwischen Haselmayer und von Kleinschmit kulminieren. Sie resultieren auch aus unterschiedlicher Sicht darauf, was korrekte Verwaltung ist.

In einem Schreiben an den Senator für Kulturangelegenheiten, Wilhelm von Allwörden, berichtet Behördenleiter von Kleinschmit über „mehrere Unverträglichkeiten mit Herrn Dr. Haselmayer“. So hatte Haselmayer am 17.5.1934 eigenmächtig und ohne Rücksprache mit der aufsichtführenden Behörde den Leiter der Volkshochschul-Zweigstelle in Cuxhaven, den Pastor Roth, abberufen und durch den NSDAP-Kreisschulungsleiter Wiehemeyer ersetzt.

Kleinschmit moniert zweitens, dass sich Haselmayer für von ihm selbst durchgeführte Sonderkurse über Nationalsozialismus eine Vergütung angewiesen habe. Der Rechnungsprüfer hätte daraufhin am 8. Juni 1934 problematisiert, dass damit von der Praxis abgewichen würde, dem Direktor der Volkshochschule für eigene Vorlesungen keine Honorare zu überweisen. Haselmayer hatte daraufhin seinen Beamten Steffen beauftragt, beim Rechnungshof telefonisch „zu interpellieren, wie er zu dieser Anfrage käme, offenbar säße im Rechnungshof, bzw. sei der Sachbearbeiter kein Nationalsozialist“. Und von Kleinschmit konstatiert: „Ein solcher Fall sei bisher im Rechnungshof nicht vorgekommen.“

Von Kleinschmit schließt, dass die „Einhaltung formeller Vorschriften bei Erledigung von Verwaltungsarbeiten eine Forderung sei, der sich sowohl die Behörde wie auch die Volkshochschule unterwerfen müssen.“ Und: „Hiervon kann sich



Hamburgischer Correspondent v. 273, 1933

die Behörde auch nicht abbringen lassen, wenn Herr Dr. Haselmayer und zwar im drohenden Sinne, mitteilt, er würde sich an die Gauleitung der NSDAP wenden.“

Offensichtlich hat sich Haselmayer bei Senator von Allwörden über von Kleinschmit und andere Behördenmitarbeiter beschwert. Von Allwörden antwortet am 14.9.1934 unmissverständlich, „dass ich es für ausserordentlich unzweckmässig halte derartige verwaltungsmässige Differenzen durch Schreibereien auf die Spitze zu treiben. Sie geben selbst an, dass Sie sehr temperamentvoll veranlagt sind und dass bei den Charakteran-

lagen sowohl des Herrn Ellenbrock wie auch der Ihrigen die rein verwaltungsmässigen Differenzen zu heftigen Explosionen führen können. Ich teile Ihnen hierzu mit, dass ich kein Freund von derartigen Explosionen bin, sondern dass ich vielmehr wünsche, dass derartige Differenzen in absolut kameradschaftlicher und loyaler Weise in Aussprachen bereinigt werden, damit kein unnötiger Papierkrieg entsteht.“

Von Allwörden teilt Haselmayer mit, dass von Kleinschmit einen Durchschlag seines Schreibens erhalte und dieser reagiert schon am nächsten Tag: „Ich muss es aber auf das entschied-

denste zurückweisen, dass Sie mir in Ihrem Schreiben zumuten, mich nach Ihren Wünschen zu richten. Es ist vollkommen ausgeschlossen, dass ich eine besondere Geschäftsordnung einführe, welche auf Ihr eigenes Temperament abgestimmt wäre.“ Und: „Die Art und Weise, wie Sie Ihre Ansichten im schriftlichen Verkehr zum Ausdruck bringen, hat, wie Sie wissen, schon mehrfach zu Kränkungen und Verletzungen geführt.“ Hier ist schon nach einem Jahr eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zerstört: Von Kleinschmit fordert Haselmayer auf, „weniger auf Ihr Temperament“ zu pochen und sich mehr „zu einer reibungslosen Arbeit“ zu bewegen.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Klar ist, dass ein Charakter wie Haselmayer dies nicht kampfflos hinnimmt.

Im Tagebuch von Bürgermeister Krogmann steht am 7.3.1935: „Senator von Allwörden wegen der Angriffe der NS-Kulturgemeinde Berlin, welcher Rosenberg vorsteht, gegen Dr. v. Kleinschmit. Wir beschlossen, gemeinsam in Berlin vorstellig zu werden.“

Trotz der inzwischen nahezu freundschaftlichen Beziehung der Familien Krogmann und

von Kleinschmit, die sich regelmäßig nicht nur bei kulturellen Gelegenheiten treffen, sondern auch wechselseitig miteinander frühstücken und mit Ehefrauen zum Essen einladen – die Auseinandersetzung mit den harten Ideologen in der NSDAP kann von Kleinschmit nicht gewinnen. Es werden Gerüchte kolportiert, von Kleinschmit hätte sich in akademischen Kreisen in Marburg 1932 gegen Adolf Hitler geäußert und seine Arbeit als Behördenleiter hätte ihm „die entschiedene Ablehnung alter Parteigenossen in Hamburg eingebracht“.

Von Allwörden geht dem nach und bekommt von der NSDAP-Gauleitung mitgeteilt, dass „derartige Meldungen nicht vorliegen“. Man ahnt, wer ein solcher „alter Parteigenosse“ sein könnte. Der Rektor der Philipps-Universität in Marburg, Prof. Bauer, teilt am 5.12.1935 mit, dass 1932 seitens „der akademischen Kreise keine Kundgebung gegen Adolf Hitler erfolgt ist“. Allerdings habe „Dr. Kleinschmit von Lengefeld wie fast alle Dozenten bei dem Aufruf der Universität Marburg für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg mit unterschrieben. Dieser Aufruf enthält keine positiven

Angriffe gegen die Person oder die Bewegung Adolf Hitlers.“

Letzten Endes nützt alles nichts. Auch wenn Haselmayer selbst lange weg ist, endet die Beschäftigung von Kleinschmits in Hamburg 1938.

Haselmayers Karrierestopp

Vorher passiert nun etwas, was die Karriere Haselmayers jäh stoppt. Es beginnt mit einem Antrag Haselmayers, der mitteilt, „auf Veranlassung der Auslandsorganisation der NSDAP“ am 1.-3. Mai 1936 in Holland „sprechen zu sollen“. Haselmayers Auslandsauftritt wird genehmigt.

Nun ist nicht durch Dokumente in der Personalakte belegt, was in Holland genau passiert. (Näheres hierzu in Teil 3 dieser Biographie; Anm. der Red.). Haselmayer muss bei einer der drei Veranstaltungen in Holland als Redner „volltrunken gewesen sein“, wie Marlis Roß schreibt.

Dies muss so unstrittig zu sanktionieren gewesen sein, da nützt auch das goldene Parteiabzeichen des noch 29-jährigen alten Kämpfers nichts. Merkwürdig ist, dass am 9.5.1936 noch ein Treuegelöbnis von Haselmayer durch Handschlag bekräftigt, von Haselmayer unterschrieben und von v. Kleinschmit beglaubigt gezeichnet wird: „Ich gelobe: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein und meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft und uneigennützig erfüllen.“

Mit Einschreiben vom 2. Juli 1936 wird Heinrich Haselmayer gekündigt. Er ist gerade auf einer achtwöchigen Übung der Reichswehr. Von Kleinschmit notiert: „Die Anweisung des Herrn Senators zur Kündigung des Herrn Dr. Haselmayer und zur sofortigen Beurlaubung desselben ist am 1. Juli 1936 während der Fahrt nach Bergedorf erfolgt. Kündigung und Beurlaubung erfolgt aus Gründen, die

Quelle: Staatsarchiv Hamburg



NSDAP-Gauleiter und Haselmayer-Vertrauter Karl Kaufmann, Mitte. Rechts vorne Bürgermeister Carl Vincent Krogmann.

nicht erörtert worden sind.“

Kurz darauf wird die Kündigung zurückgezogen und eine Beurlaubung bis zum 31.12.1936 ausgesprochen. Hinter den Kulissen wird es viele Gespräche gegeben haben, die in der Personalakte nicht dokumentiert werden. Haselmayer schreibt am 25. November 1936, dass er wieder in seinen ärztlichen Beruf zurückkehren möchte und bittet darum, dass die Kündigung auf den 31.3.1937 datiert und ihm noch ein Zeugnis ausgestellt werde.

Karl Witt antwortet als Präsident der neugebildeten Kultur- und Schulbehörde, zu der nach Umstrukturierung mittlerweile auch die Abteilung für Volkstum, Kirche und Kunst gehört. Der Wunsch Haselmayers wird erfüllt. In dem von Karl Witt am 16.2.1937 unterschriebenen Zeugnis heißt es: „Herr Dr. Ha-

selmayer hat es verstanden, die Volkshochschule in recht kurzer Zeit nicht nur wieder mit Leben zu erfüllen, sondern sie auch mit dem Geist des Nationalsozialismus zu durchdringen. Organisatorisch hat er mit großem Fleiß viel geleistet. Die Hamburger Volkshochschule ist unter seiner Leitung eine der größten in Deutschland geworden, ein wichtiges Verbindungsmittel zwischen Bevölkerung, Partei und Staat. Die Kultur- und Schulbehörde erkennt diese Leistungen dankbar an und bewahrt Herrn Dr. Haselmayer, der sich jetzt wieder der medizinischen Wissenschaft zugewandt hat, ein gutes Andenken.“

Haselmayers betrunkenen Auftritt hat dennoch zur Folge, dass er 1936 aus der NSDAP ausgeschlossen wird.

Er verliert aber nicht den en-

gen Kontakt zu vielen NSDAP-Kreisen, insbesondere auch nicht zum Reichsstatthalter und Gauleiter Karl Kaufmann.

Er absolviert vom 1.8.1936 bis zum 1.1.1937 seine Restzeit als Assistenzarzt. Am 1.1.1937 wird Haselmayer von der Gesundheitsbehörde als Schularzt beschäftigt. Parallel dazu führt er in Bergedorf ab 1938 eine Praxis als Praktischer Arzt. Ab 1940 übernimmt er eine Leitungsfunktion in der Hamburger Ärztekammer. Zwischen 1939 und dem 1.11.1944 ist er auch als Stabsarzt im Kriegsdienst.

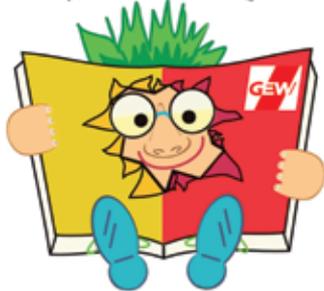
In diesen Jahren wird Haselmayer genügend Möglichkeiten gehabt haben, um „gegen die ungeheure Verbreitung der Minderwertigkeit“ (Dissertation) aktiv zu werden.

HANS-PETER DE LORENT

Fortsetzung folgt



LesePeter
WWW.AJUM.DE



Im Oktober 2013 erhielt den *LesePeter* das Jugendbuch:

Seidel, Jürgen
Das Paradies der Täter

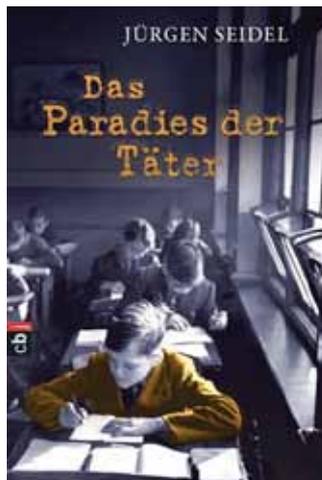
1952 in Argentinien. Tom Blume, 17, ist mit seinen Eltern aus Deutschland „ausgewandert“ und lebt sich in der deutschen Schule ein. Nazikinder und die Kinder geflohener Juden gehen in eine Klasse, die Konflikte sind vorprogrammiert. Tom verachtet

seinen Vater, weiß aber nicht, was der als SS-Mann getan hat. Der Vater schweigt, der Sohn verliebt sich in die schöne Jüdin Walli, aber ihre Liebesgeschichte wird überlagert von der unbewältigten Vergangenheit.

Jürgen Seidel beschreibt die inneren Konflikte des jugendlichen Helden, der sich gar nicht weiter mit der Ideologie der Nazis auseinandersetzt, wohl aber einen klaren Standpunkt gegenüber den Naziverbrechen hat. Es geht also gar nicht um Nazis, sondern um die Lügen, die jeder um sich aufbaut, um vor den anderen gut dastehen zu können. Es gibt wenig Literatur über den Zusammenprall von Tätern und Opfern nach dem Krieg; dies ist ein Buch, das nicht nur politisch oder historisch Interessierte packt.

Der *LesePeter* ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch

der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter www.ajum.de (*LesePeter*) abrufbar.



ISBN 978-3-570-15577-6
cbj 2013
397 Seiten, 16,99 €
ab 14 Jahren

Schule der Nation

Anmerkungen zu den Artikeln „Abituraufsätze in Nazi-Deutschland“ und der Umsetzung im Unterricht (s. hlz 8-9, S. 60/61)

In der Praxis ist Erziehung eine eindeutige Angelegenheit. Früher brachte sie den preußischen Untertan, heute mündige Steuerzahler_innen und aufgeklärte Wähler_innen hervor. Beamteten Lehrer_innen wird für diesen Zweck die Erziehungsgewalt übertragen. Vereidigt wurden alle, früher auf den Kaiser, dann auf den Führer, heutzutage auf die Verfassung.

In den höheren Bildungsstätten werden die zukünftigen Eliten erzogen, die als Führungspersonal den Untergebenen sagen, was erlaubt und verboten ist, also wie deren Lebensumstände ausfallen. Ob kaiserliche, nationalsozialistische oder demokratische Bildung, die Aufgabe besteht auch darin, der Jugend die jeweilige Staatsraison mit dem passenden Moralkodex zu vermitteln.

Bei der Rezension „Abituraufsätze“ schwingt folgende Frage mit: Wie war es möglich, dass

der gebildete Lehrerstand und seine Schüler_innen dem politischen Programm des Führers so bedingungslos folgten, wo „*weder der Direktor noch ein Lehrer Mitglied der NSDAP waren*“? Das Kausaladverb „dennoch“ steht für: eigentlich kann es nicht sein, dass in „*humanistischen*“ Bildungsstätten „*völkisch-nationales Gedankengut*“ aufkommt.

„Wie waren Hitler und der Nationalsozialismus möglich?“, so formulierte es auch schon die Bundeszentrale für politische Bildung 2003 (Heft 251). Das massenhafte Mitmachen versucht die Nachkriegsforschung kleinzureden als „Verführung“ mittels „*erfolgreicher Propaganda*“. Eigentlich wollten die das nicht. Das politische Projekt im Dienste der Nation fällt so unter den Tisch.

F. O. Hanebutts Vorschlag, im Unterricht die „*Volksgemeinschaft*“ zu thematisieren, sollte auch die heute gängige Abstraktion Volk aufgreifen. Die Parolen im Wahlkampf 2013 „Gemeinsam erfolgreich. Für Deutschland“ (CDU) und die „Wir“-Kampagne der SPD verweisen deutlich auf die nationale Gemeinschaft. An der Nation, von der das Wohl und Wehe aller abhängt, hat sich jedoch jedes Einzelinteresse zu relativieren. Nur wer in einem erfolgreichen Gemeinwesen der konkurrierenden Staaten lebt, wo die Schuldenmachelei – nicht wie in Griechenland etc. – zur Staatspleite führt und nach der Krise neues Wachstum kreierte wird, lebt in Stabilität und sozialem Frieden, so die



allgemeine Ansicht. Damit sind heute wie damals alle Gegensätze zwischen Reich und Arm, Finanzmagnat und Kleinsparer, Produktionsmittelbesitzer und Lohnempfänger, Mieter und Vermieter aufgehoben. Nicht nur in Krisenzeiten hält die Politik viel von der Einheit der Herrschaft mit den Beherrschten. Wenn die Lebensader dieser Gesellschaften, das Finanzkapital, sich mit ihren Geldtiteln verspekuliert hat, wird der Realwirtschaft der Geldhahn zugedreht, folglich werden massenhaft Beschäftigte in unsichere Existenzen entlassen.

Warum junge Menschen für die Taten ihrer Großväter „*Schuldenlast [...] einüben*“ sollen und „*Verantwortung*“ für das „*geschichtliche Erbe*“ der Mordtaten der im Faschismus „*verstrickten Generationen übernehmen*“ sollen, ist nicht einsichtig. Bei der Erziehung im/zum Gedenken („*mahnenden Zeugen*“) fehlen Zweckmäßigkeit und Motiv dieser Politik. „*Antifaschistische Unterweisung* in der Schule schwört die Schüler auf nationalistisches Denken ein. Das leistet sie, indem sie ihnen ... die ideelle Verantwortung für Verbrechen abverlangt, die von deutschen Faschisten und ihren Mittätern begangen wurden. [Sie] werden geistig auf vö-



kische Sippenhaft verpflichtet. Schuldig sollen sie sich fühlen für Taten, die sie nicht begangen haben, nur weil sie Deutsche sind. ... im Deutschtum [sollen sie], die nationale Identität für wichtiger halten, als alle politischen und ökonomischen Gegensätze, mit denen sie es in der Nation zu tun haben.“ (R. Gutte, F. Huisken, Alles bewältigt,

nicht begriffen, S. 15).

Der Faschismus als Staatsdoktrin ist Geschichte, sein Gedankengut in vielen Köpfen weiterhin präsent. Nach 1945 beklagen Schätzungen fast eine halbe Million Kriegstote jährlich, Not und Elend in den Metropolen, millionenfaches Verhungern an der Peripherie. Es wäre ratsam, als „Orientierungshilfen“ über

„Nazi-Deutschland“ Nationalstaatlichkeit und Ökonomie in das zu bildende Urteil über diese Herrschaftsform einzubeziehen, sonst bleibt die Befassung mit den Abituraufsätzen bei moralischer Entrüstung begriffslos stehen.

F. BERNHARDT, R. GOSPODAREK,
im Ruhestand

GEW TERMINE – AUGUST / SEPTEMBER 2013

Referat F

Referat D

GEW Studies

Junge GEW

FG Grundschule

Vorschule

FG Stadtteilschulen

FG Gewerbe und Handel

FG Gymnasien

FG Kinder- und Jugendhilfe

FG Primarschulen

FG Sonderpädagogik

FG Hochschule u. Forschung

AfGG Gleichstellungs- u. Genderpol.

FG Bleiberecht

AK Integration

AK soziale Arbeit an Schulen

BG Ruheständler

Mittelamerikagruppe

AG Fair Childhood

Gruppe Gewerkschaftliche Bildung

Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv.

Wir freuen uns über die Teilnahme von

Interessierten. Info: Roland Stolze,

mailto: rolandstolze@gwhmail.de

11.12.2013, 19.45-21.00 Uhr, GBW

20.11.2013, 18.00-20.00 Uhr, Raum C

04.12.2013, 17.30-21.00 Uhr, GBW

13.11.2013, 18.00-21.00 Uhr, GBW

02.12.2013, 18.00-21.00 Uhr, GBW

05.12.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum A

05.12.2013, 18.00-20.00 Uhr, Raum B

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

13.11.2013, 16.30-18.00 Uhr, GBW

18.11.2013, 19.00-22.00 Uhr, Raum A

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

26.11.2013, 17.00-19.00 Uhr, Raum C

02.12.2013, 18.00-20.00 Uhr, Raum C

10.12.2013, 17.00-19.00 Uhr, Raum C

03.12.2013, 19.30-22.00 Uhr, Raum C

13.11.2013, 16.00-18.00 Uhr, GA-Zimmer

05.12.2013, 16.00-18.00 Uhr, Raum A

05.12.2013, 17.00-18.30 Uhr, GBW

04.12.2013, 10.15-13.00 Uhr, Raum C

11.11.2013, 19.30-22.00 Uhr, Raum C

11.11.2013, 16.00-18.00 Uhr, Raum B



Holger Radtke und Jutta Martens-Hinzelin brauchten ihr ganzes Können, um die empörten Fragen für die Diskussion zu ordnen.

Mit dem Thema „Beihilfe“ hatten wir für diese Mitgliederversammlung der BG der Ruheständler_innen bewusst auf die anhaltenden Diskussionen reagiert und zugleich gehofft, dass zahlreiche Kolleg_innen erscheinen, sich an den Diskussionen beteiligen und am Ende noch die Kandidat_innenliste

RUHESTÄNDLER_INNEN

Schwer erreichbar

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung bietet nützliche Informationen – zahlreiche Nachfragen und Kommentare zum Thema „Beihilfe“

für die im November schriftlich stattfindende Wahl des „Vorstandes“ unserer 1500 Mitglieder umfassenden „Betriebsgruppe“ verabschieden.

Die umfangreichen Vorbereitungen der Versammlung im Curiohaus haben sich in mehrfacher Hinsicht gelohnt: Der Raum A/B war mit etwa 70 Teilnehmer_innen gut gefüllt, die Referentin, Frau Wels von der Fachlichen Leitstelle Beihilfe des ZPD, hat umfassend und verständlich viele Informationen und Hinweise zu den Formularen, Verfahrenswegen und den gesetzlichen Grundlagen geben können und flexibel auf die zahlreichen Nachfragen reagiert bzw. bei bestehenden Unklarheiten auf mögliche Schritte zur weiteren Klärung verweisen können. Der an sie gerichtete Dank und der

Beifall am Ende dieses Tagesordnungspunktes waren mehr als eine routinierte Höflichkeitsbekundung.

Natürlich waren und sind mit dieser MV nicht die

- skandalös langen Bearbeitungszeiten
- zahlreichen Einschränkungen der Leistungen, die ungerechte „Kostendämpfungspauschale“ oder
- eingeschränkte Erreichbarkeit des ZPD

beseitigt (die GEW ist hier mit anderen Gewerkschaften „am Ball“, aber wohl alle TeilnehmerInnen der MV verließen die Veranstaltung mit dem Gefühl, besser informiert zu sein. Einige Informationen und Hinweise werden weiter unten noch einmal wiederholt.

Die Kandidat_innenliste für

Hinweise zum Thema Beihilfe

- **Erreichbarkeit:**
 - im *Internet* unter www.zpd.de/ und per Mail info@zpd.hamburg.de
 - zu den „Servicezeiten“ im Normannenweg 36, montags und donnerstags 9-13 Uhr, dienstags 14-16 Uhr
 - die *telefonischen* „Servicezeiten“ sind dienstags 14-16 und donnerstags 9-13 Uhr und gelten für die „Kundenbetreuung“ der zuständigen Beihilfeteams und des Teams für die „Dauernde Pflege und Hospiz“
- **Expressschalter:** *Persönliche Abgabe* des vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Antrags zu den Servicezeiten (maximal 10 Belege, keine Pflege, mind. € 800), dann soll die Bearbeitung innerhalb einer Woche erfolgen. Alle Belege sind vollständig und lesbar und notwendige ärztliche Verordnungen (z.B. für Hilfsmittel, physikalische Anwendungen) beizulegen. Eine vorrangige Bearbeitungszeit soll generell auch bei allen Anträgen eingehalten werden, die eine Aufwendungshöhe von € 2.500 überschreiten und/oder Aufwendungen dauernder Pflege beinhalten.
- **Fristen:** Wer Ansprüche geltend machen oder Widerspruch einlegen will, muss verschiedene Fristen beachten; Rechnungsbelege müssen z.B. innerhalb von 2 Jahren geltend gemacht werden.

die im November stattfindenden Wahlen wurde am Ende der Versammlung ohne weitere Ergänzungen einstimmig verabschiedet, die Wahlunterlagen werden im November verschickt. Es wäre schön, wenn die Beteiligung an dieser „Urwahl“ ebenfalls „neue Marken“ setzen würde. Eine hohe Beteiligung stärkt die Legitimation unserer Vorstandsvertreter_innen.

Innerhalb der GEW/den DGB-

Gewerkschaften und für die gemeinsame Vertretung der Interessen der Ruheständler_innen gegenüber der „großen Politik“ wird die Bedeutung dieser Interessenvertretung in den kommenden Jahren zunehmen müssen. Illusionen darüber, wie z.B. in Hamburg und in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene die „Lösungsvorschläge“ für die kommenden Jahre aussehen werden, darf sich, mit Blick auf

die Alterseinkommen, niemand machen. Wie wir uns in die gewerkschaftlichen und politischen Debatten sinnvoll einschalten können, wird auch in den monatlichen „Vorstandssitzungen“ der BG erörtert. Sie sind für alle Mitglieder „offen“ und wir freuen uns über jede(n) Neue(n). Die nächsten Gelegenheiten bieten sich am Mittwoch, 6.11 und 4.12., jeweils ab 10.15 Uhr.

HOLGER RADTKE



Vertreter_innen der Beihilfe stellen sich den dringenden Fragen, an denen es nicht mangelt

- **Höchstsätze:** Gelten generell für Heilbehandlungen, Hilfsmittel und sind auch bei den ärztlichen Leistungen (über den 2,3fachen Satz hinaus sind Begründungen erforderlich, über den 3,5fachen Satz wird nicht gezahlt).
- **Kostenvoranschläge:** Empfehlung, für alle größeren (Zahn-) Behandlungen vorher Kostenvoranschläge einzureichen; das gilt auch für Eingriffe, die z.B. in Privatkliniken vorgenommen werden sollen.
- **Krankenhaus:** Behandlungen werden pauschaliert abgerechnet; „Wahlleistungen“ werden also durch die Beihilfe nicht erstattet und auch in Privatkliniken werden nur die „Pauschalsätze“ der ehemals staatlichen (z.B. Asklepios) Kliniken erstattet.
- **Pflege und Hospiz:** Auch hier die dringende Empfehlung, vor Abschluss von Verträgen die Beihilfefähigkeit durch das Extrateam „456“ prüfen zu lassen.
- **Psychotherapien** ... vorab genehmigen lassen!
- **Unterschriften:** Ohne die Unterschriften auf den Anträgen oder dem „Ergänzungsblatt“ (das immer bei Statusänderungen – Kinder, Ehe- oder Renteneintritt... abzugeben ist) gilt kein Antrag.

HOLGER RADTKE

the whole wide world is watchin'

Musik und Jugendprotest in den 1960er Jahren – Bob Dylan und The Grateful Dead

von Max Lill

Dieses Buch blickt aus der Perspektive eines Nachgeborenen zurück: auf das Folk Revival und die Gegenkultur der Hippies, auf Bob Dylan und The Grateful Dead, auf junge Menschen, die nichts weiter sein wollten als Künstler_innen und die doch in den Mittelpunkt einer gesellschaftlichen Umwälzung rückten. In einem weiten historischen Bogen, ausgehend von der europäischen Klassik, über den Folk der US-Arbeiterbewegung, die frühen Formen der Populärkultur und des Rhythm and Blues, spürt der Autor der Frage nach, wie eine bestimmte Musik zum symbolischen Kristallisationspunkt der „großen Weigerung“ (Marx) werden konnte.

Max Lill führt uns an die Ausgangspunkte der Jugendrevolte in den USA, ins New Yorker Greenwich Village, nach San Francisco und Berkeley, auf öffentliche Plätze und in Kellerlokale: Jene Orte, an denen eine junge Avantgarde lange vor 1968 im Folk einen musikalischen Kosmos aus fast vergessenen Geschichten entdeckte, ein vertontes Gedächtnis der Arbeiterbewegung. Zwischen Kaffeehäusern und Baumwollfeldern begegnen wir den singenden Aktivistinnen und Aktivistinnen der Bürgerrechtsbewegung und den alternden Legenden des Blues. In den viktorianischen Villen von Haight Ashbury erkunden wir mit den Grateful Dead gemeinschaftliche Rauscherfahrten und die entfesselte Sinnlichkeit des Psychedelic Rock.

Im Fluchtpunkt der historischen Traditionslinien und Kämpfe begegnen wir schließlich den Lebens- und Liebesgeschichten eines schattenhaften Künstlers, der vieles war und sein wollte, nur kein Sprecher einer Bewegung oder Generation – und der dennoch als geradezu prophetische Erscheinung wahrgenommen wurde. In den Liedern des frühen Bob Dylan lauschen wir der beklemmenden Stille vor dem Sturm. Auf den Spuren seiner surrealistischen Poesie steigen wir hinab in die Untiefen eines im Aufruhr

befindlichen kollektiven Unterbewusstseins. Wir fragen nach den Ursachen für die heftigen Konflikte um seinen Übergang zur Rockmusik und seine Flucht aus der Öffentlichkeit. Und wir zeichnen die Konturen und Widersprüche der Utopie nach, die sich in seiner Figur verdichtete: Der Sehnsucht nach einer Überwindung der Grenzen der Selbsterfahrung und Empathie in einer „authentischen“ Form von Öffentlichkeit.

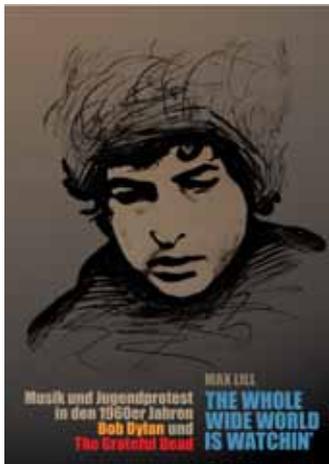
Die Geschichte der jugendlichen Gegenkulturen wird als offener Prozess erzählt, als Teil einer epochalen Weichenstellung in der Entwicklung des Kapitalismus. Über historische und sozialtheoretische Reflexionen, biographische Erzählungen, Musik- und Textanalysen wird eine vielschichtige Deutung des Geschehens entwickelt. In deren Zentrum stehen Versuche, die institutionelle Trennung von Politik, Arbeit und Lebenswelt aufzubrechen, ein „ganzes Leben“ einzufordern, selbstbestimmt und bedürfnisreich – und frei von Geschlechterhierarchien, Klassenherrschaft und Rassismus. Die Jugendbewegungen erscheinen somit nicht als romantischer Rückfall oder Stoßtrupp der Modernisierung. Der sympathisierende Blick richtet sich auf ihre Emanzipationsansprüche – genauso wie auf ihre tragischen Irrtümer und ihre wahnhafte Zerrissenheit.

Ca. 350 Seiten, 35 Abbildungen, Hardcover

Das Buch erscheint am 15. November 2013 und kann bis zu diesem Termin zum Subskriptionspreis von 20,- EUR (danach 28,- EUR) beim Verlags des Archivs der Jugendkulturen Berlin im Online-Shop bestellt werden:

www.shop.jugendkulturen.de

Max Lill, geboren 1981 in Berlin, ist Redaktionsassistent der h/z, freier Autor und in der politischen Bildungsarbeit tätig. Er war in den Jahren 2012 und 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität Berlin.





Das HLZ-Rätzel

Über Krenz nach Rügen

Altkanzler Helmut Schmidt steht nach wie vor prominent im Rauchernebel. Aber ein weiterer norddeutscher Ex-Staatschef will ebenfalls zurück ins Rampenlicht. Beginnt vielleicht mit seinem dicken Wälzer über Walter Ulbricht ein neuer *Lenz von Egon Krenz*? Uns interessiert vor allem seine Vergangenheit:

Welchen Beruf übte Ex-SED-Chef Krenz nach 1990 aus?

- a) Vertreter einer schottischen Whiskyfirma
- b) Redakteur eines Anzeigenblattes
- c) Repräsentant einer Orthopädiefirma
- d) Wanderführer im Ostseebad Dierhagen
- e) PDS-Pressesprecher in Meck-Pomm

Antworten bitte mit Postanschrift bis zum 26.11.2013 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Als Gewinn winken zwei Übernachtungen in einer Ferienwohnung auf Rügen, gestiftet vom DÜNENHAUS im Ostseebad Sellin und somit ca. 100 km weiter entfernt als der jetzige Standort unseres Promis (siehe Anzeige S. 65). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Ex-Parteichef an der Ostsee



Des letzten Rätsels Lösung...



PARTEI-Chef im Film

... ist die Partei für gemäßigten Fortschritt in den Schranken der Gesetze. Sie wurde 1904 vom Autor Jaroslav Hašek (*Der brave Soldat Schwejk*) in Prag gegründet. Unser Gewinner ist schon wieder Norbert Fortmann, der so zunehmend unseren Rekordhalter Christian Samsche gefährdet. Norbert bekommt die Deluxe-DVDs mit dem Kinofilm *Die PARTEI – der Film*. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Aus der Stille...

„Das Wichtigste an der Musik sind die Pausen“, soll einmal Miles Davis gesagt haben. Keine Ahnung, warum mir dies gerade im Zusammenhang mit meiner Wiederwahl zum ‚Schriftleiter‘, wie es ziemlich altertümlich heißt, einfällt. Chefredakteur hört sich irgendwie angeberisch an, Redaktionsleiter - das hatte sich in den letzten Jahren so eingespielt. Aber in der Sitzung ist halt immer noch vom Schriftleiter, wenn nicht gar vom Schriftführer die Rede...

Nun aber zur Pause, die gab es zwar auf dem Gewerkschaftstag, aber nicht im Zusammenhang mit meiner Wahl. Also meine ich eine andere Pause, die zwischen den Atemzügen. Als nämlich das Ergebnis meiner Wahl bekannt gegeben wurde. Einstimmig gewählt, also ohne Gegenstimme, aber vor allem ohne Enthaltung, da hab ich die Pause, vielleicht besser die Stille, in mir gespürt. So wie ich zuvor, als der Vertre-

ter der Lampedusa-Flüchtlinge seine Worte an die Delegierten richtete und ab und zu eine Pause einlegte, in der plötzlich im Raum eine Stille zu spüren war, die sich immer dann zeigt, wenn Menschen in ganz besonderer Weise berührt sind.

Ja, überrascht war ich schon über das Ergebnis. Meine Rede war nicht so flammend gewesen, da ich das Gefühl gehabt hatte, die Delegierten kurz vor Schluss der Veranstaltung nicht noch mit einem Bündel an Gedanken konfrontieren zu sollen. Da hatte ich mir zwar im Vorhinein einiges zurechtgelegt, war aber von seiner Bedeutung angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr so überzeugt. An der Rede konnte es also nicht gelegen haben. Von der tollen Aufgabe, die wir da als Team von den Delegierten nun schon im zwölften Jahr übertragen bekommen haben, hab' ich berichtet, auch von dieser anderen Sorte Stress, als der, den ich

von der Schule kenne, der einen auch die eine oder andere Nachtsitzung durchhalten lässt, auch wenn man am nächsten Morgen vor der Klasse stehen muss. Nicht aber von den negativen Dingen war die Rede gewesen. Und dazu gehören zweifelsohne die Schreiben an die Kolleg_innen, deren eingereichte Beiträge wir nicht so passend für die hlz finden, die wir also nicht abdrucken wollen. Wer sind wir, dass wir uns anmaßen, dies zu entscheiden!?! Das ist ein sensibles Geschäft, weiß ich doch von mir selbst, wie empfindlich ich auf Kritik an meinen eigenen Ergüssen reagiere.

Schwierig auch diejenigen zu enttäuschen, die mit viel Herzblut ein Buch geschrieben haben, von dem wir aber auch nicht so überzeugt sind, dass es bei einer größeren Gruppe unserer Leser_innenschaft auf Interesse stößt.

Aus all dieser Art von Zurückweisung, die verschlammten Arti-



Danke auch vor allem an die jungen Delegierten für das der Redaktion entgegengebrachte Vertrauen

kel eingeschlossen, war ich denn wirklich überrascht, dass sich niemand enthielt. So passt es an dieser Stelle, uns – i.d.R. treffen wir solche Entscheidungen im Kollektiv - bei all jenen zu entschuldigen, die wir gekränkt haben.

Der Kandidatur war in diesem Fall, anders als sonst, schon ein längeres Überlegen meinerseits vorausgegangen. Sollte ich, der ich seit dem Sommer nicht mehr im aktiven Dienst bin, den Job wirklich noch weitermachen? Dafür sprach meine Lust darauf, in diesem so diskussionsfreudigen Team weiter arbeiten zu dürfen, im Meinungskampf weiter mitmischen zu können und mir einzubilden, dass ich auf diese Weise auch etwas Po-

litik mitgestalten kann. Dagegen sprach, dass ich vielleicht eine/n Vertreter/in der jungen Generation davon abhalte könnte, sich zu engagieren. Letzteres erfuhr ich auch als Kritik von jemandem aus dem Kreis der ehemaligen Schriftleiter. Meine Entgegnung - und das habe ich auch vor den Delegierten so geäußert - war, dass ich den Job sofort an jemanden abgeben würde, der willens und in der Lage ist, mit einem Team die Produktion der Zeitung zu gewährleisten. Es ist ja nicht so, dass wir nicht immer mal versucht hätten, neue, engagierte Kolleg_innen für die Arbeit zu begeistern. Aber anders als noch in den 1970-er und 80-er Jahren scharen sich nicht die Massen um uns herum. Das ist ein zähes

Ringen, jemanden aus der jüngeren Generation zu finden, wie es uns in jüngster Zeit mit Antje Liening gelungen ist.

Also: es ist mir, es ist uns nicht gelungen, eine/n Nachfolger/in aufzubauen. Somit stand ich vor der Wahl, das Projekt hlz, der Gefahr auszusetzen, das es stirbt oder eben noch einmal zu kandidieren. Und natürlich hat das etwas mit Verantwortung zu tun, sagt man der hlz doch nach, sie sei eines der ältesten deutschsprachigen Periodika. Dass dieser Altruismus nicht das alleinige Motiv dabei war, mögen meine vorherigen Worte deutlich gemacht haben.

JOACHIM GEFFERS

Unser Kollege Harald Vieth – bekannt für seine interessanten Bücher über Hamburger Bäume – hat soeben sein wohl schönstes Werk veröffentlicht: **"Hamburgs Vögel – Die 77 häufigsten Arten"**.

Das Buch ist sehr informativ, auch für ornithologische Laien oder Anfänger gut lesbar, wird durch das eine oder andere Gedicht, Anekdoten und humorige Einsprengsel aufgelockert. Außer den 77 häufigsten Arten



werden weitere 20 vorgestellt, die nicht zu den häufigsten gehören aber besonders hübsch oder anderweitig bemerkenswert sind.

Alle Vogelnamen erscheinen in sechs Fremdsprachen. Sehr viel erfährt man auch über den Ursprung der wissenschaftlichen Benennungen.

Geschätzte 85 % der vorgestellten Vögel kommen auch in anderen Großstädten oder Regionen Deutschlands vor.

Das Buch hat 216 Seiten und 204 zum Teil sehr spektakuläre Vogelabbildungen von 30 Fotografinnen und Fotografen. Es kann als Bestimmungsbuch und gleichzeitig als unterhaltsame Einführung in die Ornithologie verwendet werden. Wegen seiner schönen Aufmachung ist es auch bestens als Geschenk geeignet.

Preis: 19,90 € (Bei Postversand zzgl. 2€ für Porto und Verpackung).

Bezug direkt über Harald Vieth, Hallerstr.8, 20146 Hamburg, Tel: 040/45 21 09 oder harald@viethworld.net

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: j.geffers@firenet.de

Redaktion: Susanne Berg, Stefan Gierlich, Manni Heede, Antje Liening, Michael Kratz, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Max Lill

Titel: hlz; siehe S. 2

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Druck: Compact Media Agentur GmbH, 20354 Hamburg, Tel. 0 40-35 74 54-0, E-mail: info@compactmedia.de

Anzeigen: Eduard van Diem, Tel. 040-890 629 23, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint monatlich. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 12/2013: 27.11.2013

Upright-Kernspintomographie

Exakte Diagnose - ohne Angst vor der Röhre

Upright-MRT ist die volloffene Kernspintomographie mit der Sie nicht nur im Liegen sondern auch im Stehen und Sitzen unter der natürlichen Gewichtbelastung untersucht werden. Dies ist von großer Bedeutung zur Abklärung z.B. von Rückenschmerzen. So haben viele Patienten im Liegen keine Beschwerden sondern vorwiegend im Stehen oder beim Gehen. Mit der Upright-MRT können wir Sie exakt in den Positionen untersuchen in denen Sie Beschwerden haben.

Durch die volloffene Bauweise ist das Upright-MRT besonders auch für Patienten mit Platzangst (Klaustrophobie) geeignet. Während der Untersuchung haben Sie einen freien Blick aus dem System und können auf einem großen Monitor das aktuelle Fernsehprogramm oder DVD-Filme anschauen. Es ist Ihnen jederzeit auch möglich eine Begleitperson mit in den Untersuchungsraum zu nehmen.

Weitere Informationen zur Praxis und der Upright-Kernspintomographie haben wir auf unserer Webseite unter www.mrthamburg.de für Sie zusammengestellt.



Privatpraxis für
Upright-Kernspintomographie
in Hamburg

Dr. med. Gerd Vollmann
Facharzt für Diagnostische Radiologie
Theodorstraße 42 / Haus 8
22761 Hamburg-Bahrenfeld
Telefon 040 3807 052 10
www.mrtamburg.de



Hamburger Lehrer-Feuerkasse seit 1897



Die preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg und Lübeck

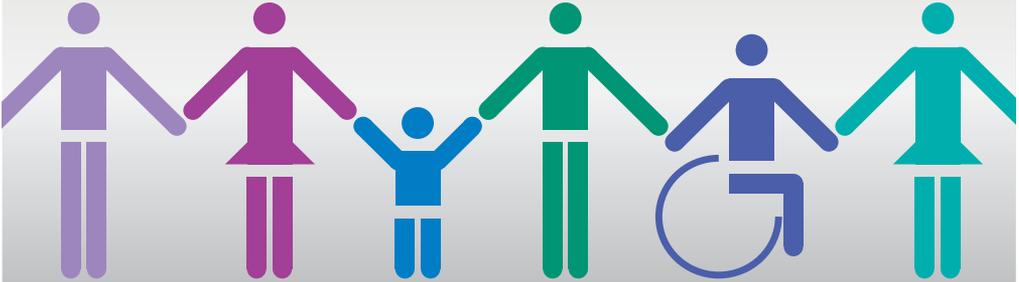
für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren Hausrat für 1,20 Promille der Versicherungssumme, inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.
Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:
Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höherversicherung gegen Zuschlag möglich.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
E-Mail: info@h-l-f.de
Tel.: 040 333 505 14 (Tobias Mittag)
Tel. : 040 796 128 25/ Fax : 040 796 128 26 (Georg Plicht)
Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)
www.hamburger-lehrer-feuerkasse.de

Debeka

Ihre Pflegeversicherung

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



Keine Lücken lassen!

Pflegevorsorge? Aber ja!

Die staatliche Förderung der persönlichen Pflegevorsorge verbindet die gesellschaftliche Verantwortung mit der notwendigen Eigenvorsorge. Der Staat hilft mit 60 Euro im Jahr – um die Vorsorge muss sich aber jeder selbst kümmern. Denn: Pflege geht uns alle an!

Wir informieren Sie gerne.



Landesgeschäftsstelle
Hamburg
Holzdamm 42
20099 Hamburg
Telefon (040) 24 82 18 - 0
www.debeka.de

anders als andere

Debeka



www.ruegen-und-meer.de

Elegante Ferienwohnungen im Ostseebad Sellin auf Rügen mit ein bis drei Zimmern, restaurierte Jahrhundertwendevilla nur 250 Meter von Strand und Seebrücke entfernt

Fon: 038303 135 135

E-Mail: info@ruegen-und-meer.de



Gegründet 29. September 1932



**Wenn nicht jetzt? Wann dann?
Nur 1,00 € pro 1.000 € Versicherungssumme
inkl. Versicherungssteuer!**

Hamburger Beamten- Feuer- und Einbruchskasse
 Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
 Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes

*Nach über 20 jähriger
 Beitragsstabilität jetzt sogar eine
 Beitragssenkung auf 1,00 € (inkl. Vers. Steuer)
 pro 1.000 € Versicherungssumme*

Highlights aus unserer Hausratversicherung bei unschlagbarem
 Beitragssatz!

- ✓ Verzicht auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bis zu 3.000 € Schadenhöhe
- ✓ Aufräumkosten bis 100 % der VS* nach einem Schadenfall
- ✓ Hotelkosten für bis zu 30 Tage nach einem Schadenfall
- ✓ Fahrraddiebstahl bis 1 % der VS* (max. 500 €)
- ✓ Überspannungsschäden bis 10 % der VS*
- ✓ Einbruchdiebstahl aus Kfz bis 2% der VS* (max. 500 €)
- ✓ Kein Abzug wegen Unterversicherung bei versicherten 700 € pro m² Wohnfläche
- ✓ Möglichkeit der Höherversicherung von Fahrrädern bis 3 % der VS* (max. 1.500 €)

...und vieles, vieles mehr.

Einfach unverbindliches Angebot einholen.

*(Versicherungssumme)

Hamburger Beamten- Feuer- und Einbruchskasse
 Sascha Suppe
 Hermannstrasse 46
 20095 Hamburg

Telefon: 040-33 60 12
 Fax: 040-28 05 96 06
 E-Mail: info@hbfe.de
 Web: www.hbfe.de

Beispiel:
 Bei einer Wohnfläche von 100 m² und einer Versicherungssumme von 70.000 € zahlen Sie ab 2014 bei uns nur noch 70,00 € (inkl. Vers. Steuer) !

Kann Ihre Versicherung das auch?



ANZEIGE

NEU: Staatliche Förderung der privaten Pflegevorsorge



Seit diesem Jahr unterstützt der Staat die private Pflegevorsorge mit 60 Euro pro Jahr. Er setzt ganz bewusst auf das Kapitaldeckungsverfahren der privaten Versicherungswirtschaft. Nach der Riester-Rente gibt die Regierung nun auch mit der Förderung der privaten Pflegezusatzversicherung einen wichtigen Impuls zur privaten Vorsorge.

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung stark zunehmen. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes wird sie von heute 2,5 Millionen auf 3,4 Millionen Personen bis zum Jahr 2030 und 4,5 Millionen im Jahr 2050 steigen. Die gesetzliche Pflegeversicherung stellt nur eine Grundabsicherung dar. Die Notwendigkeit einer zusätzlichen Absicherung wird also noch erheblich steigen. Die private Vorsorge für den Pflegefall ist deshalb unerlässlich.

Die staatliche Förderung in der privaten Pflegevorsorge erhält jeder, der in der sozialen oder privaten Pflegepflichtversicherung versichert ist, das 18. Lebensjahr vollendet hat und keine Pflegeleistungen erhält. Eine Gesundheitsprüfung findet nicht statt und es gibt auch kein Höchstalterslimit.

Die staatlich geförderte Pflegezusatzversicherung beinhaltet ein gesetzlich vorgeschriebenes monatliches Pflegegeld von grundsätzlich 600 Euro bei Pflegestufe III. In den Pflegestufen 0, I und II erhalten die Pflegebedürftigen entsprechend weniger: mindestens 10 % in Stufe 0, 20 % in Stufe I und 30 % in Stufe II. Für die Zahlung der versicherten Leistungen sieht das Gesetz eine Wartezeit von höchstens fünf Jahren ab Vertragsabschluss vor. Diese Wartezeit entfällt jedoch bei Unfällen.

Weil derzeit 88 % aller Pflegebedürftigen in die Pflegestufen I und II eingestuft sind und damit gerade in diesen Stufen der größte Absicherungsbedarf besteht, bietet die Debeka bei den Pflegestufen 0, I und II deutlich höhere Leistungen als gesetzlich vorgeschrieben an: bei Pflegestufe 0 (Demenz) sind es 20 statt 10 %; bei den Pflegestufen I und II 35 bzw. 70 % statt 20 und 30 %.

Die Einführung der staatlich geförderten Pflegezusatzversicherung war dringend erforderlich, wird aber ganz sicher nicht ausreichen. Die Unterbringung in einem Pflegeheim ist teuer, sie kann heute durchaus 3.500 Euro im Monat betragen. In der Praxis besteht meist eine Lücke von über 1.000 Euro, die mit Hilfe einer privaten Versicherung geschlossen werden kann. Die Debeka bietet hierfür einen „Comfort-Tarif“ an, mit dem die Pflegepflichtversicherung und die geförderte Pflegeversicherung bedarfsgerecht und sinnvoll aufgestockt werden kann.

Der Staat hilft, aber um die Vorsorge muss sich jeder selbst kümmern, am besten in einem persönlichen Beratungsgespräch, in welchem der individuelle Absicherungsbedarf geklärt wird.

die holzhandwerker

„Das Team für Ihre Tischlerarbeiten. Innenausbau, Fenster, Türen u.v.m.“

die holzhandwerker HHW GmbH & Co. KG
Leverkusenstraße 5
22761 Hamburg
Telefon : 040 / 851 39 70
Telefax : 040 / 851 39 60
www.dieholzhandwerker.de
info@dieholzhandwerker.de

cocolito.de
ZUM WOHLFÜHLEN

OFLATOUT
das Original aus Australien

100% Lammfell 100% Handarbeit
100% Kuschelfaktor

www.cocolito.de

Inklusion braucht Supervision!

www.hanspeterfisahn.de

**Psychotherapie • Beratung • Krisenintervention
Ängste • Depressionen • burnout**

Dipl.-Psych. Christian van der Ende
Psychologischer Psychotherapeut

Mittelweg 44a
Tel. 040/ 67 30 77 80
20149 Hamburg

privat • Privatkassen • Beihilfe
www.psychotherapie-vanderende.de

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte & D.**

Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Solzins (fest gebunden) 4,4%, Ltz. 7 Jahre, mit. Rate 555 € effektiv Jahreszins 4,30%, Bruttobeitrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldenbeitrag, keine Abtretung, nur stille Gewährleistung, keine Vermögensgegenstände als Pfand, keine Beschränkung der Flexibilität, beikauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

AK FINANZ
Kreditvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68307 Mannheim 25
Fin@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Beamtdarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013
Lautzeit 7 Jahre

4,50% effektiver Jahreszins*

Umschuldung: Raten bis 50% senken
Beamtdarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
Baufinanzierungen günstig bis 120%

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und festes.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt



LEHRERKAMMERWAHL 25. – 29.11.2013

STIMMEN STÄRKT

DIE BILDUNGSGEWERKSCHAFT

